



Was wir begehrn von der Zukunft Fernen:
Dass Brot und Arbeit uns gerüstet stehn,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Freunde nicht mehr betteln gehen.
G. Herwegh.

Telephon Nr. 2325.

Schedlonto 38.415.

Der

Eisenbahner

Zentralorgan des Österreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Rentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

find jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 19 Uhr
vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller.
Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnement-Bedingungen:

Halbjährlich	Kr. 2.88
Ganzjährlich	5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.— Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.		

Erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 21

Wien, den 20. Juli 1912.

20. Jahrg.

Das Lamento der Betrogenen.

Eine Nachlese zum Antrag Tomischik.

Vöre Lage sind jetzt über alle jene gekommen, die für die christlichsoziale und deutschnationalen Partei unter der Eisenbahnerschaft Zutreiberdienste leisten müssen. Lage der bitteren Stimmung und des Verdrusses. Denn unter den christlichsozialen und deutsch-nationalen Eisenbahnhern, die die christliche Nächstenliebe und die deutsche Gemeinbürgerschaft anders verstanden als der Nationalverband und die christlichsoziale Vereinigung, wird Auskunft darüber verlangt, weshalb die Herren den Antrag Tomischik abgelehnt haben. „Eine ganze Reihe von Ortsgruppen des Reichsbundes deutscher Eisenbahner“ — so melden dem Nationalverband nahestehende Blätter — „haben an einzelne deutschationale Abgeordnete ein Schreiben gerichtet“, worin, wenn auch in zurückhaltender Form, aber immerhin ganz deutlich, die Verwundung und Misstimming über die Ablehnung des Eisenbahnerantrages ausgedrückt wird, die in einer Zeit erfolgte, wo die Mehrheitsparteien die militärischen Forderungen der Regierung anstandslos herwilligten. Der Abgeordnete Heinrich freilich sucht über die wahre Situation hinwegzutäuschen, indem er sich in einer deutschnationalen Eisenbahnerversammlung in Tetschen ein Vertrauensvotum geben ließ, mit welchem geschäftig in allen bürgerlichen Blättern hausiert wird. Was mag da der Herr Heinrich diesen geduldigen Eisenbahnhern alles vorgesogen haben, und wie viel mögen ihrer gewesen sein, die das geflügelte Wort von den „allergrößten Kälbern“ so glänzend bestätigten!

Freilich diese „Vertrauenskundgebung“ imponeert nicht einmal dem reichsbündlerischen „Deutschen Eisenbahner“, der im Gegenteil in seiner Nummer vom 10. d. M. die Abgeordneten Marchl, Stözl und Heinrich auffordert, die Gründe ihres Verhaltens den Reichsbundmitgliedern selbst im Blatte darzulegen. Überhaupt werden jetzt beim „Deutschen Eisenbahner“ und bei der christlichen „Österreich-ungarischen Eisenbahner-Zeitung“ qualvolle Tage verlebt. Man hat dort die publizistische Aufgabe, einerseits den eigenen parlamentarischen Vertretern ein wenig die Leviten zu lesen, anderseits aber auch den Sozialdemokraten wieder einmal nachzuweisen, daß der Antrag Tomischik demagogischer Schwindel ist, sie also gewissermaßen zu entlarven. Also gilt es, ein Jongleurstückchen, einen kunstvollen Gieranz auszuführen, was bei 30 Grad Hitze nicht gerade ein Vergnügen ist. Der „Deutsche Eisenbahner“ berechnet zunächst die Gefahr, die aus dem Verhalten der Mehrheitsparteien für die bürgerlichen Organisationen entsteht, und gibt dem Deutschen Nationalverband folgendes zu bedenken:

„Ein solches Verhalten mag einem Gewerbetreibenden und Bauer verständlich sein, wenn es sich um Fragen der Angestellten handelt, die aber werden auf solche Art nur gewaltsam den Sozialdemokraten in die Arme getrieben.“

Die jüngst in Wien abgehaltene Staatsbeamtenversammlung, von der man doch annehmen müßte, daß urteilsfähige Leute teilgenommen haben, gibt Beweis genug dafür.

Eines ist sicher. Solches nicht weitergehen.“

Ja, „so kann es nicht weitergehen“, denn die Drohung, die sich daraus von selbst ergibt, daß die Angestellten „mit Gewalt den Sozialdemokraten in die Arme getrieben werden“, ist natürlich das Schrecklichste, was sich die Reichsbündler denken können. Und sogar bei „urteilsfähigen Leuten“ ist das, wie die jüngste Staatsbeamtenversammlung bewies, der Fall. Die Mitglieder des „Reichsbundes“, die es noch weiterhin dort aushalten, gehören also nach dem Urteil des „Deutschen Eisenbahner“ nicht zu den urteilsfähigen Leuten, ein Geständnis, das,

weil es so unbewußt entschlüpft ist, immerhin nebenbei auch vermerkt zu werden verdient.

Auch die christlichsoziale „Österreichisch-ungarische Eisenbahner-Zeitung“ findet, daß „das Parlament seine eigene Ehre gerettet hätte“, wenn es den Antrag Tomischik angenommen hätte. Und ganz deprimiert und verzagt stellt sie die Frage:

Wie vermochte es denn nur die christlichsoziale Partei, über die vitalsten Interessen einer für sie so wichtigen Organisation, wie es die christlichen Eisenbahner ist, frodig sich hinwegzusehen? Haben wir deshalb 15 Jahre in hingebungsvoller Arbeit an ihr gebaut und nicht Hohn und Spott und nicht Terror und Verfolgung gescheut im Eifer für ihr Gedeihen, um sie jetzt, mitten in schönster Entwicklung, durch einen solch schweren Fehler der eigenen Partei gefährden zu lassen? Wie kann die Partei dies vor uns, wie kann sie es vor den Tausenden braver Kameraden verantworten, die da ringend um tägliche tägliche Brot vertrauen zu ihr aufzulässt und trotz aller Angriffe der Gegner ihr Treue hielten, um höhnend nun von jenen sich sagen lassen zu müssen, daß ihr Vertrauen gefälscht wurde?

Ja, wie kann die Partei dies vor sich selber verantworten? 9000 Eisenbahner bedeuten 9000 Wähler, ja 9000 Agitatoren, die jeder Jahr zehn mit sich reihen können — dann, wenn in Politik der Partei die einer echten Volkspartei ist.

Quo vadis? Wohin geht der Weg? Zur Regierungslube oder zum Herzog des Volkes?

Es ist einfach passierlich, wie sich der christlichsoziale Schmuck in Krämpfen windet. Da steht man durch 15 Jahre die schönsten Leimspindeln aus, um die Eisenbahner für die christlichsozialen Volfsfeinde einzufangen, und nun plumpst einfach die christlichsoziale Vereinigung tölpelhaft mit ihrem Verbandsbeschluß herein und stört einem das ehrsame Handwerk! Ist das nicht einfach zum Verzweifeln? Da freut die Verkehrsbündler ja das ganze Geschäft nicht mehr. Aber gleich nach der bangen Frage, weshalb man „fünfzehn Jahre in hingebungsvoller Arbeit mitgebaut hat“, ruht es dem Verkehrsbundblatt doch wieder, seinen frommen Schäflein gesagt zu haben, daß sich die christlichsoziale Partei „über die vitalsten Interessen der Eisenbahner hinweggesetzt hat“, und so kommt es gleich wieder mit der echt christlichen Mahnung zur Geduld:

„Ihr christliche Kameraden aber vom geflügelten Rad, die Augen auf und hoch den Kopf! Sind wir denn christlichsozial um der schönen Augen dieses oder jenes Abgeordneten oder um des Namens willen? Nein. Die heilige Überzeugung hat uns zusammengeführt, daß nur in den Grundsätzen der christlichen Gesellschaftsordnung das Heil der Zukunft liegt, daß aber der revolutionäre Sozialismus trotz aller Lügen uns nur den Fluch und eine grenzenlose Enttäuschung bringen kann.“

Diese unsere Überzeugung halte uns aufrecht im Sturm der gegnerischen Agitation, wenn er über uns niederbräusen will, und hoffenden Herzens wollen wir von unserer Partei erwarten, daß dieser eine große Fehler, den sie an uns begangen, aber auch der Letzte gewesen. Treueum Treuel! Das walte Gott!

Allso, „ihr christliche Kameraden“, wenn euch der Grimm über den begangenen Berrat anmandelt, bewahrt nur „die heilige Überzeugung“ und haltet an den Grundsätzen der christlichen Gesellschaftsordnung fest, da „euch der Sozialismus nur Fluch und grenzenlose Enttäuschung bringen kann“. Wenn die Herren Patentchristen die christlichen Prinzipien wonach den Armen gegeben werden soll, mit Füßen getreten haben, dann bleibt für die armen Eisenbahner die „heilige Überzeugung“. Aber uns dünkt, daß auch die im „Verkehrsbund“ organisierten Eisenbahner fragen werden: „Wat los ist mir das für?“ Und die „heilige Überzeugung“ wird schon kommen, früher vielleicht als den christlichsozialen Schwindlern angenehm ist — daß bei den Christlichsozialen alles Lug und Trug ist, diese einzige heilige und felsenfeste Überzeugung! Und dieser eine große Fehler soll der

Letzte sein, „das walte Gott!“ Wirklich? Aber vielleicht wäre es doch besser, wenn das duckmäuserische Bettchwesternblättchen nicht in demselben Satze, in dem es zugleich eine faulische Lüge ausspricht, nicht den „lieben Gott“ anrufen würde. Der „eine große Fehler“ — als ob die Christlichsozialen die Eisenbahner zum ersten mal verraten hätten, als ob ihr Verhalten bei früheren Anträgen im Parlament schon vergessen wäre! Und nun soll es das „Walten Gottes“ bewirken, daß es der Letzte Verrat ist. Jetzt ist also, nach dieser Logik, auch noch der liebe Herrgott daran schuld, daß die christlichsozialen Partei den Antrag Tomischik niederrinstimmt! Diese Ausrede könnte den abgefeilten Schwindlern noch passen.

Aber es lohnt sich immerhin, auch einmal ernsthaft zuzusehen, wie die Verräter gleichzeitig bemüht sind, ihre parlamentarischen Spieghelfer gewissermaßen zu entshuldigen. Auf der einen Seite das Lamento, weil ihre Abgeordneten gegen den Antrag stimmen, auf der anderen Seite aber gleichzeitig auch der gegen die Sozialdemokraten gerichtete Vorwurf, daß der Antrag Tomischik nur „schwindelhafte Demagogie“ war. Nun, wenn er es war, warum hätten dann die Nationalverbänder und Christlichsozialen mit dafür stimmen sollen, um die „schwindelhafte Demagogie“ zu unterstützen? Die scharfsinnige Entdeckung von der „sozialdemokratischen Demagogie“ stammt übrigens von der „Reissopf“ und wird natürlich sowohl von der christlichen, wie von der deutschnationalen „Eisenbahner-Zeitung“ prompt aufgegriffen. Besonders dem „Deutschen Eisenbahner“, der jetzt überhaupt mit einem gewissen Stolze das dümmste Blatt werden will — scheint das „geistvolle Argument“ so gefallen zu haben, daß er damit folgendermaßen loslegt:

„Es muß dem denidenden Eisenbahner sozialdemokratischer Anschauung doch klar sein, daß es eine geradezu widerliche Komödie genannt werden muß, wenn man zuerst die §§ 1 und 2 des Budgetprobisitoriums, jene Paragraphen, welche für die Befolzung der Staatsbediensteten die Mittel sichern, ablehnt, dann aber einen Busch'antrag zum vorher abgelehnten § 2 durchsehen will. Das kann wirklich nicht anders, denn als schändliche Komödie bezeichnet werden. Was nützt denn der Busch'antrag, wenn der ganze Paragraph schon abgelehnt ist?“

Hätten die Sozialdemokraten die Mehrheit im Parlament, würde sich aus dieser Haltung folgendes törichte Bild ergeben.

Alle Bezüge der Staatsangehörigen und damit auch der Staatsbahner dürfen nicht ausbezahlt werden, weil ja die für die Auszahlung geforderten Einnahmen verweigert werden. Aber jene Maßnahmen müßten die Eisenbahner erhalten, die aus den geforderten 17 Millionen bestritten werden sollen. Die Eisenbahner belämen somit keinen Gehalt, kein Quartiergeld, keine Stunden- und Behrgelder u. s. w.; aber die Diener würden die zweijährige Vorrückung haben, die dann nichts kostet, weil überhaupt kein Gehalt gezahlt wird; die Unterbeamten würden zu Beamten ernannt, was aus den gleichen Gründen wieder nichts kosten würde — und so kann das Bild in allen möglichen Beleuchtungsarten vorgeführt werden.

Ist das ernste Arbeit?

Wir sind also gründlich durchschaut. Einfach hautschlechte Kerle, diese Sozialdemokraten, die zwar 17 Millionen für die Eisenbahner verlangen, aber, wenn es nach ihrem Willen ginge, würde kein einziger Eisenbahner auch nur seinen Gehalt bekommen, einfach deshalb nicht, weil die Sozialdemokraten regelmäßig das ganze Budget ablehnen und so der Regierung die Mittel für die Ausgaben verweigern. Wie sieht es nun — im Ernst gesprochen — mit der Wahrheit aus? Die Herren Demagogogen tun natürlich so, als ob die Sozialdemokraten jedem Staat überhaupt das Budget verweigern und als ob sie es grundsätzlich ablehnen, dem Staat irgendeine Einnahme zu verschaffen. Aber die Sozialdemokraten wollen sogar dem gegenwärtigen Staat Einnahmesquellen verschaffen, das beweist der von uns schon besprochene Antrag Dr. Renner im Finanzausschuß, wie die sozialdemokratische Finanzpolitik

überhaupt. Aber wir wollen das Geld, das der Staat braucht, bei den Reichen und Reichen holen. Die Regierung mit ihrer christlichsozialen und nationalverbandlerischen Majorität holt aber die Mittel regelmäßig durch indirekte Steuern bei den Armen und Allerärmsten. Und wir wollen, daß diese Mittel, die der Staat für seine Ausgaben verwendet, so budgetiert werden, daß nicht der Staat für seine Zwecke, für Militarismus und Kriegsschiffe den Löwenanteil wegnimmt, während für die Zwecke der Volkswohlfahrt und Sozialpolitik nur ein geringer Bruchteil übrig bleibt. Gegen ein Budget, das dem Volk nichts, dem kapitalistischen Staat aber alles gibt, stimmen also die Sozialdemokraten. Aber ist deshalb das Budget schon jemals abgelehnt worden? Und handelt es sich diesmal, wie man dem „Deutschen Eisenbahner“ nach glauben müßte, um ein abgelehntes Budget? Nein. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien haben es diesmal wieder angenommen, weil ihnen die kapitalistische Staatswirtschaft recht ist, und weil sie ihrem Klassenstaat die Mittel nicht verweigern dürfen. Aber ebendeshalb, weil die bürgerlichen Parteien ein Budget beschließen, das für die kapitalistischen Zwecke des Staates reichlich, für die Zwecke des arbeitenden Volkes nur sehr stiefmütterlich vorsorgt, stellen die Sozialdemokraten ihre Zusatzanträge, weil sie meinen, daß der Staat auch Pflichten für das Volk habe. Die Nationalverbändler und Christlichsozialen aber sind anderer Meinung. Sie apportieren wie getreue Hunde der Regierung ihr Budget, wie sie es verlangt, und stimmen die Anträge, die wollen, daß auch Beträge für bestimmte arbeitende Volksklassen eingestellt werden, einfach nie der, wie wir es beim Antrag Tomischk recht deutlich gesehen haben.

Die betrogenen Betrüger mögen sich also diesmal winden und drehen wie sie wollen, der Strick, an dem sie zappeln, wird nicht zu durchschneiden sein. Und je mehr sie Angstschweiß darüber vergießen, daß die Eisenbahner den ganzen Betrug durchschauen und abgeschreckt in das sozialdemokratische Lager abschwanken könnten, desto offenkundiger wird es, wie wenig ehrlich es Christlichsoziale und Nationalverbändler meinen. Wie sie sich drehen und wenden und wie sie lamentieren, die betrogenen Betrüger, das wird den Eisenbahner vollends die Wege in voller Klarheit zeigen, die sie zu wandeln haben. Wer jetzt noch nicht weiß, wo sein Platz ist, der wird das Brett vor seinem Kopf niemals loswerden.

Wie der Abgeordnete Heine sich vor den deutschnationalen Eisenbahnen „recht fertigt“.

Zu dem vor einigen Tagen in den bürgerlichen Blättern enthaltenen Berichte, wonach der Abgeordnete Heine in einer deutschnationalen Eisenbahnerversammlung in Tetschen-Wodenbach für sein Verhalten bei der Abstimmung über den 17 Millionen-Antrag ein Vertrauensvotum erhalten haben soll, wird uns aus Tetschen-Wodenbach geschrieben: Die von deutschnationalen Eisenbahner besuchte Versammlung wurde zunächst nur deshalb einberufen, weil mehrere Ortsgruppenobmänner des Reichsbundes Herrn Heine auf einem in Krochwitz abgehaltenen Bundesfeste über sein Verhalten bei der Abstimmung Vorstellungen gemacht haben

und erklärten, daß bereits eine Reihe von Mitgliedern aus dem Reichsbund auszutreten gewillt sei. Daraufhin erschien der Abgeordnete Heine in der erwähnten Versammlung, um die nationalen Eisenbahner zu beruhigen. Von den Argumenten, die Herr Heine vorbrachte, und die von der bürgerlichen Presse berichtet werden, wird außfallenderweise der größte Stumpfsinn aus den Aussführungen des Abgeordneten Heine verschwiegen. Unter anderem soll er in seiner Rede erklärt haben, daß der Antrag Tomischk nur deshalb abgelehnt wurde, weil Tomischk „aus der parlamentarischen Vereinigung ausgetreten sei“, was zur Folge hatte, daß die anderen Parteien sich nicht verpflichtet fühlten, für den Antrag zu stimmen. Daß das der aufgelegte Blödsinn ist, ist klar. Aber so unverständlich er Klingt, genügte er den deutschnationalen Eisenbahner doch, sich damit aufzuhören zu geben. Herr Heine erklärte auch weiter, daß er im Herbst dafür sorgen werde, daß den Eisenbahner ihr Recht werde, selbst auf die Gefahr hin, daß er eine Eisenbahnerbewegung inszenieren müßte. Man sieht, die verwerfliche Demagogie fängt schon wieder von vorne an. Aber seine Hörer waren mit der Fopperei zufrieden, und das ist schließlich die Hauptache.

Die Pension des Herrn Abgeordneten.

Neues von Herrn Otto Kroy.

Der Herr Abgeordnete Otto Kroy ist die wahrhaftige Zierde des deutschen Nationalverbandes. Ein Mann, der wie der fahrende Sänger „von niemand gekannt“, es dem Klasseninstinkt des ansonsten inferioren Bürgertums von Oberleutendorf verdankt, daß er mit der „Würde des Volksvertreters“ befreit wurde, könnte vielleicht heute noch ein unbekanntes Leben führen, wenn er nie in den Dunstkreis der nationalen Korruptionskümpse gekommen wäre. So aber hat Herr Kroy die Empfindung für moralische Reinlichkeit schnell verloren. Freilich hat er die eine Entschuldigung für sich, daß dieser Verlust gleichsam unter Mitwirkung des f. f. Eisenbahnamministeriums geschah. Der Gang, wie einem gewählten Abgeordneten das Gefühl, was er seiner Würde und seiner unparteiischen Mandatsausübung schuldet, gänzlich abhanden kam, braucht von uns wohl kaum ein zweitesmal erzählt zu werden. Wir haben es in der Nummer 31 unseres Blattes vom 1. November 1909 an leitender Stelle ausführlich getan, und die übrige Welt, deren sittliches Empfinden noch nicht von der müffigen politischen Geschäftsmoral der Nationalverbändler erstickt wurde, hat unter den Uebelkeiten von damals viel gelitten. Aber im Nationalverband kennt man keine Anwandlungen von Brechreiz und zur Strafrechtlichen Immunität der Abgeordneten gesellt sich dort die miunter notwendigere der moralischen.

Dieser ganz besonderen Widerstandsfähigkeit, der kein moralischer Pestgestank anklamm, verdankt es also Herr Otto Kroy, daß er noch immer im deutschen Nationalverband seinen ehrenvollen Platz hat. Vor nicht ganz drei Jahren, im Oktober 1909, ist Herr Otto Kroy bekanntlich auf Wunsch des f. f. Eisenbahnamministeriums Knall und Fall von der Salzburger Eisenbahngesellschaft weg, als Oberrevident in den Dienst der gleichzeitig verstaatlichten Österreichischen Nordwestbahn übernommen worden, womit sich der Fall wohl zum erstenmal ereignete, daß ein Abgeordneter gleichzeitig mit

verstaatlicht wurde. Daß Herr Kroy sich nicht schämte, sein Mandat dazu zu benützen, eine Reihe älterer im Dienste der f. f. Staatsbahnen gestandener Beamte im Abusement zu schädigen, das war für ihn persönlich eine Frage rein sittlicher Natur. Die übrige Öffentlichkeit aber hatte das Gefühl, vor einem Korruptionssprung zu stehen, der in Österreich seit der Zeit, da politische Differenzen mit der Regierung durch „nationale Kompensation“ ausgeglichen werden müssen, immer unheimlicher seine Tiefe aufzeigt. Und eine solche „nationale Kompensation“ war offenbar die Protektion des Herrn Kroy. Und das deutsche Volk in Österreich mag froh sein, einen so herrlichen „nationalen Erfolg“ an seine Fahnen heften zu dürfen”.....

Im Dezember 1910 gab Herr Kroy der Öffentlichkeit zum zweitenmal Gelegenheit, sich mit seiner sonst recht unbedeutenden Persönlichkeit zu beschäftigen. Das „deutsche Volk“ trug in der Sache den zweiten Erfolg davon, daß die Ernennung des Herrn Kroy zum Oberrevidenten auf zehn Monate rückwirkend gemacht wurde, so daß damit den Herrn Abgeordneten des Nationalverbandes alle jene Vorteile, die mit seinem Rangstatus verbunden sind, für eine Zeit zuerkannt wurden, in der er noch gar nicht f. f. Eisenbahnamtsbeamter war. Das war nicht bloß moral- und rechtswidrig, das war auch eine offenkundige Verschleuderung von Staatsgeldern zugunsten eines Abgeordneten des deutschen Nationalverbandes. Es ist klar, daß daran vor allem das Parlament, aber auch die weiteste Öffentlichkeit das Interesse haben mußten, von der Regierung die Gründe dieser offenkundigen Protektion eines Abgeordneten zu erfahren. Aber der Herr Eisenbahnamtsminister schwieg, wiewohl zweimal in einer Interpellation des Abgeordneten Dr. Ellingbogen und einer Interpellation der Abgeordneten Müller und Tomischk um die Gründe gefragt wurde, die ihn zu der ganz skandalösen Begönnerung des Herrn Kroy veranlaßten. Das Schweigen ist eine Rechtswohlthat, die auch die Strafprozeßordnung einem Angeklagten zubilligt. Und der Eisenbahnamtsminister macht von dieser „Rechtswohlthat“ heute noch Gebrauch.....

Damit aber die Öffentlichkeit vollends auch überzeugt werde, daß die Staatsbahnenverwaltung allen lästigen Fragen zum Trotz noch weiterhin geneigt sei, ihre illegitimen Beziehungen zu Herrn Kroy fortzuführen, erfährt man in den letzten Tagen ein neues Stück als Beitrag zur nationalverbandlerischen Korruption. Dem Herrn Kroy wurde nämlich vom f. f. Eisenbahnamministerium die Bewilligung erteilt, für 17 bei der A. C. E. und Salzburger Tramway verbrachte Dienstjahre ratenweise die Pensionsfondsbeträge nachzuholen und sich hierfür die Pensionsbezüge zu sichern.

Im § 5 des Pensionsstatuts für Beamte und Unterbeamte der f. f. österreichischen Staatsbahnen wird nun allerdings dieses sogenannte Nachkaufrrecht von Dienstjahren als eine Art Gnadenhaft seitens der Staatsbahndirektion und des Eisenbahnamministeriums festgesetzt, indem es heißt: „Einem Bediensteten kann nach mindestens fünfjähriger zufriedenstellender Dienstleistung

und Streben und protestieren höchstens noch beim Bierkommers mit einer Art von Galgenhumor: daß unsere Alten, wenn sie jetzt sähen, wohl merken würden, daß Malz und Hopfen doch nicht an uns verloren seien.

Es ist freilich die christliche Methode, dem Menschen beständig seine Nichtigkeit und Schlechtigkeit ins Gedächtnis zu rufen, damit er ja als zerkrüppeltes und sich selbst als wertlos erkennendes Objekt der göttlichen Gnade um so würdiger werde. Die Christen behaupten stets selber, daß sie die größten Sünder seien und, wie männlich weiß, haben dieselben auch ganz nette praktische Beweise der Behauptung geleistet.

O, welch ein ganz anderes Geschlecht mühte heranwachsen, wenn Eltern und Lehrer die Schwarzseherei aus ihrer Erziehungsmethode entfernen würden. Beschneidet man dem jungen Nar die Flügel, so kann er freilich nie zur Sonne sich emporfliegen; wenn man aber der Jugend die erhabensteinen Ziele als erreichbar darstellt, wenn man statt des ewigen Laments über die schlechten vielmehr beständig an die guten und edlen Eigenschaften des heranwachsenden Geschlechts appelliert, wenn man vielmehr lobt als tadel, vielmehr anerkennt als verurteilt, dann wächst der Mut in der jungen Brust. Die Scham über den stillschweigend verziehenen Fehler ist um so größer, als das Kind die Verpflichtung fühlt, sich selber zu strafen, und die Dankbarkeit über die gute Meinung, die man von ihm hält, macht es zum besseren Menschen. Ich erinnere mich, daß von allen Lehrern derjenige mit uns die besten Resultate erzielte, der beständig aus Ehrgefühl appellierte, das uns innerwobt, ohne daß wir uns desselben bewußt geworden oder das uns, richtig zu sagen, erst durch diese Appellation entstanden. „Knaben“, sagte jener würdige Mann, „die Zukunft bestimmt eurer Nation ist ein einziges, freies Deutschland; jeder von euch kann einst dazu berufen werden, als Volksvertreter in dem Parlament die Geschichte der Nation mitzubestimmen, darum müßt ihr aber auch stets so leben, daß ihr ohne Grüten auf euer vergangenes Leben zurückschauen könnt.“

Das machte unsere Herzen von edlem Stolz erglühn, das fehlte uns große Ziele und gab uns große Gedanken und in keiner anderen Lehrstube herrschte so musterhafte Ruhe, war die Strafe so selten notwendig. Freilich bemühten sich die anderen Lehrer aus Kräften, zu vernichten, was der eine gutmachte. Behandelt junge Menschen als Gentlemen und Ladies und sie werden sich als solche betrachten; sagt Ihnen, sie seien

unverbesserliche Bengel und sie werden sich bemühen, solche zu sein. Sagt einem Kinde, es sei zu dumm, etwas zu lernen, und es wird sich dabei beruhigen, sagt ihm, es könne alles, und es wird alles zu können versuchen. So aber, da dieser Pessimismus, diese Schwarzseherei in der Erziehung der hervorragendste Faktor ist, so darf es uns gar nicht wundern, daß wir demselben auch überall im Leben begegnen. Man erzieht die Menschen anstatt zur Achtung zur Verachtung des Lebens, man vergiftet ihnen das blühende Dasein dadurch, daß man ihnen beständig die Nichtigkeit und Schlechtigkeit des Bestehenden predigt und was das Schlimmste ist, man verleiht ihnen das Streben nach Idealen damit, daß man ihnen vorlägt, die Menschheit entferne sich ja doch nur immer weiter von denselben, anstatt daß man ihnen durch das herrliche Bild der aus den niederrangigen Anfängen stetig sich entwickelnden Kultur einen Sporn zum Mitarbeiten an dem großen Werk einsetzt.

Es mag ja sein, daß in einer Generation eine gewisse moralische Verzumpfung Platz greift, wie es ja leider eine Tatsache ist, daß unsere Zeit in vielen Hinsichten eine geistig und gemütlich arme genannt werden muß im Vergleich mit der Zeit unserer Urgroßeltern, aber das sind doch im großen Entwicklungsgang des Ganzen nur vorübergehende Rücksätze und wer nur einmal den Begriff der Kulturgeschichte erfaßt hat, wird sich den immer strahlender anbrechenden Morgen nicht durch die das Tagesgestern vorübergehend verhüllenden Wolken bewirtern lassen.

Man kann es dem vielgeprüften Manne, dem streben den Weiße verzeihen, wenn sie, daß Herz von tausend Wunden der Enttäuschung zerfleischt, am Menschengeschlecht und seiner hohen Mission verzweifelt, sind sie von echtem Schrot und Korn, so werden sie sich doch immer wieder aus den Abgründen der Verzweiflung auf die Sonnenhöhe der Erkenntnis der fortschrittlichen Entwicklung retten. Aber aus der Erziehung verhant man diesen Pessimismus! „Herrgott, nur in die Jugend lasst es nicht hineinregnen!“ betet Jean Paul. Geht der jungen Pflanze vollauf Sonnenschein, weicht in den Kindern das Selbstvertrauen und es wird ein Geschlecht heranwachsen, welches die christliche Trostlüge verachten wird, Menschen, die ihre eigentliche Stellung in der Natur der Erde einzunehmen und zu behaupten wissen.

Feuilleton.

Pessimismus in der Erziehung.

Von Robert Reiche.

„So, du hast wieder ein schönes Zeugnis heimgebracht! In der Gesamtkotation um zwei hinzukommen, in der Mathematik die Note ungenügend und im Betragen: gut statt sehr gut. Nun, ich hab's ja immer gewußt: aus dir wird seiner Leibtag nichts und ich möcht nur wissen, was du einmal in Zukunft anfangen willst.“ So bin ich zur Weihnachtszeit des Jahres 1865 zu Hause empfangen worden und trübe Schatten lagen sich über die Weihnachtsfreude. So sind schon Tausende von Kindern von Tausenden von Vätern und Müttern empfangen worden. Ich bezweifle durchaus nicht, daß sie es gut meinten, aber welche Verkehrtheit, welche Erziehungsunfähigkeit befandet sich in dieser beliebten Schwarzseherei in Bezug auf die Zukunft des Kindes!

Da haben wir zum Beispiel einen willensstarlen und insgesamt bisweilen eigenmöglichen oder trocken Knaßen, tagtäglich wird ihm vorgepredigt, daß ihn seine Gemütslage zu den unglücklichsten Lebensschicksalen berechte, da haben wir einen etwas langsam denkenden, schwer aufzufassenden, der Lehrer erwartet nicht, ihn zu versichern, daß er stets ein Dummkopf bleiben werde; oder ein anderer wird auf einer Lüge ergrapt und der Herr Pastor, der wie Ingersoll ganz richtig bemerkte, daß sein Leben mit Lügen macht, setzt dem unglücklichen Wahrheitsverbrecher auseinander, daß ein Mensch, der lügt, doch sicherlich stiehlt und fengt und brennt und bei Zeit an den Galgen gehängt wird. „Ach dem ward nichts“, pflegten Eltern, Verwandte und Bekannte so oft als Endurteil über den Jüngling Fritz Reuter abzugeben, daß er es schließlich selber glaubte und wohl auch nichts aus ihm geworden wäre, wenn nicht eine ihm vertraute und die wertvolle Seite seines Wesens begende und pflegernde Frauenseele ihn zu dem größten Humoristen Deutschlands gemacht hätte.

Ja, das ist das Infernalische: wenn man uns fortwährend vorpredigt, daß wir die verkommensten heranwachsenden Individuen der menschlichen Rasse seien, daß Hopfen und Malz an uns verloren seien, so glauben wir es schließlich und ergeben uns in unser Schicksal, wir werden matt im Ringen

Sorgt dafür, daß der „Eisenbahner“ auch vom reisenden Publikum gelesen werde!

und ebenso langer Zeitspanne seitens der ihm vorge setzten Behörde (Staatsbahndirektion, Eisenbahn ministerium) die Unrechnung derjenigen Zeit, welche derselbe in definitiver Eigenschaft bei einer Eisenbahnunternehmung oder im Zivilstaatdienste zugebracht hat oder überhaupt einer bestimmten Anzahl von Jahren gegen Nachzahlung der doppelten derjenigen Beiträge nebst stufenweise zu berechnenden 4 Prozent Zinsen gewährt werden." Bedingung für das Nachkaufsrecht ist also unter allen Umständen, daß der Bedienstete, der darum ansucht, fünf Jahre in definitiver Eigenschaft bei den f. f. Staatsbahnen diente und ebenso lange dem Pensionsfonds angehört hat. Herr Kron gehört, wie man weiß, durch den oben geschilderten Akt ministerieller Präferenzierung den f. f. Staatsbahnen seit dem Herbst 1909, also noch nicht einmal voll drei Jahre, an, aber nichtsdestoweniger wird hier die ratenweise Nachzahlung von gleich 17 Jahren gestattet, was also neuerlich und ganz klarerweise ein Geschenk aus den Mitteln jenes Pensionsfonds für Beamte darstellt, der als passiv einen Staatszuschuß von 4 Millionen Kronen jährlich erfordert! Man sieht, wie die Bande zwischen Nationalverband und Regierung immer inniger geknüpft werden, und erhält so auch die hinreichende Erklärung dafür, weshalb die Nationalverbände gegen den 17 Millionen-Antrag Tomischik gestimmt haben. In nicht ganz drei Jahren ist Herr Kron dreimal belohnt worden. Unterdessen ist Herr Heine Baurat geworden und Herr Dr. Weidenhoffer hat auf seine Durchfallswunde in jungen Jahren das lindernde Pfaster einer staatlichen Pension bekommen. Begreift man jetzt des Rätsels Lösung, warum Herr Kron und Herr Heine hinausgegangen sind, als am 2. Juli 1912 über den Antrag Tomischik abgestimmt wurde? O, du alter Tacitus, der du den alten Deutschen Treue zu seinen Stammesgenossen als besondere Tugend nachrühmtest, du wärst, wenn du unsere "Neu-Germanen" gekannt hättest, ohne Spucknapf kaum ausgelommen!

Die Sozialdemokraten wollen keine positive Arbeit."

Die Gegner der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung haben ihre "geistigen Waffen", mit denen sie gegen uns zu Felde ziehen, wieder einmal gewechselt. Es gab befamlich eine Zeit, wo man es als das "scharfsinnigste" und schlagendste Argument betrachtete, den Sozialdemokraten vorzuhalten, daß sie gar keine positive Arbeit wolle und als eine Partei der reinen Negation alle Hoffnung auf einen neubüroloren Zukunftsstaat verlegen. In allen Versamm lungen und in fast jeder Nummer der von den Unternehmen ausgehaltenen gegnerischen Zeitschriften konnte man so den "Nachweis" geliefert bekommen, daß die sozialdemokratischen Organisationen gar nicht den Zweck und die Absicht haben, praktische Gegenwartarbeit zu leisten, sondern sich vielmehr damit begnügen, die Arbeiter auf die lange Frist der Zukunft zu vertrösten.

Wäre diese Behauptung unserer verehrten Gegner wahr, dann hätte die Sozialdemokratie allerdings ein Auskunftsmitte für sich bereitgestellt, das dem bekannten christlichen Trostspruchlein ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen. Aber immerhin wäre die Mixture gegen die sozialen Leiden und Schäden dieser Welt um gar nichts schlechter als die, die von der christlichen Kirche der Menschheit durch nahezu zwei Jahrtausende verordnet wird. Ja, wir behaupten sogar, daß der Verweis auf den Zukunftsstaat, der ja noch immerhin den Trost auf ein Besserwerden im Diesseits enthält — immerhin noch für viele Leute vertrauenerweckender sich ausnehmen mag als der Hinweis auf die metaphysische Welt des Jenseits. Aber in Wirklichkeit ist es der Sozialdemokratie, soweit sie sich als ein politisches und wissenschaftliches System darstellt, gar nie eingefallen, sich auf dem reinen Negationsstandpunkt zu stellen und jede positive Arbeit zu perhorrezzieren. Wo und inwieweit immer der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ein Einfluß auf die Gesetzgebung der Staaten zukommt, wird nämlich durch das Verhalten unserer parlamentarischen Vertreter das Gegenteil bewiesen. Schon im Oktober 1899 erklärte daher im bayerischen Landtag ein bürgerlicher Abgeordneter, der geistliche Professor Neubauer, wörtlich zu diesen Vorwürfen folgendes: "Die Sozialdemokratie geht doch im allgemeinen darauf aus, daß sie den Mitgliedern des bayerischen Standes ihre Lebensstellung und ihre Lebenshaltung zu verbessern sucht; sie geht darauf aus — das ist ihre Tendenz — die Lage der Arbeiter zu heben und dieselben zu schützen gegen die Übermacht des Kapitals." Und selbst ein so grimmiger Sozialistenhasser wie Fürst Bismarck erklärte als Kanzler am 26. November 1884 im deutschen Reichstag ganz freimütig: "Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchten würden, würden die mäßigen Fortschritte, die

wir in der Sozialreform bisher überhaupt gemacht haben, noch nicht existieren."

Seit nun auch in Österreich die Arbeiter nicht nur gut ausgebauten Gewerkschaften besitzen, sondern sich auch durch die Eröberung des gleichen Wahlrechtes die Mitwirkung an der Gesetzgebung gesichert haben, ist allerdings dieses vorgenannte "geistreiche Argument" auch bei uns allmählich verstimmt. Es wäre eben auch gar zu lächerlich, noch weiterhin das positive Programm des Sozialismus leugnen zu wollen, wo die mächtig anwachsende Gewerkschaftsbewegung unausgesetzt eine Fülle von Kulturarbeit vollbringt. Was heute die Gewerkschaften in Österreich den Arbeitern allein an Lohnhöhungen und an Verkürzung der Arbeitszeit gebracht haben, das sind Erfolge, die in ihrer summarischen Bedeutung einem guten Stück Nationalvermögen gleichkommen, das für die Arbeiterschaft dem Kapitalismus abgerungen worden ist.

Aber auch auf dem Boden des Parlaments hat die Arbeiterschaft durch ihre Vertreter den Beweis erbracht, daß sie positive und politische Gegenwartsarbeit betreibt. Das ist auch an der bisherigen Parlamentsarbeit in Österreich zu erweisen. Die Sozialdemokraten sind nämlich gerade hier die einzigen, die dem Parlament sozialpolitischen Beratungsstoff zugeführt haben und die immer wieder mit allen Nachdruck die Durcharbeitung ihrer im Interesse der Arbeiter gestellten Anträge verlangt haben. Selbst die wenigen sozialpolitischen Vorlagen, die von der Regierung eingebracht wurden, wie das Gesetz über die Sozialversicherung und der sogenannte Bäckerbeschluß, sind zurückzuführen auf Anträge und Anregungen der Sozialdemokraten. Der größte Teil der sozialpolitischen Gesetzesvorlagen, die dem Abgeordnetenhaus unterbreitet werden, sind selbständige Anträge der sozialdemokratischen Abgeordneten. Ein ganzes Handbuch der Sozialpolitik ließe sich zusammenstellen, eine fast lückenlose Theorie der Sozialpolitik damit begründen. Auf zahlreiche Berufsgesetze richtete sich die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten, als sie ihre Gesetzentwürfe berieten, ebenso haben sie aber auch allgemeine Arbeiterschutzprobleme ihrer Erledigung im Interesse der Arbeiter entgegenzuführen versucht.

Was wir aber bei allen diesen Versuchen, eine praktische Sozialreform zu betreiben, immer wieder sahen, das ist, daß die bürgerlichen Vertreter die vorgezeichneten Wege nicht gewandelt sind. Sie, die noch vordem immer ihr schwerstes Geschäft aufzufahren vermienten, wenn sie der Sozialdemokratie vorhielten, sie wolle und betreibe eine praktische Sozialreform — sind vor einer solchen plötzlich kopfschütt geworden und betreiben dagegen geflissenstlich eine Art "passive Resistenz". Immer und überall sahen wir nämlich, daß die im Interesse der Arbeiter gestellten Anträge entweder in den Ausschüssen des Parlaments begraben oder bei der Abstimmung von den bürgerlichen Abgeordneten einfach abgelehnt wurden. Seit es in Österreich ein allgemeines Wahlrecht gibt, sind, wie die kurze Geschichte dieses neuen Parlamentarismus beweist, mit nie erlahmender Unermüdlichkeit von den Abgeordneten der Arbeiter immer wieder die Gegenwartsforderungen der Arbeiter erhoben worden, aber ebenso prompt und sicher haben sie die bürgerlichen Parteien niedergestimmt. Und ebenso prompt haben dieselben Gegner, die vordem die Sozialdemokratie einer nur nebulösen Zukunftsstaatlerei und einer grundfäßlichen Vereinigung aller positiven Sozialpolitik beschuldigte, das neue, ihren früheren Behauptungen entgegengesetzte Argument geschmiedet: "Die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen und politischen Vertreter seien es, die mit maßlosen Ansprüchen Industrie und Gewerbe ruinieren und den Staat durch sozialpolitische Lasten derart in Anspruch nehmen, daß diese auf die Dauer nicht ertragen werden können." Und so sehen wir, wie unsere bürgerlichen Gegner, die früher einmal durch ein wenig Sozialpolitik, die sich in möglichst harmlosen Wohlhaberseintrichungen erschöpften — der Sozialdemokratie und damit der ganzen modernen Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln nehmen wollten — plötzlich zum Rückzug blasen und von einer wirklichen ehrlichen Sozialpolitik nichts wissen wollen.

Für den Kenner des modernen Kapitalismus, der sich schon früher eine materialistische Betrachtungsweise zurechtgelegt hatte, erschließt dieser Umschwung in der sozialen Entwicklung freilich nichts Neues. Wir sind davon nicht überzeugt, daß die Bourgeoisie erkannt hat, daß sie einstens glaubte, den Teufel der Sozialdemokratie durch den Beelzebub der Sozialreform austreiben zu können. Denn je mehr man die Arbeiter darauf bringt, daß auch der heutige bürgerliche Staat nicht nur Verpflichtungen gegenüber den Reichen, sondern auch Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber hat, desto wachsender wird bei diesen die Überzeugung werden, daß der Staat ein Klasse ist mit Klassegeboten und Klasse vorrechten. Eine Sozialpolitik, die sich nach bürgerlichem Muster darauf beschränken möchte, die Arbeiter lediglich mit sogenannten Wohltaten abzuspeisen, ohne die Vorrechte der besitzenden Klasse anzutasten, führt eben früher oder später bei den Arbeitern zu

der Erkenntnis, daß dem bürgerlichen Staat und seinen herrschenden Klassen die Absicht und die Kraft fehlt, ganze soziale Aufgaben zu vollbringen, wenn nicht das eigene fundamentale Interesse verletzt werden soll. Alles aber, was diese Erkenntnis stärkt und fördert, nützt eigentlich nur dem proletarischen Klasse, wie ihn der moderne Sozialismus propagiert hat. Die Bourgeoisie von heute folgt also nur ihrem ureigensten Interesse, wenn sie aus dem bisherigen Geschichtsverlauf den Schluss gezogen hat, daß der kapitalistische Staat eine Welt von Widersprüchen ist, in der eine dauernde Hebung der Klassenlage der Arbeiter nicht möglich ist, ohne die Profitinteressen der Besitzenden zu beeinträchtigen. Und so hat eben die bürgerliche Sozialpolitik endgültig abgedankt, und jede Erfahrung, die wir aus den in- und außerparlamentarischen Kämpfen schöpfen können, bestätigt uns in der Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft nur als geschlossene Klasse in immer größeren und schwereren Kämpfen sich die Wege zu ihrem Aufstieg und zur wirtschaftlichen Macht bahnen kann.

Das Juliavancement bei der Südbahn.

Das diesjährige Juliavancement hat unter einem großen Teile des Zugbegleitungs personals berechtigte und tiefgehende Erregung hervorgerufen, und zwar deshalb, weil in demselben eine Reihe rangjüngerer Zugbegleiter rangälteren im Gehalt und im Rang vorangestellt wurden. Die Ursache dieser nicht nur die Interessen der beteiligten Bediensteten, sondern auch die Interessen des Dienstes schädigenden Ereignisse sind folgende:

Zum diesjährigen Juliavancement rückten eine Reihe von Zugbegleitern auftourlich vor, und zwar sind das hinsichtlich der in Rede stehenden Frage ausschließlich solche Zugbegleiter, die seinerzeit in der Gehaltsstufe von 720 Kr. angestellt wurden und länger als 4 Jahre in dieser Gehaltsstufe zu bringen mußten.

Dagegen, daß diese Leute, weil sie mit 720 Kr. angestellt wurden, auftourlich abweichen, hat das geschädigte Personal selbstverständlich nichts einzuwenden. Wohl aber dagegen, daß für das auftourliche Avancement nicht der allein maßgebende Grundfaktor Anwendung fand, daß alle, die mit 720 Kr. angestellt wurden, dieser Begünstigung teilhaftig werden, sondern eben der Grundsatz, daß nur die der Begünstigung teilhaftig werden, die in der genannten Gehaltsstufe länger als 4 Jahre verbleiben mußten. Diese Errscheinung widerspricht den Intentionen des Generaldirektors der Südbahn, als auch den Intentionen anderer maßgebender Organe der Direktion, weil diese Herren dem Personal gegenüber beziehungsweise gegenüber den Vertretern des Personals, sowohl in Sitzungen der Personalkommission, als auch bei diversen Vorsprachen ausdrücklich erklärt, daß alle diejenigen, die seinerzeit mit 720 Kr. angestellt wurden, einer Kürzung der Vorruhungsfrist sukzessive teilhaftig werden; aber davon war nie die Rede, daß nur diejenigen dieser Begünstigung teilhaftig werden, die eben gerade länger als 4 Jahre in dieser Gehaltsstufe gestanden sind. Wäre den Intentionen der genannten Herren entsprechend gehandelt worden, so hätten eben alle die, die seinerzeit mit 720 Kr. angestellt wurden, ohne Rücksicht darauf, ob sie 4 Jahre oder mehr in dieser Gehaltsstufe zugebracht haben, sukzessive dieser Begünstigung teilhaftig werden müssen und es wäre die Schädigung eines nennenswerten Teiles von Zugbegleitern im Range und im Gehalte unterblieben.

Dieselben Maßnahmen mit den schädigenden Folgen wurden auch beim vorjährigen Juliavancement in Anwendung gebracht, und die Folge davon war ein Sturm der Erregung und tiefgehender Unzufriedenheit der geschädigten Zugbegleiter. Die betroffenen Bediensteten sprachen deshalb bereits im Vorjahr beim Herrn Generaldirektor vor, und es wurde ihnen zugestanden, daß ihre Beschwerden gerechtfertigt seien und daß eine Schädigung gar nicht in den Intentionen der Verwaltung gelegen sei, daß vielmehr eine Regelung der ganzen Sachlage dagehend erfolgen wird, daß beim diesjährigen Juliavancement den genannten Intentionen entsprechend die Verteilung der Begünstigung erfolgen wird. Wozu noch zu bemerken ist, daß im Vorjahr bei derselben Maßnahme eine Schädigung in der Rangenteilung nicht Platz griffen hat.

Das Gegenteil ist nun eingetreten. Es handelt sich nicht um einen willkürlichen Protest oder um vermeintliche Burden, sondern um wirkliche und sogar schwere Schädigungen im Range und im Gehalt. Es soll hier nur ein Fall erwähnt werden:

Der Konditeur Händler wurde im März 1905 einberufen und steht derzeit in der Gehaltsstufe von 1000 Kr. Die Konditoren Hauß und Suchentrunk wurden im Mai und Juni 1906 einberufen, also um 13 Monate später, haben die Prüfung später abgelegt, sind bisher dem Händler demgemäß im Range und im Gehalt zurückgewesen, und nun sind sie in die Gehaltsstufe von 1100 Kr. vorgerückt und sind infolgedessen dem Händler im Gehalt und im Range voraus. Die Konsequenz dieser Errscheinung wird dahin führen, daß Dienst- und rangjüngere Bedienstete hinsichtlich der Dienstzuteilung und auch hinsichtlich der Ernennung zu Oberkonditoren die rangälteren Kollegen überflügeln werden. Diese Schädigungen können den Dienstleistern des betroffenen Personals nicht erhöhen. Sie müssen vielmehr verbitternd wirken und es ist daher die unter dem Personal herrschende Aufregung begreiflich und selbsterklärend sehr berechtigt. Diese Zustände sind unhaltbar. Sie schädigen auch das Interesse des Dienstes. Soll unter dem Personal Ruhe einkehren, muß eine Änderung dieser Verhältnisse rasch herbeigeführt werden. Zur Erreichung dieses Zwecks wäre es vor allem anderen notwendig, festzusehen, daß die Aenderung des durch Anstellung, Ablegung der Prü-

fung und Ableistung des Dienstes durch einen längeren Zeitraum erworbenen Ranges nur durch das tourliche Avancement und durch tourliche Beförderungen und Ernennungen erfolgen kann, niemals aber durch ein durch Härtenausgleich oder außertourliche Vorrückung erfolgtes Avancement. Es liegt im Wesen des Ranges, daß der selbe, soll er überhaupt einen Wert haben, als ein zu erwerbendes und in diesem Falle erworbenes Recht zu definieren ist. Nebrigens ist dieser Grundsatz nicht neu, sondern schon bei Erstellung der Dienstpragmatik festgelegt worden. In Konsequenz dieses Grundsatzes müßte jetzt mit Gültigkeit vom 1. Juli d. J. auch allen durch die oben besprochenen Maßnahmen im Rang und im Gehalt geschädigten Bediensteten (Bugsbegleiter), wenn sie seinerzeit mit dem Gehalt von 720 Kr. angestellt wurden, ohne Rücksicht darauf, wie lange sie in dieser Gehaltsstufe gestanden sind, das außertourliche Avancement in gleicher Weise gewährt werden, wie es den anderen Bediensteten gewährt wurde, die ebenfalls mit 720 Kr. angestellt wurden, aber länger als 4 Jahre in dieser Gehaltsstufe zubrachten. Für die Zukunft müßte und gültig festgelegt werden, daß für die Gewährung der in Rede stehenden Begünstigungen einzige und allein der Umstand maßgebend sei, ob ein Bediensteter seinerzeit mit dem Gehalte von 720 Kr. angestellt wurde. Dieselbe Maßnahme wurde in der gleichen Weise auch bei den verstaatlichten Linien der f. f. Staatsbahnen anlässlich der Einreichung dieses Personals in den Staatsbahnenstatus durchgeführt. Nur auf diese Art und Weise kann in dem bestehenden Chaos eine Entwirrung herbeigeführt werden und, wie bereits bemerkt, ist diese Maßnahme nicht nur deshalb notwendig, daß die geschädigten Bugsbegleiter zu ihrem Rechte kommen, sondern auch deshalb, damit die schwer gefährdeten Interessen des Dienstes nicht auch weiteren Schaden leiden.

Das Wiener Zugbegleitungspersonal hat bereits in einer am 5. Juli d. J. im Meidlinger Arbeiterheim stattgefundenen Versammlung zu der Sache energisch Stellung genommen. Es wurde beschlossen, daß eine Deputation der geschädigten Bugsbegleiter mit den Mitgliedern der Personalkommission und den Vertretern der Organisation bei der Generaldirektion vorzusprechen habe. Die Zentrale der Organisation hat an die Generaldirektion bereits eine ausführliche Eingabe gesendet und auch hinsichtlich der Vorschriften bereits alles Notwendige veranlaßt. Wir werden über das Ergebnis der Aktion demnächst berichten.

Bemerkt muß werden, daß das Zugbegleitungspersonal der Südbahn absolut nicht gewillt ist, diese neuerliche Schädigung ruhig hinzunehmen. Die Bugsbegleiter haben es satt, sich immer wieder von der Verwaltung als Versuchskaninchen für die beabsichtigten Berplitterungen der Einheit des Personals gebrauchen zu lassen, sie haben es auch gründlich satt, als Stießkinder behandelt zu werden. Diese neuerliche Schädigung hat dem Boden ausgeschlagen, und die Verwaltung wird, wenn sie nicht rechtzeitig einlenkt, die Konsequenzen der Erregung unter dem Personal selbst zu tragen haben. Die Organe der Direktion, die diese eigenmächtigen Maßnahmen und deren Folgen am Gewissen haben, müssen vom Herrn Generaldirektor belehrt werden, daß auch sie die Bugstännde an das Personal zu respektieren haben. Die Südbahn ist verpflichtet, analog den f. f. Staatsbahnen, beziehungsweise den verstaatlichten Privatbahnen, allen Dienstern, die seinerzeit mit 720 Kr. angestellt wurden, ein Kürzungsjahr zu gewähren.

Diesem Wortlaut entsprechend, hat die Verbesserung ohne jede Bevorzugung durchgeführt zu werden. In diesem Sinne lauten auch die wiederholten Erklärungen des Generaldirektors. Das Personal kann eine Umgehung oder anderweitige Interpretation unter keinen Umständen ertragen, und darum lädt es sich die Willkür einzelner Macher bei der Südbahn auch nicht gefallen. Das Personal hat den beabsichtigten Zweck rechtzeitig durchschaut. Die Geschlossenheit des Personals wird aber diese Absichten nicht zur Verwirrung kommen lassen.

A. M.

Gewählte Inspektoren zum Schutze der Eisenbahnbediensteten.

(Von einem Praktiker.)

Als die österreichischen Eisenbahnbediensteten vom 22. bis inklusive 24. März 1896 ihren ersten Kongress in Wien abgehalten haben, wurde unter anderem eine sehr wichtige Forderung behandelt und vom Parlament und der Regierung ein Gesetz verlangt, in welchem bestimmt wird, daß aus den Reihen der Bediensteten Inspektoren gewählt werden, welche darüber zu machen haben, daß die Gesetze zum Schutz der Eisenbahnbediensteten eingehalten werden.

Die damals alle diesbezüglichen Wünsche zusammenfassende Resolution wurde einstimmig angenommen und hatte folgenden Wortlaut:

In Erwägung, daß die Eisenbahnbediensteten gar keine Behörde haben, welche darüber wachen würde, daß die Bahnhverwaltungen, respektive deren Organe die bestehenden Institutionen und die gesetzliche Dienstzeit, überhaupt die gegebenen Bestimmungen zum Schutz der Bediensteten einhalten, da die f. f. Generalinspektion ihrem Zweck nicht entspricht und daher für die Eisenbahnbediensteten nicht die geringste Bedeutung hat, verlangen wir die Einführung eines Gesetzes, welches bestimmt, daß aus den Reihen der Bediensteten von den Bediensteten auf Kosten der Bahnhverwaltungen unabhängige Inspektoren durch freie, geheime und direkte Wahl gewählt werden, welche darüber zu wachen haben, daß die Institutionen, gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Bediensteten und im Interesse der Sicherheit des Verkehrs eingehalten und von den Bahnhverwaltungen respektiert werden. Diesen Inspektoren soll zugleich das Recht der Erexutive eingeräumt sein, das heißt das Recht, die Abstellung irgendwelcher Nebelstände sofort verlangen zu können. Demgegenüber kann eine Beschwerde seitens der Bahnhverwaltung an das Schiedsgericht eingebracht werden, wodurch aber die Verfügungen eines Inspektors keinen Aufschub erleiden dürfen.

Die Resolution ist auf Seite 104 des Kongressprotokolls begründet und es wäre Naivitätswendung, wollte man den damaligen Ausführungen und Begründungen noch etwas hinzufügen.

Vom 7. bis inklusive 9. Dezember 1902 wurde der zweite österreichische Eisenbahnerkongress abgehalten. Nachdem den gesamten Eisenbahnbediensteten es bisher noch nicht gelungen ist, die dringende Forderung zum Durchbruch zu bringen, wurde abermals diese Forderung im Punkt 6 „Regelung des Vertragsverhältnisses der österreichischen Eisenbahner durch ein Gesetz“ zur Tagesordnung gestellt. Die sachlichen Begründungen und das meritorische Material wurde von allen Vertrauensmännern gewissenhaft gesammelt und damals an Herrn Dr. Verkauf zur Ausarbeitung übertragen, und übernahm Dr. Verkauf für diesen Punkt das Referat. In seinen ausgezeichneten Darlegungen begründete Doktor Verkauf den Schutz der Eisenbahner, der zugleich Schutz und Sicherheit für das reisende Publikum bedeutet. (Siehe Protokoll von Seite 91 an.) Es kamen die Kampfjahre 1905, 1907, 1908 und 1911 für die Eisenbahner und auch in dieser Zeit wurde diese wichtige Forderung ihrer langersehnten Verwirklichung nicht nähergebracht; bei jeder Generalversammlung, Konferenz und sonstiger passender Gelegenheit wurde stets diese Forderung urgier, besprochen etc., und so wurde unter anderem auch schon zweimal vom Sozialdemokratischen Abgeordnetenverband ein diesbezüglicher Antrag im Parlament eingebracht. Im Auftrag des Sozialdemokratischen Verbandes hat Abgeordneter Tomitschik das Rektal in der 12. Legislaturperiode (17. Juli bis 20. Dezember 1911) den Antrag eingebracht, daß im Eisenbahnbetrieb Sicherheitsmänner eingeführt werden sollen. Dieser Antrag ist mit unserer Forderung identisch, beziehungsweise will dasselbe, nur hat er statt Inspektoren den Titel „Sicherheitsmänner“ (wie im Bergbau) gewählt — was für die Forderung gleichgültig ist.

Seit 16 Jahren beschäftigen wir uns mit dieser für einen Großteil der Eisenbahner sehr wichtigen Forderung und dennoch sind wir in dieser Frage bis heute um keinen Finger weiter, wie vor 16 Jahren. Meine Aufgabe soll es nun sein, auf Grund der gemachten Erfahrungen die endliche Realisierung dieser Frage zu begründen:

Innerhalb weniger Jahre hat sich der ganze Verkehr bei den österreichischen Eisenbahnen gründlich geändert. Die Bahnverwaltungen waren bestrebt, der Industrie und dem fahrenden Publikum Rechnung zu tragen. Es wurden die Objekte und Brücken und der Oberbau verstärkt; Stationen vergrößert und große leistungsfähige Lokomotiven eingestellt. Die Fahrzeiten wurden wesentlich gekürzt und die Belastungen erhöht. Die Bahnverwaltungen haben sich denn in den Neunzigerjahren vom damaligen Inspektor Hornpostel in der „Neuen Freien Presse“ vorgelegten Verkehrsänderungen angepaßt und es werden die direkten Frachten mit schnellrollenden Güterzügen, beziehungsweise beschleunigten Frachtenzügen, ohne großen Aufenthalt befördert. Dadurch werden die Stationen, die fast alle zu klein sind, wesentlich entlastet. Die Sammel- und Verteilungsstätte haben eine lange Fahrzeit und es ist den Bahnverwaltungen gleichgültig, ob diese Gattung von Gütern um einige Stunden länger oder kürzer fährt. War schon damals, vor 16 Jahren, die Einführung von gewählten Inspektoren notwendig, um so dringend notwendiger sind sie heute bei total geänderten Betriebsformen. Durch die angeführten Gründe ergeben sich für einige Kategorien sehr schwere Nebelstände, zum Beispiel für das Lokomotivpersonal.

Die Bahnverwaltungen haben durch die Einstellung der verschiedenen Serien von Lokomotiven und über öfteres bitten des Lokomotivpersonals den amerikanischen Turnus aufgehoben und jeden Lokomotivführer, welcher im Turnus fährt, hat seine beständige Lokomotive. Diese Verfügung ist sowohl für die Ausübung des Dienstes, als auch für das Lokomotivpersonal eine Wohltat. Weiters gibt es Lokomotivführer, die im sogenannten „Einsprungturnus“ fahren (Eräß für Kranke, Urlauber u. s. w.) und solche, die außerhalb des Turnusses „wild“ fahren (außergewöhnlich eingeleitete Züge). Die in den Instruktionen vorgeschriebenen „Vorbereitungszeiten“ reichen bei den neuen großen Maschinen nicht mehr aus und es müssen, insbesondere in Bergstrecken, namentlich die Heizer oftmal drei Stunden vor Abfahrt eines Zuges zur Lokomotive gehen. Auch der Lokomotivführer muß früher, als ihm vorgeschrieben ist, erscheinen. Diese notwendigen Vorbereitungszeiten, welche sich nach den örtlichen Verhältnissen richten, sind natürlich nicht im Turnus vorgesehen. Ist aber bei der Rückfahrt ohnedies der knapp vorgeschriebene Aufenthalt im Turnus vorgesehen, so ist er wohl auf dem Papier, aber in Wirklichkeit können oft die Heizer und Lokomotivführer nach einer anstrengenden Tour nur zwei bis drei Stunden das Bett aussuchen. Wenn nun, was wohl öfter vorkommt, bei der Lokomotive eine Verpadung oder eine kleine Reparatur notwendig wird, so kommt es vor, daß das genannte Personal, ohne eine Ruhezeit genossen zu haben, die Rückfahrt antreten muß. Durch die Einteilung der Lokomotivführer und Heizer zu bestimmten Serien von Lokomotiven ist es notwendig, daß verschiedene Turnusse erstellt werden und da bei dem heutigen Personenverkehr die Güterzüge meistens in der Nacht verkehren, wird das Lokomotivpersonal, welches diesen Turnus fährt, in der unverschämtesten Art und Weise ausgenutzt und erzielt noch dazu einen sehr mageren Verdienst. Diesbezüglich herrschen in manchen Stationen unglaubliche Zustände. Innerlich ist es bei den im Turnus fahrenden Personal möglich, die Dienstleistungen zu kontrollieren. In dem sogenannten „Einsprungturnus“ ist dies für einen Ungeübten nicht möglich, und fahren diese Leute oft bis zur Bewußtlosigkeit. Am schlechtesten sind die Lokomotivführer und Heizer in der Reserve daran. Zum Teil sind dies die jüngsten Lokomotivfahreranwärter, die bei normalem Verkehr als Heizer eingeteilt sind. Verkehren nun außergewöhnliche Züge, so übernehmen die Anwärter eine Lokomotive und fahren dieselbe; nachdem sie in einem Turnus fahren, so fahren sie „wild“ und müssen fahren, daß sie schwarz werden. Es wird bei diesem Personal keine Rücksicht auf Nacht oder Dienstleistung genommen. Sagt einer, ich habe jetzt soviel Nächte oder so viele Dienststunden und muß mich ausruhen, so wird ihm das anstandslos gewährt, aber schon bei der nächsten Tour bekommt er die „Schaukel“ und fährt als Heizer — er ist nicht zu brauchen, weil er sich nicht bis zur

Bewußtlosigkeit ausnützen läßt. Nachdem aber jeder den Führerdienst vor dem Heizerdienst, insbesondere in Bergstrecken vorzieht, so sagt er lieber nichts und macht Dienst — nicht wie es die Vorrichtung zuläßt, sondern solange er es physikalisch aushält. Die Heizer sind dabei noch viel ärmeren Teufel.

Ahnliche Verhältnisse sind bei den Zugbegleitern, insbesondere bei dem Fahrpersonal in der Reserve. Mir sind Fälle vorgekommen, wo ich bei Reservewegebegleitern innerhalb eines Monats nur drei nächtliche Ruhezeit in ihrer Heimatstation aus den Fahrgäbenbüchern ersehen habe. Man wird hier die Einwendung machen, ja da sind ja Erlasse, Befreiung etc., auf die sich der Mann berufen kann, daß er soviel Dienst und Nächte hinter sich hat und wenn er sich meldet, bekommt er frei. Gesagt ist dies leicht, und das Papier ist geduldig. Besehen wir aber die Praxis: Wie schon erwähnt, verkehren die meisten Güterzüge bei Nacht. Das Reservepersonal hat keinen Turnus und fährt, wie es zu den Zügen gebracht wird, sei es wegen der erhöhten Bremsprozente in Bergstrecken oder als Mehrbeigabe zu den Arbeitszügen. Eine Kontrolle der Dienstzeit bei dieser Kategorie gibt es nicht, höchstens daß kontrolliert werden kann, ob die Ruhezeit zu Hause zehn Stunden und auswärts sechs Stunden beträgt, oder ob die Gesamtzeit nicht mehr als 14 Stunden ausmacht. Das kann aber nur fahrplanmäßig kontrolliert werden, während bei Verpätmungen die Sache anders steht. Die Anzahl der im Dienst verbrauchten Nächte wird überhaupt niemals kontrolliert. Das Personal ist bei den herrschenden Zuständen verhalten, auf Nebenverdienst zu sehen. Es ist jedermann bekannt, daß die Lebensweise auf der Strecke sich in einigen Jahren sehr verfeinert hat, die Preise der wichtigsten Lebensmittel sind um 40 bis 80 Prozent gestiegen. Dabei sind die Stationen viel kleiner geworden. Bei anderen Kategorien hat man die Nebenbezüge pauschaliert, bei den Zugbegleitern, Lokomotivführern und Heizern hat man es beim alten System belassen. Nachdem niemand mehr in einer Stadt mit 900, 1000, 1100 und 1200 Kr. Jahresgehalt leben kann und da, insbesondere die Erhalter vielfältiger Familien, 200 bis 400 Kr. vom Gehalt auf das Quartiergeld draufzahlen müssen, strebt jeder darnach, seine variablen Bezüge durch „Bielfahren“ zu erhöhen, und zwar ohne Rücksicht auf Gesundheit oder Sicherheit. Gerade hier kommt das Fahrpersonal durch die fortschreitende Technik bei den Lokomotiven zu großem Schaden. Die Arbeit wird durch die größeren Belastungen erhöht — die Fahrzeit wesentlich verkürzt. So haben zum Beispiel Zugbegleiter vor 1909 bei dem Anfangsgehalt von 700 Kr. einen monatlichen Durchschnittsdienst (inklusive der variablen Bezüge) 141 Kr., und jetzt mit dem Anfangsgehalt von 900 Kr. nur noch einen solchen von 129 Kr. per Monat. Die Hungerpeitsche treibt dieses Personal direkt an, ohne Rücksicht auf die Sicherheit des Verkehrs und des reisenden Publikums, „recht viel zu fahren“, um den Ausfall an Fahrgebühren, der durch Jahre schon den Bahnverwaltungen in die Tasche läuft, auszugleichen. Ob dieses System auf die Dauer aufrechterhalten sein wird, will ich sehr bezweifeln.

Auch der Alkoholgenuss wird durch die unerschwinglichen Lebensmittelpreise sehr gefördert. Ich habe mir am 19. März 1912 in der Bahnhofsrästaurant Franzenzfest in meine eigene Flasche einen halben Liter Milch für das Personal 20 Kr. Es ist somit nicht zu verwundern, wenn das Personal zum Schnaps greift. Für eine Semmel mit Butter bezahlte ich am Brenner 20 Kr. Ich ging beim Schnellzug 4 in den Speisewagen und sagte zu den Speisekellern: „Betrachten Sie mich als Passagier I. Klasse und geben Sie mir eine Semmel mit Butter.“ Die kostete im Speisewagen auch nur 20 Kr. Ich könnte da noch viele Beispiele anführen. Ich glaube, in den hohen Preisen der wichtigsten und notwendigsten Lebensmittel liegt ein sehr großer Anreiz zum „Bielfahren“. Ist dieses System wieder eingerissen, tritt an Stelle des Pflichtgefülls die Gleichgültigkeit, und es werden sich ganz bestimmt die Eisenbahnsfälle mehren. Es hängt somit mit dieser Frage auch die Regelung der variablen Bezüge zusammen und ist ein Aufschieben dieser Angelegenheit nicht ratsam.

Auch das Personalfahrpersonal ist an der Einführung dieser Inspektoren (oder was für einen Titel immer diese Funktionäre haben) interessiert. Oft verschieben die Leute ununterbrochen von 7 Uhr abends an um 4 Uhr früh ein Postzug ab, ein Konditeur hat verschlafen — jetzt schnell, ein Verschieben als Eräß einspringen und mitfahren, gleichgültig, ob er schlafst oder vom Bremse herunterfällt — wenn nur der Eräß auf der Bremse sitzt. Ausgeruht braucht er nicht zu sein.

In vielen Stationen, mit starkem Fremdenverkehr, gehen die Wächter und andere Bedienstete nach 16- und auch nach 24stündigem Dienst als „Träger“ zu dem Personen- und Schnellzügen. Ja sie bekommen noch vom Stationschef die übliche Nummer. Die Bahnverwaltung erpart die Leute und die ausgeschundenen, vom überlangen Dienst ohnehin ermüdeten Bediensteten, verbessern sich durch die „Zufallsstecksel“ ihre Lage, weil sie mit dem kleinen Verdienst bei der Zeuerung nicht leben können.

Erfahrungsgemäß wirkt aber die überlange Dienstzeit auf Gesundheit und Willensstärke sehr schädlich ein und es werden bei all jenen Kategorien, die unmenschliches leisten, die meisten Anstände wegen Alkoholmissbrauch vorkommen.

Eine sehr erspielbare Tätigkeit könnten derartige Inspektoren auch nach der Richtung hin entwickeln, dem Kaiserneidend zu steuern. Dieses Betätigungsgebiet läßt schon allein die Aufführung dieser Inspektoren als dringend notwendig und als berechtigt erscheinen.

Gelesene Nummern des „Eisenbahner“ wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferente weiter.

Außerordentliche Generalversammlung der Bau- und Wohnungs- genossenschaft für Bedienstete der l. i. priv. Südbahngesellschaft.

Am 25. Juni 1912 hielt, wie dies bei der Konstituierung vereinbart worden war, die Bau- und Wohnungs- genossenschaft der Südbahn er eine außerordentliche Generalversammlung ab, um Neuwahlen vorzunehmen. Bericht über die bisherige Tätigkeit zu erstatten, die Grundsätze für die Vergebung von Wohnungen festzusehen und um eine Statutenänderung vorzunehmen.

Der Obmann der Genossenschaft, Genosse Grülli, konnte trotz des kurzen Bestandes derselben berichten, daß die Genossenschaft einen erfreulichen Aufschwung nimmt und daß durch Gründkäufe die baldige Finanzgriffnahme der Bautätigkeit vorbereitet wurde. Der Mitgliederstand aufweist 1770 Personen auf, die zusammen 5588 Geschäftsanteile zeichnen, was ein Baukapital von 2.794.000 Kr. repräsentiert und die bei der Gründung als Baukapital präliminierte Summe von 2.500.000 Kr. beträchtlich übersteigt. Die Südbahn hat bisher 185.000 Kronen eingezahlt, 59.455 Kr. zahlten die Bediensteten und 12.075 Kr. Privatpersonen ein. An sonstigen Einnahmen, wie Beitragsgebühren und anderen liegen circa 1000 Kr. ein, so daß die Genossenschaft 207.530 Kr. ver einnahmt hat. Verausgabt wurden bis jetzt 6000 Kr. für Gründankäufe, 1600 Kr. für Beschaffung des Inventars, 9400 Kr. für Gründungskosten, Drucksachen, Verwaltungskosten, Agitations- und Reisekosten u. s. w. Insgesamt betragen die Ausgaben 17.000 Kr., so daß der Kassenstand 190.530 Kr. beträgt, der in der Boden-Kreditanstalt verzinslich angelegt ist.

In Kapfenberg, Graz, Marburg, Pettau, Triest, Klagenfurt, Franzensfeste, Bozen, Innsbruck, Trient und Ala wurden Bauaktionkomitees gebildet, die sich sehr bewähren, da sie viele Erledigungen, die sonst nur auf langwierigem schriftlichen Wege hätten durchgeführt werden können, in viel kürzerer Zeit bewältigen. Es wurde von der Südbahn eine Grundfläche am Margarethengürtel in Wien im Ausmaß von 1785 Quadratmetern à 60 Kr., insgesamt um 107.110 Kr. angekauft, der Kaufvertragsabschluß eines ebenfalls der Südbahn gehörigen Grundes in Meidling zum Preis von 48 Kr. per Quadratmeter sowie eines der Gemeinde Innsbruck gehörigen Baugrundes im Ausmaß von 2260 Quadratmetern à 25 Kr., insgesamt um 56.500 Kr. steht unmittelbar bevor. In Kapfenberg wurde ein 1940 Quadratmeter großer Grund um den Kaufpreis von 9999 Kronen, in Marburg ein Südbahng rund zum Preis von 3 Kr. per Quadratmeter, zusammen um 3594 Kr., und in Marburg ein weiterer Südbahng rund zum Preis von 5 Kr. per Quadratmeter um 6990 Kr., sowie in Triest ein Gemeindegrund zum Preis von 11 Kr. per Quadratmeter insgesamt um 17.072 Kr. seitens der Genossenschaft käuflich erworben. Die Verhandlungen über Gründankäufe in den Stationen Mödling, Triest und Bozen sind bisher noch nicht zu Ende gediehen.

Als eine seiner wichtigsten Pflichten hat der Vorstand die Sicherung der Geldbeschaffung erachtet und in diesem Belang erfreuliche Resultate erzielt. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat mit dem Erlass vom 29. April 1912, B. XII, 469, die erbetene Bürgschaft (40 bis 90 Prozent) für den Beitrag von 2.500.000 Kronen erteilt, die Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen hat mit ihrer Zuschrift vom 26. März 1912, B. 14/A ex 1912, sich bereit erklärt, das benötigte Darlehen gegen eine vierprozentige, beziehungsweise 4½-prozentige Verzinsung bei Annuitäten zu gewähren. Mit Rücksicht auf die gesetzliche Bestimmung, daß 10 Prozent des Aufwandskaptals bar in den Hassen der Genossenschaft erliegen müssen, ein großer Teil der gezeichneten Geschäftsanteile jedoch im Ratenwege eingehoben und daher erst zu einem späteren Zeitpunkt liquid werden, hat sich der Vorstand an den Lebensversicherungsverein von Eisenbahndienstleuten mit dem Ersuchen gewendet, der Genossenschaft ein Darlehen von 80.000 Kr., welches allmonatlich durch die eingehenden Ratenbeträge zu restituieren ist, zu gewähren. Diesem Ersuchen hat der genannte Verein mit seiner Zuschrift vom 20. Juni 1912 entsprochen. Die Verzinsung dieses Darlehens verursacht keine Kosten, da die Bodenkreditanstalt diese Einlage zum gleichen Zinsfuß, 4 Prozent, verzinst.

Hinsichtlich der für die Genossenschaft notwendigen ersten Hypothekarkredite hat sich der Vorstand an mehrere hundert Geldinstitute, wie Banken, Versicherungsgesellschaften, Hypothekar- und Darlehensinstitute, gewendet, jedoch fast in allen Fällen einen abschlägigen Bescheid erhalten. Zusagen haben, nebst ganz wenigen Provinzialbanken, eigentlich nur die Bodenkreditanstalt und einzelne Landeshypothekenanstalten gemacht, letztere jedoch nur für Bauten in den betreffenden Kronländern. Trotz der dermalen äußerst ungünstigen Situation für die Beschaffung von Hypothekar- und Baukrediten, wird es der Genossenschaft sicherlich gelingen, auch diese Anlegenheit befriedigend zu lösen.

Auch die verantwortungsvolle Architekturfrage, an deren Erledigung der Vorstand mit der größten Rigorosität gearbeitet hat, wurde gelöst und die Architekten Karl Badstieber, Karl Reiner und Hans Bauer mit der Durchführung der genossenschaftlichen Bauten betraut.

Der Vorsitzende schilderte die großen Schwierigkeiten, welche seitens der Behörden, Amtsräten und anderen Korporationen dem Vorstande durch die Schwerfälligkeit des bureaukratischen Apparats bereitet werden und welche die Verzögerung in der Finanzgriffnahme der Bauten verursacht haben.

Der Obmann des Aufsichtsrates, Herr Oberinspektor Dr. Baum, beantragte, da dem Vorstande bei dieser außerordentlichen Generalversammlung das Absolutum nicht zu erteilen war, diesem für seine Tätigkeit Dank und Anerkennung auszusprechen, welchen Antrag die Generalversammlung annahm.

Die Generalversammlung erteilte sodann dem Vorstande die Vollmacht, alle noch zur Erlangung der staatlichen Bürgschaft notwendigen Statutenänderungen vornehmen zu können. Eine Reihe von Statutenänderungen wurde in der Generalversammlung durch einstimmige Annahme erledigt.

Mit allen gegen drei Stimmen wurden ferner nachstehende „Grundsätze für die Vergebung von Wohnungen in den Häusern der Genossenschaft“ angenommen:

Sobald eine Wohnung zur Vergebung gelangt, werden alle noch nicht im Besitz einer Genossenschaftswohnung befindlichen Genossen des Stationsortes, in welchem sich das Haus befindet, davon mit der Aufforderung verständigt, sich binnen acht Tagen zu äußern, ob sie diese Wohnung mieten wollen. Bewerber sich mehrere Mitglieder um eine und dieselbe Wohnung, so entscheidet bei Vergebung der Wohnung das Los nach folgender Kombination:

Die Mitglieder jenes Stationsortes, in welchem eine Wohnung zur Vermietung gelangt, werden nominativ nach der Reihenfolge ihres Eintretens, beziehungsweise nach der Mitgliedsnummer, geordnet und in zwei gleich große Gruppen geteilt. Die Angehörigen der ersten Gruppe (ältere Mitglieder) erhalten zwei Lose, die der zweiten Gruppe (jüngere Mitglieder) ein Los. Die Namen der Angehörigen der ersten Gruppe kommen zweimal, die der zweiten Gruppe nur einmal in die Urne. Für jede Wohnung sind, wenn mehr Bewerber als Wohnungen vorhanden sind, zwei Lose zu ziehen, damit für den Fall der Ablehnung durch den Besitzer des erzielten Loses eine zweite Mietpartei für die zur Vermietung gelangende Wohnung vorhanden ist. Kommen auf einmal mehrere gleich große Wohnungen zur Verlobung, so erfolgt zuerst die Auslosung derjenigen Mitglieder, welche Mieter werden. In einem zweiten Verlosungsschritt erfolgt sodann, wenn keine freiwillige Einigung unter den Mietern erzielt werden kann, die Zuweisung der Wohnungen an diese, und zwar in der Form, daß die Nummern der zur Vergebung gelangenden Wohnungen, auf gleich große Beiträge geschrieben in eingerolltem Zustande in die Urne gelegt werden. Jeder Mieter zieht hierauf selbst ein solches Mölchen und erhält die durch die Nummer bezeichnete Wohnung. Im Falle als leer gewordene Wohnungen in einem bereits bestehenden Genossenschaftshause oder solche in einem neu erbauten Hause der Genossenschaft verlost werden, so können diese über Wunsch von Mietern kleinerer Wohnungen über Beschluss des Vorstandes mit Zustimmung des Aufsichtsrates ohne Verlobung zugewiesen werden, wenn dem Mieter infolge Familiengröße zu beschränkt geworden ist; unter den gleichen Modalitäten kann auch dem Mieter eine kleinere Wohnung zugewiesen werden, wenn der Familiestand durch Todesfälle kleiner und hierdurch den betreffenden Mietern die innengehobte Wohnung zu groß geworden ist. Die hierdurch freiverwendenden Wohnungen sind, wenn keine zweiten ausgelosten Mietparteien vorhanden sind, neuerlich zu verlosen.

Jenen Mitgliedern, welchen nachweislich in der Zeit vom 1. Jänner bis 25. Juni 1912 infolge ihrer Zugehörigkeit zur Baugenossenschaft ihre Privatwohnungen gefündigt wurden, ebenso jenen, welche zur Zeit der Vergebung von Wohnungen in Asylen oder anderen Notwohnungen ihre Unterkunft haben, sind über ihr Verlangen Wohnungen, solange solche vorhanden sind, vom Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat zur Miete zuzuweisen.

Die Verlobung wird von einem vom Vorstand bestimmten Komitee in Gegenwart eines Mitgliedes des Aufsichtsrates und der erschienenen Wohnungswerber vorgenommen.

Der Witwe nach einem verstorbenen Mieter bleibt das Recht gewahrt, die Wohnung weiter in Miete zu behalten, eventuell eine kleinere Wohnung zu erhalten, wenn sie den Geschäftsanteil ihres Gatten übernimmt.

Hat eine Wohnung mehr Wohnräume als Zimmer und Küche, so ist das Mitglied, welches eine solche Wohnung erworben hat, vor dem Beziehen derselben verpflichtet, für jeden weiteren Wohnraum einen Geschäftsanteil à 50 Kr. zu zeichnen und in der in dem Statute der Genossenschaft vorgesehenen Art und Weise einzuzahlen, jedoch nur dann, wenn dieses Mitglied nicht ohnehin schon die der Wohnungsgröße entsprechende Anzahl von Geschäftsanteilen gezeichnet oder eingezahlt hat. Eine Übertragung des Mietrechts seitens des Losgewinners an einen anderen Genossenschaftler ist unzulässig.

Die Namen der Wohnungswerber und das Ergebnis der Verlobung dürfen seitens der Genossenschaft unter keinem Umstand veröffentlicht werden.

Diese Mietordnung gilt nur für die in der ersten Bauperiode zur Vollendung gelangenden Bauten.

Die vorgenommenen Wahlen ergaben nachstehendes Resultat:

Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Arnold Breuer, Revident; Erich Schiedt, Oberrevident; Viktor Türkel, Adjunkt; Franz Siegelbauer, Wagenmeister; Adolf Nejeppa, Bahnhofmeister; Adolf Scherer, Kanzleipresident; Franz Bradač, Kondukteur; Julius Faich, Wagenaußer; Rudolf Weigl, Kondukteur i. P.; Michael Bočet, Wagner; Franz Pospišil, Maurer, und Wilhelm Strachov, Kupferschmied.

Als Erstakräfte für den Vorstand wurden gewählt: Franz Bergmann, Revident; Hans Höchenegger, Oberrevident; Dr. Erich Schmidt, Bahnlöschpist; Josef Pöhl, Lokomotivführer; Gustav Schulz, Bahnhofmeister; Jakob Spitzer, Oberkondukteur; Alois Egger, Bahnhofmeister; Adam Maier, Kanzleidienner; Thomas Svoboda, Drucker; Alois Glac, Schmied; Leopold Koppensteiner, Anstreicher, und Franz Raabrosek, Schlosser.

In den Aufsichtsrat als Mitglieder: Dr. Franz Baum, Oberinspektor; Johann v. Cerva, Revident; Julius v. Dosey, Inspektor; Georg Hadhofer, Oberrevident; Ignaz Haider, Inspektor, und Josef Schmidt, Revident.

Als Erstakräfte: Richard Adler, Assistent; Ingenieur Franz Ritter v. Berger, Inspektor; Johann Heigl, Assistent; Franz Hörléhner, Oberrevident; Gustav Mattausch, Adjunkt, und Emanuel Rinaigl, Revident.

Inland.

Die tschechischen Separatisten und der Antrag Tomischik.

Die "Arbeiter-Zeitung" schreibt: Es ist der Schwindel der Mehrheitsparteien, den Antrag Tomischik durch eine Resolution zu ersezten, ausreichend gebrandmarkt worden. Was soll eine Resolution, also eine Aufforderung an die Regierung, hier frischen, da doch die Regierung an einer sehr bestimmten Aufforderung, dem Beschluß vom Dezember, bereits vorübergegangen ist? Am 16. Dezember des vorigen Jahres hat das Abgeordnetenhaus einstimmig beschlossen: "Die Regierung wird aufgefordert, zur Verbesserung der Gehalts-, Lohn- und Dienstverhältnisse der Staatsbahner einen für das Jahr 1912 mit 38 Millionen bezifferten Mehraufwand

zuwidmen." Was kann man nun damit zu erreichen hoffen, wenn man die Regierung noch einmal auffordert, da doch die Regierung, indem sie mir 21 Millionen gewidmet hat, schon mit aller Schroffheit zu erkennen geben hat, daß sie mehr nicht widmen wolle? Die Aufforderung war also, die Regierung zu zwingen, und zwingen kann man sie mit seiner Aufforderung, zwingen kann man sie nur mit dem Gesetz. Der Antrag Tomischik, der in das Gesetz über die Fortführung des Staatshaushaltes einführen wollte, daß die Regierung verpflichtet sei, die Widmung zu leisten, war also der einzige sachgemäße, der einzige mögliche Vorgang, um den Eisenbahnen die siebzehn Millionen, die ihnen die Regierung schuldig geblieben war, zu sichern; die neuerliche "Aufforderung" an die Regierung, eine bloße Resolution, ist aber nach der Sachlage der nackte Schwindel, ein Schwindel, mit dem man die Eisenbahner höhnt und das Parlament blamiert. Was soll man nun dazu sagen, daß die ersten, die den Resolutionsschwindel anrieten, die Herren Separatisten waren? Die Abgeordneten Tomischik und Genossen stellen den Antrag, daß "für die Erhöhung der Bezüge der Bediensteten und Arbeiter der Staatsbahnen der Betrag von 17 Millionen zu verwenden ist". Und nachdem dieser Antrag eingebracht ist und eine große Bedeutung erlangt hat, beantragt der Abgeordnete Nemec: "Die Regierung wird aufgefordert, einen Nachtragskredit von 17 Millionen anzusprechen," um die Durchführung der Dezemberbeschlüsse "zu verwirklichen". Wohlgerneft, der separatistische Antrag taucht nicht etwa auf, nachdem der Antrag Tomischik abgelehnt worden war: er wird gleich nach dem Antrag Tomischik eingebracht, also eigentlich gegen ihn! Daß die Separatisten den Antrag Tomischik direkt haben vereiteln wollen, wird wohl nicht anzunehmen sein; aber sie nehmen es auf sich, die wohlwollende, einzige erprobte Aktion der deutschen Sozialdemokraten lieber zu durchkreuzen, als daß sie auf die "eigene Aktion" verzichten würden. Man wird sich über die eigentlichen Beweggründe des Antrages Nemec auch wohl nicht im Unklaren sein. Die Separatisten haben doch soeben die Eisenbahnerorganisation gespalten und nun denken sie, es würde die Verschleppungsaktion nicht gerade fördern, wenn der Antrag Tomischik allein bliebe und ihre Tätigkeit sich darauf beschränkte, den schon gestellten Antrag zu unterstützen. Die separatistische Demagogie braucht die "eigene Aktion", und darüber hält die Erwägung, daß durch die Beantragung einer Resolution der sachgemäße Antrag Tomischik und mit ihm die Interessen der Eisenbahner gefährdet werden könnten, natürlich nicht stand. Und so kommt es, daß sich Herr Stölzel mit seiner Schwindelsresolution auf den Antrag des Abgeordneten Nemec berufen könnte; es kommt davon, weil den Separatisten der Separatismus immer und überall höher steht als die Arbeiterinteressen.

Ein zwangloses Programm

haben sich die deutschböhmischen Abgeordneten Schlesiens, offenbar zur Wahrung der persönlichen Individualität, gegeben. Die "Bohemia" meldet darüber:

In Troppau fand Mittwoch in Anwesenheit der Reichsratsabgeordneten Dr. Sonner, Dr. Freisler und Seidl eine Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Troppaus statt, deren Hauptzweck darin bestand, die national gesintneten Elemente Schlesiens zu rütteln und sie auf ein zwangloses nationales Programm zu bringen, das später ausgebaut werden soll.

Das ist ja eine prächtige Erfindung, dieses zwanglose Programm, das man sich gibt, weil es zu nichts verpflichtet. Aber damit ist die Satire nicht fertig. Jetzt, nachdem die nationalen Kämpfe Österreich seit einem halben Jahrhundert zerstört, entwerfen die nationalen Kämpfer ihre strategischen Pläne, geben sie sich ein Programm, deren Ausbau sie noch auf fünfzig Tage verschieben!

Der Deutsche Nationalverband in seiner Heldenrolle.

Die Nationalverbändler haben die Arbeiter brüskiert, die Beamten verraten, den Mittelständlern nicht geholfen. Auch das letzte, die Gewerberettterei, die doch ihre eigentliche Heldenrolle ist, hat Schiffbruch erlitten. Das gesteht der deutschböhmische Abgeordnete Erb im "Gablitzer Tagblatt" unumwunden ein. Geschäftig zierte er alle Geschenktücher, von denen er und seine Geistesverwandten sich die endgültige Rettung des Mittelstandes versprechen und die eine willkürige Regierung dem "Hohen Hause" vorgelegt hat. Aber er kann nicht einen Entwurf nennen, der Gesetz geworden wäre, obwohl der Nationalverband, der sich als Spezialist für Gewerberettterei aufgetan hat, an dem Patienten seit seinem Wahlsieg vor einem Jahre ungestört herumdoctern konnte. Aber wenn die braven Männer des famosen Nationalverbandes schon mit ihrer Mittelstandspolitik flächig Schiffbruch gelitten haben, so glauben sie sich doch wenigstens damit entschuldigt, daß sie jeden Vorteil für die Arbeiterschaft mit keinem Bemühen hintertrieben. Und wenn sie auch die Arbeit der Sozialdemokraten nicht völlig ihrer Früchte beraubt könnten, so kann doch Herr Erb dem Nationalverband nachdrücken:

"In der sozialpolitischen Gesetzgebung, auf welchem Gebiet unter Umständen das Gewerbe am härtesten getroffen werden kann, ist große Vorsicht geboten, um nicht dem erwerbenden und produzierenden Mittelstand noch weiteren Schaden zuzufügen. So sind den konkurrenzierenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Grenzen zu ziehen und in diesem Sinne sind auch die Versuche auf dem Gebiete der Gesetzgebung, welche einseitig gewerbeindliche Konkurrenzinstitute zu unterstützen geeignet sind, entsprechend zurückgewiesen worden."

Journalistische Häserlgucker.

Die "großen" bürgerlichen Tageszeitungen sind tatsächlich hinter jeder "bedeutenden" Persönlichkeit her, wie die Schmeißfliegen hinter einem Kadaver. Das Ausrat-

heln — „Interviewen“ nennt man den Fachausdruck — gehört daher zur Hauptaufgabe der bürgerlichen Blätter. Gegenüber einem solchen „Interviewer“ soll nun dieser Lage in Tschl der Ministerpräsident Baron Seibold bemerkert haben:

„Ein Interview über die heutige Audienz ist nicht möglich. Ich referiere ja nur über nebenstehende Gelehrte Gelegenheiten. Die heutige Audienz hat eine politische Bedeutung.“

Das ist zwar weniger grob, als wenn der Minister zu dem zudringlichen Schmid gesagt hätte: Schmeißt, über im Beben daselbe. Über der literarische Haussierer, der in Tschl derart moralisch hinausgeworfen wurde, fühlt sich offenbar noch sehr geehrt, und telegraphiert es einem Blatt, der „Neuen Freien Presse“. Und die Eisenbahner? Sie lesen noch immer diese servilen und albernen Blätter, die ihnen nebenbei bemerkst, bei jeder Gelegenheit in den Rücken fallen. Wenn werden endlich alle Arbeiter begreifen, daß sie solche „Geistesföfe“ entschieden von sich weisen müssen?

Ausland.

Die Verluste der englischen Volkswirtschaft durch die Streiks.

Der Kohlenarbeiterstreik und der jetzt noch andauernde Streik der Dock- und Hafenarbeiter hat der englischen Volkswirtschaft schwere Schäden gebracht. In England herrscht zwar noch immer industrielle Hochkonjunktur, die wenigstens vorläufig noch durch diese großen Arbeiterausfälle nicht unterbrochen wurde. Aber an einzelnen Biffen lassen sich die großen Verluste, die durch Streiks erwachsen, einigermaßen ermessen. So sind die Einnahmen der englischen Bahnen in den ersten sechs Monaten des Jahres um 217 Millionen Pfund zurückgegangen. Während der acht Monate des Kohlenstreiks war der Rückgang der Einnahmen wohl noch wesentlich größer und betrug 378 Millionen Pfund. Ein Teil ist also hiedurch eingebrochen, immerhin bleibt noch ein ansehnlicher Schaden, und zwar vielleicht mehr für die Industrie, wie für die Bahnen übrig, da bei letzteren dem Einnahmentgang auch wesentlich geringere Ausgaben gegenüberstehen. Auch der Dockarbeiterstreik hat durch die Verkehrsstörung große Verluste, von denen ein Teil nicht wieder einbringlich sein dürfte, herverursachen. Viele Schiffe, die zum Teile Waren enthielten, die für den Kontinent bestimmt waren, sind direkt ohne Anlaufen des Londoner Hafens zur Löschung an kontinentale Häfen gegangen und auch die Ausfuhr erfolgte in vielen Fällen ohne Verlängerung Englands. Hierdurch hat auch der englische Handel und sicher auch die englische Reederei große Verluste erlitten. Der Rückgang in der Bewegung des auswärtigen Handels im Monat Juni ist daher zum großen Teil auf den in der zweiten Hälfte Juni einsetzenden Dockarbeiterstreik zurückzuführen.

Die Anerkennung der literarischen Musterleistung einer deutschen Gewerkschaft.

Der deutsche Metallarbeiterverband hat ein umfangreiches Buch: „Die Schwerindustrie im deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter“, eine eingehende Darstellung der Entwicklung der deutschen Schwerindustrie und der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter herausgegeben. Dieses Buch findet auch außerhalb von Gewerkschaftsfreien lobende Anerkennung. Pastor Raumann empfiehlt in der „Hilfe“ seinen Parteifreunden von der reichsdeutschen fortschrittlichen Volkspartei das Studium dieses Buches zur Vertiefung ihrer Einsicht in die Lage der Arbeiterschaft. Er röhrt die Sachkundigkeit und Sorgfalt, die um die Bearbeitung des Materials aufgewendet wurde und zieht selbst aus dem gesammelten statistischen Material die beste Nutzanwendung. Raumann sieht der Kapitalsvermehrung und Gewinnerhöhung der ausschlaggebenden 17 Gesellschaften, die allein 70 Prozent des in der Großindustrie investierten Kapitals besitzen, das verhältnismäßig weit geringere Ansteigen der durchschnittslosen der Arbeiter gegenüber. Diese 17 in der Eisenindustrie herrschenden Gesellschaften hatten in den Jahren:

	1905/6	1909/10
Millionen Mark		
Dividendenberechtigtes Aktienkapital	650	870
Rückstellungen	145	241
Obligationen, Hypotheken	204	369
Gesamtes weibliches Kapital	1000	1480
Jahresreingewinne	86	105
Verteilte Gewinne	89	112

Hieran wird die Bemerkung gefügt:

Die Betriebsvergrößerung wird zur regelmäßigen Normalerscheinung und das Kapital vermehrt sich hauptsächlich aus sich selbst heraus. Die Aktionäre sind Rentenbezieher ohne viel Risiko. Für sie arbeitet der gewaltige Apparat. Dieser Vorderseite des finanziellen Erfolges wird nun die Hinterseite der Arbeitergewinne hinzugefügt. Auch hier ist ein Aufsteigen, aber es ist kleiner. Bei der rheinisch-westfälischen Walzwerkvergenossenschaft ist der versicherungsberechtigte Durchschnittslohn:

1906: 1500 Mark.

1907: 1553 "

1908: 1523 "

1909: 1526 "

1910: 1566 "

Hiezu schreibt Raumann: Vor kurzem sah ich die Arbeiter in den Krupp'schen Werken: was vor dem Feuer arbeitet, ist ausgeschwitzt! Die Arbeitszeit ist zu lang und die Erziehung der Kräfte ist unvollkommen. Und was sich bei Krupp zeigt, tritt natürlich in manchen anderen Werken noch stärker zutage. Greifen wir aus der Fülle des Stoffes die Männer am Hochofen heraus. Am Hochofen wird für den Arbeitstaat bezahlt;

	Zeitlohn	Wortlohn
Rheinisch-westfälisches Gebiet	Mark 437	Mark 5—
Saar und Lothringen	" 361	" 451
Schlesien	" 291	" 452

Dabei haben von diesen 14.780 Arbeitern nicht weniger als 11.400 (fast 76 Prozent!) eine zwölfstündige Arbeitszeit! Was hat nun so ein Mensch vom Leben. In den Bessemer- und Thomaswerken finden wir sogar bei 94 Prozent der Belegschaft eine zwölfstündige Arbeitszeit, in den Martiniswerken bei 80 Prozent, in den Puddelwerken bei 84 Prozent! Das ist eine Schande! Da kann man kein anderes Wort brauchen. Das ist eine Schande! ... Die Unternehmen der schweren Eisenindustrie sollen das Buch des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit auf ihren Sommerraumshalt nehmen und es dort in Ruhe und ohne Vitterkeit als menschliches Dokument studieren. Dann wird ihnen vielleicht die Erkenntnis aufgehen, daß die Größe ihrer Technik dort versagt, wo es sich um lebendige Menschen handelt. Sie sammeln und beschäftigen viel Volk, aber sie pflegen es nicht, denn sie achten es zu wenig.

So weiß Raumann diese statistische und fachliterarische Arbeit der größten deutschen Gewerkschaft zu würdigen. Er sieht in ihr aber auch einen großen Schritt von der „Phrase“ sozialdemokratischer Theoretisierung und agitatorischer Aufheizung zur „Wirklichkeit“ gewerkschaftlicher Arbeit. Damit verkennt er zweifellos die Sachlage. Er sieht die Einzelheit, die literarische Musterleistung einer Gewerkschaft, und nicht das Ganze, der nach wirtschaftlicher und sozialer Hebung der Arbeiterklasse gerichteten, von einander abhängigen Bestrebungen auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete.

Schurkenstreich gegen die belgischen Gewerkschafter.

In Antwerpen sind sämtliche Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft der Seeleute verhaftet worden, weil sie versuchten, Arbeitswillige von neuen Reedersfirmen fernzuhalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine moralische Hinrichtung des Vizepräsidenten des „Reichsvereins“.

Herr König als gewöhnlicher Lump gerichtlich stigmatisiert.

Der allen Staatseisenbahner bekannte Herr König, der zusammen mit dem „theoretischen Anarchisten“ Rudolf Großmann den sogenannten „Reichsverein österreichischer Eisenbahner“ schuf, hat am 9. d. M. eine Niederlage erlitten, die einem vollendeten moralischen Zusammenbruch der ganzen ehrenwerten Firma gleichkommt. Herr König und seine Kumpane haben sich befamlich die Bekämpfung unserer Gewerkschaft zur Lebensaufgabe gemacht, und die entsprechende Kennzeichnung, die das von König besonders bei der letzten Lohnbewegung an den Tag gelegte Vorgehen erfuhr, hat nun diesen Herrn veranlaßt, sich „ehrenbeleidigt“ zu fühlen. Er ging daher zum Bezirksgericht Wiener-Neustadt und wollte seine Ehre reparieren lassen. Das hätte er im eigenen Interesse, wie der nachfolgende Bericht beweist, nicht tun sollen.

Der Verhandlung lag folgender Tatbestand zugrunde: Am 28. Dezember fand im Arbeiterheim Wiener-Neustadt eine Versammlung der Eisenbahner statt. Die Eisenbahner standen damals im Lohnampfe. Die Erregung hatte ihren Höhepunkt erreicht. Es handelte sich darum, ob die Eisenbahner die Zugeständnisse der Regierung annehmen oder aber in die passive Resistanz eintreten sollten. In dieser Versammlung war seitens der Zentrale Genosse Adolf Müller erschienen, der in einem mehr als einstündigen Vortrag den versammelten Eisenbahner die Sachlage klarlegte, und ihnen über die Zugeständnisse referierte. Seine sachlichen, vom größten Verantwortlichkeitsgefühl getragenen Ausführungen fanden die Zustimmung der versammelten Eisenbahner. Kaum hatte er geendet, so meldete sich Herr König, der in Gesellschaft eines Herrn Klein und des bekannten „Anarchisteführers“ Großmann in die Versammlung gekommen war, zum Worte und schimpfte in maßloser Weise über das Vorgehen der Gewerkschaftsleitung, deren Mitglieder er als Verräte bezeichnete. Die Versammlung gab über diese Gemeinheiten dem Herrn gleich an der Stelle die richtige Antwort. Dann rückte noch Herr Großmann gegen die Sozialdemokraten zu Felde, und man kann bei der Beschaffenheit dieses Herrn wohl schon von selbst ermessen, in welcher Weise er in der Versammlung Anhänger zu werben suchte. Den Herren wurde seitens der Genossen Öfenböck und Büchler erwidert. Genosse Müller hatte das Schlusswort. Daß dieses nach der Sachlage und nach den Angriffen auf die Organisation der Eisenbahner sehr gepfeffert aussiel und er den Herren manche treffende Wahrheit sagte, ist wohl selbstverständlich. Speziell beschäftigte sich Müller mit dem Herrn König und führte der Versammlung die wahre Gestalt dieses Menschen vor Augen. König war nämlich selbst einmal Mitglied der Eisenbahnergewerkschaft, und als er seine persönlichen Wünsche nicht befriedigt finden konnte, ging er in die Offensive über, griff die Organisation und die in ihr als Führer tätigen Eisenbahner aufs schärfste in einem gegnerischen Blatte an. Die Führer hatten es ihm besonders angetan. Zum großen Teil vielleicht auch deshalb, weil sie seine Winkelzüge durchschauten. Genosse Müller schilderte in längeren Ausführungen der Versammlung den wahren Charakter des König, was letzterem natürlich sehr unangenehm war. Durch Zwischenrufe brachte er schließlich Genosse Müller dahin, daß Müller unter Aufwendung seiner ganzen Stimmittel ihm zuwarf:

„Herr König, Sie sind ein gewöhnlicher Lump“.

Und als Herr König darauf rief: „Das werden Sie mir beweisen müssen“, erklärte Müller, dies im Gerichtssaal zu tun. Herr König fliegte nun.

Die Verhandlung fand Dienstag den 9. Juli vor dem Bezirksgericht in Wiener-Neustadt statt. Vorsitzender war Bezirksrichter Hill. Als Verteidiger des Genossen Müller fungierte Dr. Berstl. Klageanwalt war Dr. Förster. Müller und König waren persönlich erschienen. Vor Gangang in die Verhandlung schlägt der Richter einen Ausgleich vor. Genosse Müller lehnt einen solchen ab. Es wird in

die Verhandlung eingegangen und die Anklageschrift verlesen. Sodann bespricht Genosse Müller den Tatbestand ähnlich wie wir ihn eingangs schildern.

Es werden sodann die Zeugen einberufen, die zunächst über die Vorgänge in der Versammlung Aufschluß geben.

König fürchtet den Wahrheitsbeweis.

Es soll nun der Wahrheitsbeweis geführt werden. Klageanwalt Dr. Förster wendet sich gegen die Zulassung der Führung des Wahrheitsbeweises. Die Außerung Müllers ist als ein Schimpfwort zu werten, welches Müller dem König entgegengeschleudert hat.

Verteidiger Dr. Berstl tritt für die Führung des Wahrheitsbeweises ein. Die Außerung ist keinesfalls als Schimpfwort zu werten, sondern ist im Zusammenhang mit der Rede Müllers zu bringen, der König nach der Schilderung seiner Handlungweise verächtlich Eigenschaften gezeigt hat. Lebzig ist es nicht zu verstehen, warum sich die Gegenseite von der Führung des Wahrheitsbeweises so sehr fürchtet.

Bezirksrichter Dr. Hill erklärt die Führung des Wahrheitsbeweises für zulässig.

Ein „Chenmann.“

Sodann wird in das Beweisverfahren eingegangen und zunächst die Eingabe des Herrn Dr. Raab verlesen. Daraus erfuhr man Dinge, die den Charakter dieses Königs hervorheben, und selbst dann, wenn Genosse Müller verurteilt worden wäre, für immer als schmutzigen Menschen gekennzeichnet hätten.

Daraus erfuhr man, daß König selbst während der Zeit, als er noch Mitglied unserer Organisation war, in der ehemaligen „Verkehrszeitung“ Artikel gegen unsere Organisation schrieb, die seinen jetzigen kaum nachstehen. Aus der Eingabe erfuhr man auch, daß König, als er einmal einen Artikel gegen unsere Gewerkschaft veröffentlichte, in der Tänzer erschien und Genosse Weigl davon Mitteilung mache. König hat Weigl um Verzeihung und erklärte, sein Vorgehen zu bereuen. Er werde trachten, den Artikel noch rückgängig zu machen. Der Artikel sei aber trotzdem erschienen.

Dr. Förster erklärt, daß dies kein Beweis hieß für sie, daß König ein Lump ist.

Das Beweisverfahren.

Als erster Zeuge wird Gemeinderat Genosse Öfenböck geführt, der die Vorgänge in der Versammlung nochmals schilderte.

Nächster Zeuge ist Genosse Weigl. Seine Angaben hinterließen die nachhaltigste Wirkung. Er schilderte, wie König zu ihm kam und ihm davon erzählte, daß er einen Artikel in die „Verkehrszeitung“ geschrieben habe. Er bereute aber diese Tat und bat um Verzeihung und versprach, den Artikel noch zu widerrufen. Der Artikel ist aber trotzdem erschienen. — Dr. Berstl: Was haben Sie Herrn König gesagt? — Zeuge: Ich sagte, er solle tun was er glaube. Wenn er es mit seinem Charakter vereinbarlich findet, in gegnerischen Zeitungen zu schreiben, er (Weigl) könnte ihn daran nicht hindern. — Richter: Ist die Zeitung eine gegnerische? — Zeuge: Jawohl. — Richter: Innwiefern. — Zeuge: Es bekämpft die Organisation, beschimpft deren Führer und bringt auf diese Weise Unfrieden und Zwist unter das Personal. Das Blatt ist immer der christlichsozialen Seite nahegestanden.

Es wird sodann der Artikel zur Verlesung gebracht, der von Bekleidungen und Verleumdungen eine wahre Blütenlese bringt. Der Schluß gipfelt in einem Aufruf zum Beitritt in den Reichsverein.

Dr. Berstl: Das ist derselbe Reichsverein, dem Herr Klein als Präsident und Herr König als Vizepräsident vorsteht. — Dr. Förster: Das war doch zur Zeit nicht der Fall, als der Artikel erschienen ist. — Dr. Berstl: Dies ist nebensächlich. Die Hauptfrage ist, daß konstatiert wird, daß Herr König nach zwei Seiten tätig war: In der Gewerkschaft und im Reichsverein.

Dr. Berstl beantragt die Verlesung des Artikels in der „Eisenbahnerwacht“ über die Versammlung im Wiener-Neustädter Arbeiterheim. Dr. Förster wendet sich dagegen und fragt, was dadurch bewiesen werden soll. — Dr. Berstl: Ich habe den Eindruck, als ob die verehrliche Gegenseite „zurückziehen“ würde. — Dr. Förster: Keinesfalls. — Richter: Es kann ja heute nicht Gegenstand sein, über einen Artikel zu urteilen, wo man nicht weiß, wer ihn geschrieben hat. — Dr. Berstl: Darüber kann uns ja Herr König Auskunft geben. — König will eine Bemerkung machen. Auf Bitten Dr. Försters erklärt er, den Artikel geschrieben zu haben.

Ein weiteres Charakterbild des König.

Niederschmetternd für König war die Aussage des Zeugen Duschel. Derselbe vervollständigte das Charakterbild Königs. Er schilderte, wie er König kennen lernte. König war damals Staatseisenbahnarbeiter und in der favoritener Ortsgruppe der Staatseisenbahner tätig. Durch die Fürsprache des Obmannes dieser Ortsgruppe, des verstorbenen Kollegen Reihs, wurde König Unterbeamter. Damals änderte er schon seine Haltung zur Organisation. Der Obmann Reihs half ihm aber weiter, indem er ihm für gemachte schriftliche Arbeiten eine Entschädigung zuließ. Da begann plötzlich König gegen die Organisation, zunächst aber gegen deren Führer und was das bezeichnende ist, auch gegen den Obmann Reihs Stellung zu nehmen, das schließlich darin ihren Ausdruck fand, daß König gegen Reihs, dem er seine Stellung verdankt, als Gegenkandidat bei Krankenlassenwahl auftrat und diesen in unschöner Weise beschimpfte. — Richter Dr. Hill: In welcher Weise. — Zeuge: Als Hauptargument gegen Reihs diente ihm, diesen seine Abstammung vorzuhalten. — Dr. Förster: Waren sie in Versammlungen zugegen, wo er das tat? — Zeuge: Ja. Bei der Konferenz, wo es sich um die Kandidatenaufstellung handelte. — Dr. Berstl: Hat er persönlich den Kampf gegen Reihs geführt? — Zeuge: Ja, rein persönlich. Die Folge davon war, daß Reihs bei den Wahlen unterlag. — Dr. Förster: War nicht auch der Wahlausschuss für König? — Zeuge: Ein Teil desselben. — Dr. Berstl: Welchen Standpunkt haben Sie in der Konferenz eingenommen? — Zeuge: Ich bin für Reihs eingetreten, weil ich es nicht zulassen konnte, daß man einen Menschen wie Reihs, der sein ganzes Leben dem Wohl seiner Kollegen gewidmet hat, in solcher Weise bekämpft, wie es König getan hat, obwohl gerade er dem Reihs soviel zu-

danken hatte. — Dr. Verstl: Was wissen Sie von den Subventionen. Hat König welche erhalten? — Zeuge: Es wurden ihm einmal 20 Kr. angeboten, er hat diesen Betrag aber abgelehnt, weil er ihm zu wenig war.

Diese Schilbung und Kennzeichnung des König war seinem Anwalt Dr. Förster sehr unangenehm. Er unterbrach den Zeugen und erklärte, diese Dinge gehören nicht höher. Zeuge: Ich behaupte, daß sie höher gehören. — Doktor Förster: Sind das ihre eigenen Wahrnehmungen, Herr Zeuge. — Zeuge: Zum Teile meine eigenen, zum Teile wurden sie mir von Kollegen mitgeteilt, an deren Glaubhaftigkeit nicht zu zweifeln ist. Dr. Förster unterbricht neuerdings. Dazu spricht König allerlei Durchneinander. — Richter: Ich erüchte den Zeugen fortzufahren und ersuche, ihn nicht zu unterbrechen.

Der Zeuge Duschel erzählt dann noch, daß König früher auch in seinem Haus verkehrt habe. Als ich einmal nach Hause kame, tress ich meine Frau ganz aufgeregzt an. Auf meine Frage, was los sei, sagte sie mir, daß König hier war und ihr erklärte, er werde meine Existenz vernichten, wenn ich die Angriffe gegen ihn nicht einstelle.

Darüber wurden sowohl die Frau Duschel als auch die Tochter als Zeugen geführt.

Frau Duschel gibt an, daß sie sich auf den Wortlaut der Anerkennung Königs nicht mehr erinnere, sie weiß nur, daß König gedroht habe.

König als Zeuge.

Es wird sodann der Kläger König als Zeuge einberufen. Seine Aussage, die er mit ziemlichem Redeaufwand und allerlei Geschöpfungskünsten würzte, war nichts anderes als ein Eingeständnis der durch die Zeugen vorgetragten Tatsachen. Was soll es zum Beispiel sagen, wenn er erklärt, er habe nichts gegen die Organisation der Eisenbahner, wenn er selbst einen Gegenverein gründet? So geschah es sich die Rede einstudierte, so plump fiel sie aus. Er konnte die vorgebrachten Tatsachen weder ableugnen, noch abschwächen. Das einzige richtige war, daß er erklärte, nicht er, sondern Dr. Weisner sei der Gründer des Reichsvereines.

Wemerkenswert und registriert zu werden verdient, daß König erklärte, daß er in besagter Eisenbahnerversammlung nicht sicher war, ob nicht irgend ein Eisenbahn er ihm ein Messer in den Bauch hineinrennen wird. Dazu ist zu bemerken, daß keinem der drei Herren beim Versetzen der Versammlung, in der sie sich so unanständig benommen haben, ein Haar gekräumt worden war, obwohl sie es verdient hätten, für ihre begangenen Gemeinheiten mit einer Eisenbahnerfaust Bestrafung gemacht zu haben. Unsere Kollegen werden nunmehr wissen, wie sie Herrn König entgegenkommen haben, wenn er es nochmals wagen sollte, in eine Eisenbahnerversammlung zu kommen.

Schlußreden.

Hierauf folgten die Plädoyers. Dr. Förster verlangte die strenge Bestrafung des Angeklagten Müller und erklärte, der geführte Wahrheitsbeweis sei als vollkommen misslungen zu bezeichnen.

Dr. Verstl setzte in treffender Weise auseinander, welche unverantwortliche Handlung König in dieser Versammlung vollführte, wie er das Bemühen des Müller, seine Kollegen zur Vernunft zu bewegen, im Verein mit Herrn Großmann zunichte machen wollte. Es sei leichter, den Radikalen zu spielen. Aber wer hätte die Verantwortung getragen, wenn die Eisenbahner tatsächlich dem Wunsche der Herren König und Großmann gefolgt wären und Sabotage betrieben hätten? Wer hätte die Not gelindert, die über die Eisenbahner und ihre Familien hereingebrochen wäre? Herr König bezeichnete die Führer als Verräte und bedenkt dabei wahrscheinlich nicht, daß die so beschimpften Leute sind, die für das Eintreten zugunsten ihrer Arbeitskollegen bereits jahrelang hinter Kerkermauern zugebracht haben. Sie haben die Wirkungen schneller Entschlüsse zu spüren bekommen und deshalb erwägen sie und trachten, auf gütlichem Weg die Lage der Eisenbahner zu verbessern. Daraus resultiert sich die Haltung Müllers und er ist in begreiflicher Erregung gekommen, als Herr König seine Bemühungen zunichte machen wollte. Darauf sind nun die Worte gefallen. Was die Führung des Wahrheitsbeweises anlangt, so sei dieser vollständig gelungen. Dr. Verstl ersucht auf Grund dieses Ergebnisses um Freispruch. Im Falle der Verurteilung bittet er um Anwendung des äußersten Milderungsrechtes.

Freigesprochen.

Der Richter Dr. Lohill verkündet hierauf den Freispruch des Angeklagten Müller. Der Wahrheitsbeweis sei als erbracht anzusehen. In der Begründung des Urteils führt der Richter aus, daß der Angeklagte durch das Verhalten des Privatanklägers, der das Bemühen, die Versammlung zur Annahme der Abmilderungen zu bewegen, tatsächlich zu hindern versucht und sich dadurch zu der Schmähung hinreißen ließ. Ferner wurde durch einwandfreie Zeugen festgestellt, und bewiesen, daß der Kläger sich in mehrfacher Weise Delitte habe zuschulden kommen lassen, die das Gericht in seiner Ansicht bestätigten.

Dr. Förster meldete gegen den Freispruch die Verzugsan.

Berbrecherische-Schlamperei der Südbahn. „Bei Unglücksfällen auf der Südbahn, die fast immer nur durch eine sprichwörtliche Schlamperei verursacht werden, sieht man üblicherweise nur immer jene armen Teufel in den Kreis, die durch diese Zustände ihre Gesundheit riskieren und wegen dieser Schlamperei stets in großer Lebensgefahr ihren schweren Dienst bei den lärmstörigen Verhältnissen mühevoll verfehren. Jene aber, die fern in sicherer Sicherheit sitzen und von der mörderischen Schlamperei reichen Gewinn einheimsen, bleiben geheft und geschnitten.“ Diese treffende Kennzeichnung der Südbahn und der Justice gab Dr. Harpner aus Wien bei einer Eisenbahnerverhandlung in Leoben, und der berüchtigte Sachverständige leitete diese Brandmarke ein mit der Erklärung, daß die Zustände, die zur Sprache kamen, eine berbrecherische Schlamperei geheißen werden müssen, und daß andere Leute auf die Anklagebank gehören, als die, welche sich die Anklagebehörde ausfügte. Wie begründet all diese Anerkennungen sind, ist aus der nun folgenden Verhandlung gegen drei Eisenbahner, die man für die Mordverhältnisse der Südbahngesellschaft verantwortlich mache, zu ersuchen.

Am 13. Jänner arbeiteten, wie immer im Winter, im Tunnel Semmering Leute, um das Eis loszuhaben und herauszuführen. Trotz der Gefährlichkeit bei Arbeiten im Tunnel werden zum Schutz dieser Arbeiter nicht die geringsten Sicherheitsvorkehrungen getroffen, und es sind sich die Leute

ganz selbst überlassen. So fuhren auch am 13. Jänner zwei Partien unter der Führung der Hilfsmäärte Perner und Glaser in den Tunnel. Sie hatten, wie üblich, ihre Fahrten nicht im Vormerkbuch eingetragen und die Wagen im Tunnel nicht vorschriftsmäßig gedeckt. Die Eisarbeiter verliehen sich immer darauf, daß sie die durch den Tunnel kommenden Züge hören können, um sich in Sicherheit zu bringen. An dem Unglücksstag war ein außergewöhnlicher Zug Nr. 827 von Mürzzuschlag angejagt, der um 3 Uhr 59 Minuten in der Station Semmering eintreffen hätte sollen. Das Abgehen dieses Zuges stellte sich aber als unnötig heraus, und der Stationsbeamte Pfaffstätter kündigte das Unterbleiben des Zuges mit dem Glockenschlagwurf an. Dieses Signal hörten die Eisarbeiter, die von dem auftourtlichen Zug wußten, und sie achteten nun nicht mehr darauf. Unglücklicherweise stellte sich später heraus, daß eine reparaturbedürftige Lokomotive vom Semmering in das Heizhaus nach Mürzzuschlag geführt werden muß. Der Stationsbeamte entsloß sich, diese Lokomotive als Zug Nr. 827 fahren zu lassen, und er verständigte Mürzzuschlag telefonisch davon. Die Eisarbeiter, welche von dieser Fahrt nichts erfuhren, arbeiteten, da sie den Verkehr der gewöhnlichen Züge kannten, ruhig weiter. Plötzlich kam die Lokomotive, stieß an einen Bahnhofswagen, wodurch der Bahnarbeiter Wenzel Kolleritsch tödlich und Vinzenz Perner sehr schwer und einige andere leichter verletzt wurden. Die Schuld an diesem Unglück wurde vom Staatsanwalt dem Eisenbahnschiffen Wenzel Perner, der selbst lebensgefährlich verletzt worden ist, und den Hilfsmäärten Franz Glaser und Hermann Schattleiter angehängt.

Als Verteidiger der Angeklagten waren Dr. Gisler aus Graz und Dr. Harpner aus Wien erschienen.

Die Angeklagten erklärten sich für nichtschuldig. Sie haben, nur einer am Semmering seit 25 Jahren bestehenden Erfolglosigkeit folgend, die Bahnhofswagen bei Eisarbeiten im Tunnel im Vormerkbuch nicht eingetragen. Es hat sich seit 25 Jahren niemand um sie gekümmert, und die so lange eingebürgerte Unbedeutung sei von ihren Vorgängern auf sie übergegangen, und so arbeiteten sie Tag und Nacht im Tunnel. Sie hätten sich dieser Erfolglosigkeit gemäß auch nie einen Passierchein verschafft, und ihre ganze Sicherung war, daß sie eben aufpassten, wann ein Zug kam. In der Station Semmering wußte niemand etwas von den Eisarbeiten im Tunnel, und es wurde der Verkehr der ordentlichen Züge ganz ohne Rücksicht für die im Tunnel befindeten abgewickelt und ihnen nie eine Meldung zuteil oder ein Signal gegeben.

Die Semmeringer Beamten samt dem Stationsvorstand erklärten, daß sie keine Ahnung von den Eisarbeiten im Tunnel hatten.

Der Sachverständige sagt, daß diese Zustände einen verbrecherischen Leichtsinnes bedeuten. Er wunderte sich, daß nicht alle Tage von den vielen Arbeitern im Tunnel jemand überfahren worden ist.

Die Verteidiger Dr. Gisler und Dr. Harpner brandmarken die mörderische Schlamperei der Südbahn und beschreiben die Auflage, die die Falschen getroffen haben. Der Gerichtshof kam trotzdem zur Überzeugung, daß zwei der Angeklagten für die Südbahn schuldig seien und verurteilte Perner und Glaser zu je 14 Tagen Arrest, während Schattleiter freigesprochen wurde.

Streiflichter.

Das Urteil eines Christlichsozialen über die Christlichsozialen. Ein Bahnbiedensteller, der langjähriges Mitglied des christlichen "Verkehrsbundes" ist, schreibt uns nach der letzten Abstimmung im Parlament:

Berehrliche Redaktion! Verzeihen Sie, wenn ein politischer Gegner sich die Freiheit erlaubt, Sie mit einigen Zeilen, um deren Veröffentlichung ich ergebenst bitten möchte, zu belästigen.

Durch volle acht Jahre bin ich ein treues Mitglied der christlichen Eisenbahnerorganisation Österreichs gewesen. Während meiner Mitgliedschaft im "Verkehrsbund" habe ich wenig frohe, doch leider allzuviel langweilige und auch traurige Stunden miterlebt. Als guter Katholik mit streng christlicher Gemüthsart trug ich die verschiedenen Entgleisungen der Verkehrsbundleitung als auch der Bundesmitglieder mit einer ausgesprochenen Schafsgeduld. Werden doch die mannigfachen Schidalschläge, die durch die ungeschickte, jeder gewerkschaftlichen Selbstständigkeit entstehenden Führung der Verkehrsbundleitung hervorrufen, von unseren christlichen Ratgebern (Pfarrer, Kapläne und verschiedene zweifelhafte Nichteisenbahner) als "Prüfsteine" auf unsere Geduld und Gottvertrauen hingestellt. In Wort und Schrift werden Andersdenkende verdammt und nur das christlichsoziale Bekennnis als einziges, sicheres Rettungsmittel angepriesen. Wer niemals in einer christlichsozialen oder katholischen Vereinsversammlung anwesend war, der kann die scheinkräftige Sorgfalt und Selbstauspferung der christlichsozialen Volksvertreter nicht voll und ganz einschätzen. Mit welch schuftigen Redensarten oder gar mit gleisnerisch mit Tränen erstickter Stimme wird da von den Herren Reichsrats- und Landtagsabgeordneten die Not und das Elend der österreichischen Eisenbahner geschildert. Wie oft werden von den Fakten der Finsternis die Augen heuchlerisch nach oben gerichtet, um den Anschein zu erwecken, als wollte man von dort, aus den unbestimmt und unbegrenzten Weltall den Segen und den Frieden auf die christlichen Eisenbahner herunterleben. Eitel Spiegelfechterei, ein schlau berechneter Volksbetrug. Die Abstimmung im Parlament über den Antrag des sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Josef Tomesch, den österreichischen Eisenbahnhern die restlichen 17 Millionen zu bewilligen, hat der mysteriösen Schleier zerissen. Die Mehrheit der christlichsozialen Abgeordneten haben sich als gewöhnliche Volksbetrüger enttarnt, nachdem sie gegen die Zuwendung der restlichen 17 Millionen gestimmt haben. Die christlichsozialen und klerikalen Abgeordneten haben damit gegen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage aller österreichischen Eisenbahner gestimmt. Die Mehrheit der christlichsozialen Abgeordneten sind zu Verrätern, zu Judassen auch an den christlichen Eisenbahnhern geworden.

Judas Ischariot, der einstens seinen Herrn und Meister um 30 Silberlinge verraten hat, warf vor Scham und Neue den Beutel mit dem Sündengeld fort, nahm einen Strick und hängte sich auf. Selbst die wenigen christlichsozialen Abgeordneten, die diesen wohl ausgetüftelten Verrat an den Eisenbahnhern nicht mitmachten und mit Rücksicht auf ihre Eisenbahnerwähler nicht mitmachten, hängten sich von der christlichsozialen Partei aus, um — sich in drei Tagen wieder einzuhängen. Nur zwei Männer der allgewaltigen Reichspartei, Kemmerer und Panz, sind bis heute noch ferngeblieben. Das also sind die unerschrockenen, christlichsozialen Volksvertreter, die in unseren Versammlungen steif-schwingen, tief durchdrachte Reden halten, die immer und von allen Zuhörern mit "nicht enden wollen" bestimmt entgegengenommen werden. Am

Schlusse dieser "illustren" Verkehrsbundversammlungen wurde den Herren Abgeordneten von einem der Herren Pfarrer stets der allerunterschätzige Dank für seinen Schwefel ausgedrückt. Mit einem dreimaligen Hoch auf Thron und Altar wurde dann die würdige Versammlung von einem "Hochwürden" hochwürdig geschlossen.

Nach meinen Hämorrhoiden und chronischem Magenleid habe ich während meiner achtjährigen Mitgliedschaft circa 80 solcher illustren Versammlungen anhören müssen. Die Wirkungen der "glanzvollen Redeleistungen" der christlichsozialen Versammlungsredner, die zum größten Teil nicht den geringsten Verstand für den Eisenbahndienst haben, äußern sich verschieden. Reden von gewählten christlichsozialen Abgeordneten erzeugen bei den geduldigen Lämmern des "Verkehrsbundes" Wässerläufe, Glöckchen, Kröpfe, Höder und Steißbeinerweiterung und anderes mehr. Reden von durchgefallenen Kandidaten à la Schulz et tutiquanti neigen zu Brechdurchfall und Astertonzündungen. Doch kommen Gehirnerkrankungen bei den Verkehrsbundmitgliedern infolge Mangel dieser Substanz äußerst selten vor.

Die Abstimmung am 2. Juli d. J. dürfte nicht nur für meine Person und meine Hämorrhoiden, sondern für viele christliche Eisenbahner eine radikal wirkende Medizin geworden sein. Wenn das volksverräterische Treiben der christlichsozialen Abgeordneten bei der Abstimmung über die 17 Millionen für die Eisenbahner den Mitgliedern des Verkehrsbundes nicht die Augen öffnet und sich die gebildigen und frommen Lämmer noch weiter ihre Interessen von solchen Volksverrätern vertreten lassen, dann, Herr Redakteur, haben Sie recht, wenn Sie die Leute des Verkehrsbundes "Schäffel" nennen.

Direktionskontrollorgane als Verführer zur Beschwindung der Bahn. In neuerer Zeit fahren Zugreisenden auf den Straßen von Nachbardirectionen in Billetträgt und als Privatreisende, um eventuelle "bessere Züge" zu machen. Siehe ist schon so mancher "Billettvisor" etwas begegnet, was unter dem Personal sehr viel Erheiterung herverrief. Im Juni dieses Jahres kam in der Station Drasow an der Lokalbahn Brünn-Tischnowitz ein Herr zum Zug und wollte einsteigen. Kurz befahl er dem nächsten Zugbegleiter: "Mädchen Sie mir die zweite Klasse auf!" Dem Begehr wurde ohne weiteres Folge geleistet. Bei der Revision der Fahrkarten über gab der Reisende dem Kondukteur eine Karte dritter Klasse und eine Krone, ohne ein Wort zu sagen. Der Kondukteur war ein Bremser und hatte keinen Nachzahlungsbloc. Deshalb nahm er die Karte samt der 1 Kr. und ließ von dem zweiten Kondukteur des Zuges die entsprechende Nachzahlung nach Brunn ausstellen. Die Gebühr beträgt 95 H. In der nächsten Station Gurein brachte der Bremser dem Reisenden die Karte samt Nachzahlungsschein und 5 H. Retourgeld. Der Reisende, die Karte entgegennehmend, sagte zu dem Bremser: "Na, sehen Sie, jetzt haben Sie nichts davon, das hätten Sie ja nicht schreiben müssen." Der Bremser antwortete, er brauche davon nichts zu haben, schloß die Tür und ging seinem Dienst nach, ohne zu ahnen, daß sich der ihm ja "guiltig" Reisende in der drittäufigen Station als Zugrevisor entpuppen wird. Es liegt uns fern, zu behaupten, daß der Herr Revisor wirklich die Absicht hatte, den Kondukteur zu bestechen. Aber die Art der Revidierung reicht verflucht nach Korruption. Es wäre interessant, zu erfahren, ob die Direktionen ihre Kontrollorgane zur Einhaltung solcher korrupter Revisionmethoden selbst anhalten oder ob die revidierenden Herren aus eigenen Stücken, nur um einen "Zug" zu machen und ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen, zu derartigen schmutzigen Mitteln greifen.

Christlichsoziale Moral. Erst fürzlich berichtete die Linzer "Wahrheit" von einem bereits verheirateten, gut christlichen Mann, der eine zweite Ehe einging. Das war in Wartberg an der Krems. Nun hat sich ein solcher Fall auch in Aschbach (Niederösterreich) ereignet. Der klerikale "Machländer Volksbote" berichtet darüber: "Die Hausbesitzerin Josefa Mayrhofer in Königswiesen machte die Anzeige, daß ihr Sohn Franz Mayrhofer, mit dem sie 1884 in Mönchdorf getraut worden sei und welcher sie 1888 verlassen hat, in Aschbach, Niederösterreich, wohnhaft und neuerdings verheiratet sein soll. Die Nachforschungen ergaben, daß der Eisenbahnbauarbeiter Franz Mayrhofer tatsächlich 1897 in Aschbach die 1878 geborene und nach Sonntagberg ausständige Marie Stixenberger geheiratet hatte. Dieser zweiten Ehe sind bereits sechs Kinder entsprossen. Gegen Franz Mayrhofer, der 1863 in Königswiesen geboren und nach Markt Aschbach zuständig ist, wurde wegen Verbrechens der Bigamie die Anzeige beim Bezirkgericht St. Peter in der Au erstattet." — Das klerikale Blatt verschweigt bei dieser Geschichte, daß der Oberbauarbeiter Mayrhofer ein gut christlicher Mann ist, der nicht nur dem Verkehrsbund, sondern auch dem Christlichen Arbeiterverein in Aschbach angehört und bei den dortigen Klosterschwestern einquartiert ist. Da erzählten die klerikalen Verfassungsredner immer das Märchen von der "Freien Liebe" der Sozialdemokraten, in ihren eigenen Reihen aber haben sie, wie die Beispiele zeigen, Leute, die trotz ihrer Frömmigkeit Bigamisten sind. Wir sehen unsere Genossen von diesen Dingen in Kenntnis, damit sie so einen klerikalen Versammlungsredner, wenn er wieder das Maul reicht weit aufreißt, dasselbe verstöpfen können.

Die Misstände im Heizhaus Friedek-Mistel der k. k. Nordbahn. Die Vertrauensmänner der Lokomotivführer konnten den von der Direktion vorgelegten Turnus aufgrund eines Beschlusses einer Versammlung des Lokomotivpersonals nicht akzeptieren. Dieser Turnus forderte eine lange Dienstleistung — beim Laztag 13 bis 14 Stunden — und sah im Domizil keine ordentliche Ruhezeit vor. Die Vertrauensmänner wollten bei der Direktion diesbezüglich Vorstellungen machen, aber der Heizhausleiter verweigerte ihnen hierzu den Urlaub. Ebenso verweigerte das Inspektorat, an welches sich die Vertrauensmänner wendeten, den Urlaub. Daraus ersicht man, daß die Heizhausleitung und das Inspektorat Hand in Hand miteinander arbeiten, wenn es gilt, dem Personal die Lage der verschlechtert und es im Dienste mehr auszubeuten. Da wird auf die Verkehrssicherheit nicht geachtet, wenn es zugunsten der Tantienmen geht. Trotzdem die Vertrauensmänner nach Wien berufen wurden und trotzdem ihnen Versprechungen gemacht wurden, wartet das Laztagpersonal noch immer mit Schmerzen auf einen menschenwürdigen Turnus, da die heilige Heizhausleitung bis heute keine Aenderung vorgenommen hat. Nun wollen wir uns näher mit dem Herrn Inspektor Käfer, dem Heizhausleiter, beschäftigen, welcher alles, aber leider nur kein umsichtiger Vorgesetzter gegen seine Untergebenen ist. Ob es Kohlenarbeiter oder Schlosser oder Lokomotivführer sind, das bleibt sich alleseins, er gönnt niemand eine Verbesserung oder eine Erleichterung im Dienst. Er ist mit einem Wort kein Menschenfreund. Wir haben hier in Friedek frisches und abgezogenes Dienstpersonal. Aber daß er bei dessen Kommandierung korrekt vorgehen möchte, das gibt es nicht. Eine Partie wurde wegen Verkehrsansständen vom Streckendienst von der Direktion aus abgezogen. Der Heizer hat schon zehn Jahre einen Unfall an der rechten Hand, eine Knorpelsprengung, welche unheilbar ist, so daß er bei der Feuerung beim Streckendienst nicht nachkommen kann. Diese Partie verzog in Friedek Verschubdienst; man hat sie aber jetzt in den Tschegener Turnus eingeteilt. Bei diesem wird jeden zweiten

Zug folgende Dienstleistung verlangt: Lokalzug 2285 L von Friedel Abfahrt 4 Uhr 58 Minuten früh nach Teschen, Ankunft in Teschen um 5 Uhr 46 Minuten, früh. Dort ist gleich das Verschlieben in der Station zu versetzen, welches bis zum Zug 2288 dauert, der von Teschen um 8 Uhr 5 Minuten abends wegfährt und in Friedel um 9 Uhr 57 Minuten abends Ankunft hat. Diesen Turnus machen zwei Partien. Es macht der Dienst samt der Vorbereitungszeit eine Dienstleistung von ununterbrochen 18 Stunden aus. Der Lokomotivführer und der Heizer gingen zum Herrn Kommissär und zum Herrn Inspektor, um sich darauf zu berufen, daß sie doch von der Direktion vom Streckendienst abgezogen wurden. Wenn jetzt eine solche Dienstleistung von ihnen verlangt werde, können sie für selben keine Verantwortung übernehmen; bloß für eine Dienstleistung beim Verschubdienst von 12 Stunden. Der Herr Inspektor sagte ihnen, daß dies kein Streckendienst ist und er für sie auch keinen anderen Dienst habe. Der Lokomotivheizer berief sich auf seinen Unfall vor zehn Jahren, aber dies trug ihm nur eine Drosbung mit der Versetzung oder Pensionierung ein. Wenn Bedienstete schon einmal von der Direktion bestraft sind, soll man nicht noch eine höhere Strafe an ihnen ausüben und sie noch finanziell schädigen. Die Bediensteten werden dazu getrieben, daß sie Verkehrsanstände machen. Die Birkulare, daß beim Personenzug kein Vorspann genommen werden darf, sind selbst an solchen schuld. Die Lokomotiven der Gruppe 2700 sind bei der schlechten Kohle und der schlechten Reparaturausführung überlastet. Vielleicht hat der Herr Inspektor jetzt aus dem Mifflingen der ungerechten Versetzung des Magazinmeisters Lang, der er und Oberinspektor Binderich nur aus politischen Gründen betrieb, eine Lehre gezogen. Wir fordern eine lösliche Direktionsauf, hier Ordnung zu machen, damit nicht hier so ungerecht im Dienst vorgegangen wird.

Das Kind eines Bahnhöfers vom Zug überfahren und getötet. Das eineinhalb Jahre alte Töchterchen Christine des auf Wachtelhaus Nr. 12 der Graz-Köflacher Bahn in Unterpremstätten stationierten Bahnhöfers Josef Wallensteiner wurde am 10. Juli von dem um 6 Uhr von Graz kommenden Personenzug überfahren und starb bald darauf infolge der erlittenen Verletzungen. Die Kleine, welche unter der Aufsicht der zehn Jahre alten Schwester Lubmilla stand, lief, als die Schwester das Nachtmahl ab, aus dem Zimmer und nahm den Weg nach den knapp vorbeiführenden Schienen. Die Mutter der Kleinen war zur selben Zeit mit dem Melsen der Kühe beschäftigt, während der Vater auf Wachtelhaus Nr. 4 im Dienste stand. Als Frau Wallensteiner vom Stall aus das Stehenbleiben des Zuges gewahrt, ließ sie, von einer inneren Angst getrieben, hinaus und fand ihr Töchterchen blutüberströmt neben dem Zuge liegend auf. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod der Kleinen konstatieren.

Korrespondenzen.

Bischofshofen. (Heizhaus.) Von dem dortigen Lokomotivpersonal werden Beschwerden über den Heizhausvorstand Herrn Löffler eingesendet, welcher die Heizer in der unmenschlichsten Weise ausnützt. Wir wollen unter anderen nur einen Fall dieser allzustrennen Diensttouren anführen. Ein Heizer mußte Zug 822 holen, retour mit Zug 821. Den gleichen Tag ab mit Zug 65, Fahrdauer bis halb 11 Uhr nachts. Um 11 Uhr 20 Minuten, also eine halbe Stunde später, wurde derselbe Heizer schon wieder zu einem anderen Dienst abkommandiert.

Durch solche Kommandierungen kommt es vor, daß ein Heizer innerhalb zweier Tage 30 bis 40 Stunden Dienst machen muß. Ähnliche Fälle sind im Heizhaus Bischofshofen keine Seltenheiten. Kein Wunder ist es, wenn die Heizer von diesen außergewöhnlichen Anstrengungen krank werden und sich beim Bahndoktor melden. Doch der Herr Heizhausvorstand Löffler weiß die ausgeradeten Heizer viel besser zu kurrieren wie der Bahndoktor. Melde sich ein Berufsheizer krank, so kann es ihm passieren, daß er nach seiner Genesung anstatt zum Fabrik zum Ruhen der Maschinen verordnet wird. Es wäre Pflicht der I. l. Staatsbahndirektion in Innsbruck, die Dienstkommandierungen des Herrn Löffler genauer zu kontrollieren, damit das Personal schon im Interesse der Sicherheit vor übermenschlichen Anstrengungen verschont bleibt.

Innsbruck, Südbahn. (Ein Schübling Thurmer.) Der von seiner Kohlenhandelsgeschichte bekannte Oberkundakteur und Lokalausschuß Karner in Innsbruck erfreut sich bestimmt der ausgiebigsten Protection des „Führers“ der österreichischen Eisenbahner, des Revidenten Josef Thurner. Lebte er scheinbar entweder besondere Vorliebe für verleiht Subjekte zu haben oder er beschützt sie nur dann, wenn er meint, damit die sozialdemokratischen Eisenbahner zu ärgern. Dabei bedient er aber nicht, daß nach einem Sprichwort derjenige, der mit Hunden zu Bett geht, mit Flossen aufsteht. Das Freundschaftsband zwischen Herrn Thurner und Herrn Karner wird aber wohl einen tiefen Riß erhalten, wenn erster erfährt, wie gefügt sein Schübling ist. Dieser Mann, den die Kundsteverorganisation zu ihrem Lokalausschuß wählte, hat es über sich gebracht, eine arme Witwe um einen Teil des Nachlasses ihres Mannes zu pressen. Als unser Genosse Haselbacher voriges Jahr starb, wollte die Organisation die ersten Tage der Trauer abwarten und dann für die Witwe die nötigen Arbeiten zur Wahrung ihrer Rechte übernehmen. Als ein Funktionär bei Frau Haselbacher erschien, erzählte ihm diese, daß bereits Karner da war und die Angelegenheit ordnete. Nachträglich stellte sich heraus, daß Karner, obwohl er für seine Tätigkeit bezahlt wurde, sich außerdem selbst bezahlt mache. Unter dem Vorwand, er müsse die vorhandenen Monturstücke Haselbachers abschaffen, ging er einfach zum Kasten, nahm einige Monturstücke heraus und trug sie weg. Die Witwe war im festen Glauben, daß diese Monturstücke auch tatsächlich abgeführt wurden, aber nun wurde mit unzweiflicher Sicherheit festgestellt, daß Karner die Monturstücke niemals abgeführt und, daß er der Witwe auch niemals das Geld für den Erlös derselben gegeben habe. Wohin sind die Monturstücke gekommen, Herr Oberkundakteur und Kohlenhändler Karner? Sie pflegen im Verdächtigen stets Großes zu leisten, doch immer so, daß man Sie nicht recht packen und zum Gericht schleppen kann, um Sie zu zwingen, Ihre Behauptungen zu beweisen. Jetzt erheben wir gegen Sie eine direkte Beschuldigung und fordern Antwort oder Klage. Neugierig sind wir, ob sich Herr Thurner nun noch weiter für diesen Mann einsetzt, neugierig sind wir aber auch, ob der Kundsteverein nicht doch jetzt einmal diesem Individuum den Laufpass gibt.

Lesben, I. l. Staatsbahn. (Aus dem nationalen Lager.) Unseren Nationalen, die mit besonderer Vorliebe das Prädikat der Wohlgesittung und Intelligenz für sich in Anspruch nehmen, ist jüngst etwas unterlaufen, daß sie so gern — ach so gern — von sich abschütteln und vergessen haben wollen. Hand da am Sonntag den 7. Juli ein Sommerfest des Vereines „Südmärk“ statt, für welches mit großem Tamtam Stellame gemacht wurde. Selbstverständlich durfte dabei auch die heisige Schnaderlosgruppe des Reichsbundes der deutschen Eisenbahner nicht fehlen und das war um so mehr notwendig, da sich unsere Nazi im Mai 1912 als Ortsgruppe des Vereines „Südmärk“ konstituiert haben, wobei dem Abjunkt Bilhelm die hohe Ehre zuteil wurde, taxfrei zum Obmann dieser imponierenden Eisenbahner „Südmärk“-Ortsgruppe,

ohne Mitglieder, gewählt zu werden. Schön, einfach herrlich, sollte es bei diesem Sommerfest gewesen sein. Und wie lobenswert: sogar Herr Inspektor Drucks hatte immiges Verständnis dafür, auch er war zugegen und stieß im „trauten Kreise und Geplauder mit seinen Lieben“; nichts trübte seine Freude, war doch auch Herr Goldinger nicht zugegen. Gar bald war die Unterhaltung in Fluss gekommen, und nicht zu vergessen — auch der Alkohol.

Am Abend trafen sich ein Teil dieser Jünger Germanias in ihrer Stammkneipe, Kreuzberger Gasthaus, offenbar, um dem erhabenen Fest nationalen Gedankens einen würdigen Abschluß zu bereiten.

Die Magazinarbeiter Naunegger, Mader und Mannacher, denen es als solche so gut zu gehen scheint, daß sie nichts Vernünftigeres zu tun wissen, als einen nationalen Verein nachzuwählen und sich für dessen Firkfanz mißbrauchen zu lassen, fühlten das besondere Bedürfnis, ihrem — durch reichlichen Alkoholgenuss geweckten Tatendurst die Bügel schießen zu lassen. Ein Objekt dazu war bald gefunden und ein in ihrer Gesellschaft sich befindender Arbeiter aus Donauwörth, der, nebenbei bemerkt, gleichfalls ein Nationaler ist, wurde als solches ausgewählt. Durch Stänfern sollte der Zweck erreicht werden. Naunegger machte den Anfang, und da sich der betreffende Arbeiter, der als sehr ruhiger und verträglicher Mensch geschildert wird, von diesen Jungens nicht alles gefallen ließ, kam es zwischen dem Kleebali Naunegger, Mader und Mannacher und dem genannten Arbeiter sehr bald zu leichten Auseinandersetzungen. Der Schlussfolgerung dieses Streites war, daß Mannacher ein Bierglas ergriß und dasselbe dem von ihnen selbst direkt provozierten Arbeiter — der schon seit Jahren im genannten Gasthaus verkehrt und noch nie irgendwelchen Anlaß zur Be schwerde gegeben hat — mit solcher Gewalt an den Kopf schleuderte, daß das Glas in tausend Splitter ging und der Getroffene Bunden schweren Grades erlitt, welche eine sofortige ärztliche Behandlung notwendig machten, während der mutige Glaswerfer Naunacher das Weite suchte. Ein herbeigerufener Wachmann nahm den Tatbestand auf, und wird dieser, von sitzlicher, erschreckender Verrohung zeugende Fall Gegenstand gerichtlicher Ahdung werden.

Für denjenigen, der mit den Zuständen und der Eigenart der nationalen Agitation, wie sie hier vorherrschen sind, einigermaßen vertraut ist, bildet der soeben geschilderte Vorfall nichts Überraschendes, sondern er ist das natürliche Produkt eines Systems, daß von unseren „Ehrenfeinden“ gehegt und gepflegt wird, und welches voraussichtlich früher oder später zu dergleichen Vorfällen führen müßte.

Nun glauben unsere Nazi, diesen Fall deutschnationaler Heldentat dadurch von sich abwälzen zu können, daß sie Mannacher nicht mehr als Mitglied erklären, weil Mannacher sich mit seinen Beiträgen an diesen Jammerverein drei Monate im Rückstand befindet. Eine Konsequenz, die bei keinen Menschen verlangt und auch nur deshalb unbedingt findet, weil sie der Leitung dieser buntscheckig gefärbten Fischgesellschaft, mit Rücksicht auf den geschilderten Vorfall, gerade in den Kram passt. Wir empfehlen Herrn Obmann Hopfinger, diese „Konsequenz“ nicht nur individuell zur Anwendung zu bringen, sondern auch alle anderen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen drei Monate rückständig sind, aus seiner Liste zu streichen. Er wird dann die traurige Wahrnehmung machen, daß er mehr Jünger an einer Hand, als Mitglieder in seinem Verein hat.

Wir werden es uns angelegen sein lassen, dieses zu solchen Auswüchsen führende System, der Notwendigkeit und des Interesses halber, demnächst zur Größerung zu bringen und empfehlen wir die nächstfolgenden Nummern des „Eisenbahner“ ganz besonders unseren Herren Vorgesetzten und Stationsgewaltigen zur genauen Beachtung. Sie werden darin so manches gejildert finden, was stark an eine sogenannte „kleine Station“ erinnert; vieles, an dem sie sich selbst erkennen werden. Material hierzu ist genug vorhanden. Wahrhaftig: eine eigenartige Intelligenz. Eine Intelligenz, die charakteristisch ist, für die Träger derselben, aber auch zugleich eine Intelligenz, für die sich alle anderen schamen dürfen. Heil!

Triest-Freihafen, I. l. Staatsbahn. Der Dienst in Triest-Freihafen, I. l. Staatsbahn, verlangt ein gemeinsames und friedliches Zusammenwirken aller Bediensteten, da man hier mit SüdbahnLAGERHAUS-BEDIENSTETEN und auch mit der I. l. Bölfianz in der Dienstausübung in Verbindung steht. Der frühere Vorstand, Herr Oberinspektor v. Hoffmann, regelte stets im Einvernehmen mit den Bediensteten den Dienst. Herr Inspektor Lacina hat jedoch nach seiner Vorgangsweise keinen blauen Durst von praktischer Ausübung des ganzen Dienstes in Triest-Freihafen. Dazu läßt er sich noch von einem jungen Assistenten namens Rožane, der die eigentlichen Triebfedern zu den ganzen den Verkehr hindern den Zwistigkeiten ist, beeinflussen, wodurch es schon zu vielen Auseinandersetzungen kam, so daß das Südbahninspektorat, das Lagerhaus (Herr Inspektor Scarpini) und sogar auch die Bölfianz eingreifen mußten. Wir verweisen nur darauf, daß durch einen unvernünftigen Dienstauftrag (Patent Rožane) eine passive Resistenz herausbeschworen wurde, die 24 Stunden dauerte, worauf dieser Dienstauftrag wieder außer Kraft trat. Wie jesuitisch Rožane vorgeht, bezeugt nachstehende Dienst- und Wechselseiteilung, die derselbe gelegentlich eines Überfalles eines Finanzwachpostens fabrizierte. Diese wurde selbstverständlich vom Herrn Inspektor Lacina unterfertigt. Es heißt in ihr unter anderem auch:

Die Weichenwächter haben die Vorschrift der Instruktion XVIII, speziell Artikel 3 und 8, genau zu befolgen und während ihrer Dienstdauer den ihnen zugewiesenen Raum sowohl bei Tag wie bei Nacht öfter zu begehen, dem Dienst fernstehende Personen vom Betreten der Gleise während der Verschiebung im Lagerhausbahnhof und von dem Vertreten des Rangierbahnhofes abzuhalten und diese bei Widerständigkeit den I. l. Sicherheitsorganen zu übergeben. Zur Verstärkung dieser in der Dienst- und Wechselseiteilung eingeschalteten Verfügung veranlaßte dann, natürlich auf Anregung des Rožane und Lacina, die Staatsbahndirektion, den Dienstauftrag B. 348/1—V vom 18. April 1912 herauszugeben. Der Dienstauftrag B. 348/1—V vom 18. April 1912 macht den Weichenwächter auf den Wächterposten Nr. 4 und 5 sogar für die Plomben an den Güterwagen verantwortlich, also der Weichenwächter ist auch Plombenkontrollor, das heißt, im Falle eines künstlich geöffneten Güterwagens, was aus der Abschrift an die I. l. Lagerhäuser hervorgeht. Dieselbe lautet:

Abschrift.

I. l. Staatsbahndirektion Triest. Triest, am 18. April 1912.

B. 348/1—V.

Betreffss Überwachung des Rangierbahnhofes in Barcola.

zur d. a. B. 104/L vom 27. März 1912.

An die I. l. Lagerhäuser

in Triest.

Dem Bahnbetriebsamt Triest-Freihafen, I. l. Staatsbahn, wurde befufs Überwachung der zur Nachtzeit am Rangierbahnhof in Barcola siehenden beladenen Güterwagen entsprechende Weisung erteilt.

Schließlich wird die gefertigte Staatsbahndirektion den I. l. Lagerhäusern sehr verbunden sein, wenn bezüglich der funktionslosen und wieder aufgeschlossenen Plomben

konkrete Fälle, und insbesondere solche, welche tatsächlich am Rangierbahnhof Barcola erfolgt sind, anher bekannt werden möchten.

Der I. l. Staatsbahndirektor: Golombos m. p.

Was die zitierte Instruktion XVIII betrifft, heißt es in dieser wörtlich:

Die Weichenwächter haben bei der Aufrechthaltung der Ordnung und Betriebsicherheit in den Bahnhöfen mitzuwirken. Dementsprechend sind Nebentreter der Sicherheitsvorschriften, welche den Mahnungen der Bahngänge nicht Folge leisten, oder eine die Sicherheit des Betriebes störende oder gefährdende Handlung bereits verübt haben, falls die Hilfe der Sicherheitsorgane nicht sofortig zur Hand ist, womöglich anzuhalten und dem Dienstvorstand (Burgexpedienten) zu übergeben.

Die Weichenwächter haben also bei der Aufrechthaltung der Ordnung mitzuwirken und in diesem Sinne wurde der Dienst schon vor den Herren Lacina und Rožane ordnungsgemäß und anstandslos gemacht. Die Dienstausfassung ist aber ein falsche, die den Satz distanzierte: „Während ihrer Dienstdauer haben sie den ihnen zugewiesenen Raum sowohl bei Tag wie bei Nacht öfter zu begehen.“ Das Weichenwächterpersonal wäre dadurch besonders in Barcola am Rangierbahnhof in seiner persönlichen Sicherheit gefährdet, da der Weichenwächter außer über die Signalsahne und die Signallaterne über keine Verteidigungswaffe bei vorkommenden Fällen verfügt. Zudem verfügen ohnedies der Nachtwächter und die bewaffnete Finanzwache den Wachdienst. Es ist ungünstig, die Weichenwächter zu Grenzwächtern stempeln zu wollen. Glaubt Herr Lacina vielleicht, die Schmuggler würden ein mit der Laterne gegebenes Haltsignal befolgen und stehen bleiben und sich durch das Signal „Vorwärts“ von dem Weichenwächter zur Polizei estaktieren lassen? Es ist aber möglich, daß der Weichenwächter im Betriebsfall zu einem unverhofften Meerbad kommt, denn das Meer ist kaum acht Meter vom Schienennetz entfernt. Die ganze Sache hat keinen anderen Zweck, nur daß der Diensthabende Weichenwächter den lauenhaften Schikanen des Assistents Rožane mehr ausgesetzt wird und der Kronenautomat des unbewohnten Lacina in volle Tätigkeit kommt. Rožane ist ein Despot der gefährlichen Sorte, der seine Vergangenheit durch dumme, bürokratische Schikanierung sämtlicher im Freihafen, das heißt Rangierbahnhof Barcola beschäftigten Bediensteten reinvaden will, der sogar Oberbauerarbeiter denunziert und Kinder der dort wohnenden Bediensteten drangaliert. Zu allem dem ist beim Weichenwächterpersonal auf zwei Posten ein 20stündiger Dienst, und zwar 20 Stunden Dienst, zwölf Stunden bei Tag frei und wieder 16 Stunden Dienst darauf, also zwei Nachtdienste nacheinander. Es ist eine Illusion von Wechseln zu reinigen und zu bedienen und die Drehschreiben und Überzeichnungen zu überwachen, was den beiden Herren Lacina und Rožane immer einen Anlaß zum Gemürgeln gibt. Im Deputationswege sprach das Wächterpersonal bei der Staatsbahndirektion, bei Herrn Oberinspektor Palasman, am 30. April und 1. Mai mit dem Personalcommissonsmitglied Goossen Wodenat vor, wo es sich herausstellte, daß Herr Lacina vereint mit Herrn Oberrevidenten Rožan, die eigentlichsten Dienstes sind, insbesondere Herr Inspektor Lacina, da er sich die Füße mund ließ, um die Deputationsvorsprache zu verhindern. Inspektor Lacina als Vorstand übernahm die Verantwortung für diesen Dienst, da nach seiner Auffassung der Weichenwächter ohnehin nichts zu tun hat, insbesondere bei Nacht. Jetzt fragt sich aber, wie er die Verantwortung trägt. In der Kanzlei, in der Wohnung oder bei dem Bürogang zu seinem Liebling Rožane nach Barcola? Es geht im vorkommenden Fall auf dem Nutzen des Diensthabenden Weichenwächters aus, was sich aber schlecht wird tun lassen. Wer machen hier schon speziell aufmerksam darauf, denn man wird auf die Überprüfung des Weichenwächters hinweisen und die Verantwortung kann dann Herr Inspektor Lacina und Rožane zum Trutz und sich selbst durch die Gesamtheit zum Nutzen folten sich alle Bediensteten zusammenziehen und im Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein sich vereinigen und eine derartige Behandlung abwehren.

Grußbach-Schönau. Durch die Versetzung des Lokomotivführers Ludwig Pichler von Stadlau nach Grußbach wurde das Stadlauer Lokomotivpersonal von einem Jubiläum befreit, dessen Lebenszeit in Streberei sowie im Verwadern bestand, und der überwunden durch sein heuchlerisches Verhalten manchem seiner Kollegen gegenüber, deren Offenherzigkeit er oft benützte, um sie seinen Zwecken dienstbar zu machen, von jedem anständigen Lokomotivführer gemieden wurde. Dem Vorgesetzten gegenüber von Servilismus durchdrungen, schenkte dieser Mensch vor keiner Lumperei zurück, wenn es galt, persönliche Vorteile zu ergattern. Seine letzte Schandtat war in Stadlau die Milmierung an der Entfernung des Kollegen ... aus dem Grußbacher Turnus. Dem Personal in Grußbach gratulieren wir zu diesem Verlustsollegen.

Czernowitz. (Stationsmeister und Stationsaufseher.) Die Verwendung der Stationsarbeiter für Schreibgeschäfte. Es war dies zur Zeit, wo man zehn Jahre und länger provisorisch und ohne Aufnahmeschein gedient hat; es bestand damals eine Kategorie von „Borarbeitern mit sämtlichen Prüfungen“, welche für sämtliche Dienstweise verwendet wurden. Nach erfolgter Beteiligung mit Aufnahmeschein (Aera Derschatta) wurden die neu aufgenommenen Hilfskräfte als „Stationarbeiter für Schreibgeschäfte“ und dann rundwegs „Stationarbeiter“ benannt. Was unter Schreibgeschäften in einem Amt zu verstehen ist, ist doch klar: Es werden Schreiber den Konzeptbeamten zugewiesen. Bei der Woh, und zwar bei der Executive, wo keine Konzepte zu verfassen sind, vielmehr bloß die Rubriken einer Druckschrift laut Vorschriftung am Kopfe auszufüllen sind, wären doch solche Schreiber oder Arbeiter für Schreibgeschäfte nicht zu verwenden. In der Tat verhält sich die Sache ganz anders: Diese „Stationarbeiter“ dienen als Aushilfe für den gesamten Stationsdienst. Sie verfehen somit Telegraphendienst (sogar auf der Hauptbahn), journalisieren, abfertigen, verfehen Magazindienst oder, besser gesagt, den gesamten kommerziellen Dienst und sind dennoch „Arbeiter“.

Beispielweise wurde in der Station Baltinosa ein Stationsmeister reduziert und durch einen „Stationarbeiter“ ersetzt, und verfeht dieser Arbeiter, ausgenommen Verkehrsdiensst, denselben Dienst, welchen der Stationsmeister früher verfehten hat. Es ist daher sehr traurig, daß die I. l. Betriebsleitung für diese Arbeiter nicht sorgt, sie in dieser Weise ausnutzt und nicht einmal mit Aufnahmeschein beteiligt.

Die Verwendung der Stationsmeister beim Telegraphendienst auf Hauptbahnen. Es war Ihsus, zur Zeit, als provisorische Borarbeiter Telegraphendienst auf der Hauptbahn verfehten haben. In Disziplinarwege abgestrafe Staatsmeister beim Telegraphendienst zu verwenden. Die I. l. Betriebsleitung erlaubt sich nun, Stationsmeister, welche nicht abgestrafe wurden, ja sogar solche, welche eine sehr gute Qualifikation besitzen, beim Telegraphendienst auf der Hauptbahn zu verwenden. Trotzdem im Jahre 1909 daß I. l. Eisenbahndirektion

sterium anlässlich Überstellung der Stationsmeisteranwärter eine neue Kategorie von „Stationsaufseher für den Telegraphendienst“ geschaffen hat, werden diese Bediensteten zu keiner anderen als zur Telegraphenprüfung zugelassen.

Bei Bufolina besitzt etwa 40 Stationsaufseher für den Telegraphendienst, welche jedoch, wiewohl bloß mit Telegraphenprüfung, durchgehends den kommerziellen Dienst versehen, also Leute, welche überhaupt keine kommerzielle Prüfung besitzen! Hingegen werden Stationsmeister mit sämtlichen Prüfungen beim Telegraphendienst verwendet. Warum eigentlich die Betriebsleitung ihr Personal nicht so beschäftigt, wie es der dienstliche Charakter eines Bediensteten verlangt, ist unbegreiflich! Verstehen etwa Stationsaufseher ohne Prüfungen mehr als Stationsmeister mit Prüfungen vom kommerziellen Dienst? Ein weiteres Kapitel ist:

Die Besetzung der Stationsleiterposten im Konkurrenzwege. Seit einigen Jahren kommen den Stationen Ranglisten über Unterbeamte und Diener zu, um den Rang der Bediensteten zu wahren. In der Tat geschieht es aber ganz anders:

Bei Besetzung der Stationen kommen nur Stationsmeister mit einem Gehalt von 1200 Kr. in Betracht, da die älteren Stationsmeister bereits Leiter von Stationen sind oder wegen schulpflichtiger Kinder in Städten wohnen müssen. Von diesen Stationsmeistern mit 1200 Kr. haben die ersten neun, mit Ausnahme des Stationsmeisters Maßche, der vom Kassendienst abgezogen wurde, selbständige Posten. Nun fämen noch bei der Besetzung einer Station der 10., der 15., der 16. in Betracht. Wir wollen nicht weit zurückgreifen, sondern die letzte Besetzung der ausgeschriebenen Stationen etwas näher unteruchen.

Da wurde die Station Tereblestie mit dem 29. dem Rang nach und Unter-Witow mit dem 61., dem letzten und jüngsten Stationsmeister besetzt, während der 15. und 16. Stationsmeister eine außertourliche Qualifikation besitzt. Abgesehen von diesen zwei außertourlich qualifizierten Bewerbern — waren keine andere fähige Leute da, so daß man erst zum letzten Stationsmeister greifen müßte? Ob dadurch der Rang eines Bediensteten gewahrt wird, daran müssen wir zweifeln.

Wozu eine derartige Besetzung führt, werden wir im weiteren ausführen. So wurde seinerzeit Gundul Moldovi mit einem Stationsgehilfen, der kaum eine dreijährige Dienstzeit aufweisen konnte, besetzt, doch nach kurzer Zeit, nachdem Gundul Moldovi mit einem Wächter besetzt wurde, und dieser Stationsgehilfe in die unglückliche Kategorie der Stationsmeister („Jubiläums-Stationsmeister“) bei dem sogenannten Schub hineingerutscht ist, zum Stationsleiter von Racza ernannt. In Racza waren seinerzeit Beamte, später ältere Unterbeamte. Um die Station Racza haben sich Stationsmeister mit einer 15. bis 18jährigen Dienstzeit beworben, zum Beispiel der genesene Stationsleiter von der Station Illischestie, Bodnariu. Dorthin wurde diese Station mit dem jüngsten Stationsmeister, Wittner, besetzt, eben mit diesen, den man nach Auflösung der Station Gundul Moldovi unbedingt retten mußte, ein Mann, der nicht mehr als eine Normalschulbildung aufweisen kann.

Durch die Besetzung der Stationsleiterposten mit jüngeren Stationsmeistern (Protektionswirtschaft) laufen die rangältesten Stationsmeister Gefahr, diesen jüngsten Stationsleiter als Hilfskräfte zugeltezt zu werden. Es wird daher beantragt, bei Besetzung der Stationsleiterposten den Rang zu wahren.

Wittmannsdorf. Am 24. Juni verunglückte hier ein Zimmermannslehrling aus Leobersdorf. Bei dieser Gelegenheit konnte man wiederum den Charakter des Herrn Vorstandes Warta lernen. Anstatt daß Herr Warta in seiner Eigenschaft als Vorstand dazu beigetragen hätte, daß sich alles in Ruhe und Ordnung abspielen möchte und dem Verunglückten so schnell wie möglich Hilfe geleistet werde, so fing er mit den Verschiebern, die nach seiner Ansicht an diesem Unfall mitschuldig waren, einen Mordspießatt an. Ausdrücke, wie: „Gaunder, Falotten, den Schädel soll es euch weg führen“ u. s. w. waren wiederum an der Tagesordnung. Das reisende Publikum, welches Zeuge dieser „liebevollen, väterlichen Belehrungen“ war, glaubte allgemein, daß der Herr Vorstand Warta schon wieder einen Teufelsrausch haben muß. Überhaupt jene Personen, welche das zweifelhafte Vergnügen hatten, den Herrn Vorstand Warta am 24. Juni 1911 zu sehen, die sind vollständig überzeugt, daß Herr Warta ein ruhiger und nüchterner Mann, infolgedessen auch ein guter und gerechter Vorgesetzter sein muß. Wie viele „24. Juni-Feier“ wird das Publikum und das Personal noch erleben müssen, bis Herr Warta endgültig vom Schauspiel seiner unruhigen Tätigkeit verschwinden wird?

Karlshad. Das Heizhaus Karlshad besitzt einen Mann, der, außer Schulvereinsmitglied und Leiter der deutschen Bundesbrüder, auch ein Muster von einem Maschinenmeister der f. f. Staatsbahnen ist. Sein Name ist František Havlicek. In der Eigenschaft als Maschinenmeister zeigte dieser Herr bis heute keine besonderen Talente, höchstens daß er den Dienst drei- und viermal verfehlt an die Tafel schreibt oder öfters durch haussnechtmäßiges Brüllen sich bemerkbar macht.

Wir würden uns mit diesem Herrn nicht beschäftigen, wenn er nicht in neuester Zeit sich eine Eigenschaft angewöhnt hätte, welche tief in den Dienst des Personals eingreift; Havlicek fühlt sich nämlich berufen, kraft seiner Wissenschaft, die öfters einer Anfeuchtung durch Alkohol bedarf, die festgesetzten Turnusse zu ignorieren und dem Personal stets mehr Dienst vorzuschreiben als in den Turnusen vereinbart wurde. Macht nun ein Bediensteter in bescheidener Weise einen Hinweis auf die Säfte des Dienstes, so verfällt dieser Herr in höchstgradigen Zorn, fuchtelt mit den Händen, zappelt mit den Füßen und bringt als Schlusseffekt ein Beispiel seiner Dienstzeit von der Weißbahn vor 40 Jahren. Wir fragen Herrn Havlicek, warum hat er, wenn er im Monat einen Sonntags Dienst hat, Montag nachmittags frei; warum gibt es Leute beim Fahrpersonal, die oft vier bis fünf Wochen keinen freien Tag haben? Sollte dies etwa sein, weil Ihr Dienst so anstrengend ist? Schäsmal in langsamem Promenademarsch um das Heizhaus, einmal in den Hühnerstall und dann in den Garten gehen. Besonders, wenn Sie sich recht anstrengen, dann geht es in raschem Tempo ins „Bürgerstüb“ auf ein Viertel Noten.

Betreffs Ihrem Beispiel von früher leben wir mit, daß wir bereits im 20. Jahrhundert leben und nicht mehr im Mittelalter.

Als vor kurzem ein jüngerer, sonst sehr tüchtiger Polotomführer infolge Moherrinnens mit der Maschine liegen blieb, äußerte sich Maschinenmeister Havlicek: „Wenn ich sehe, so habe ich schon gefressen.“ Ebenso scheute sich dieser Herr nicht, einen älteren Heizer durch Denunziationen so weit zu bringen, daß man ihn von seinem Dienst abscheiden wollte und als Strafe zum Reservemeister einteilte. Da sich der betreffende Heizer dies nicht gefallen ließ, so mußte man ihn in seinen gehörenden Dienst wieder einteilen. Auch wollen wir Herrn František Havlicek an einen verstorbenen Heizer erinnern, der seinem Dienst durch eine schwere unheilbare Krankheit nicht mehr recht nachkommen konnte, wie Sie ihn noch kurz vor seinem Tod mit 14tägigen Ruhen bestraften. Welche Ungerechtigkeiten bei diesem humanen Menschen bezüglich der Reservemeister bestehen, zeigen einige Fälle. Wenn er die Reservemeister nicht in Doppelparaden da-

stehen hat, so läuft er zum Heizhausleiter und sagt: „Ich habe zu wenig Heizer“, damit er sich seine Lieblinge herausuchen kann, welche ihm zu Gesicht stehen, ob nun der selbe zum Heizer taugt oder nicht, das ist ganz gleich; er hat seinen Zweck erreicht und kann ältere Bedienstete schikanieren und vom Heizen abziehen. Wir machen den Herrn Maschinenmeister aufmerksam, gerecht vorzugehen und die Arbeitsordnung genau zu beachten. Ihnen Sie die Ungerechtigkeiten, Hände weg vom Turnus, passen Sie sich der neuen Zeit an, berechtigte Klagen des Personals zu hören, auf gewisse Fenster weniger sehen und sich des Alkohols weniger bedienen, denn derselbe stumbt. Ihre bisherigen Verstand noch ab. Wir werden Sie stets im Auge behalten, und sollten Sie sich nicht bessern, dann seien wir uns an dieser Stelle bald wieder.

Ober-Geripit. Der hiesige Stationsvorstand, Herr Jellinek, scheint ernstlich frant zu sein, denn nicht anders kann man sich die Tatsache erklären, daß er mit Bediensteten Wortstreitigkeiten wegen der reinsten Lappalien beginnt oder die Bediensteten gegeneinander hetzt, während er den bedenklichsten Verkehrsmängeln nicht die geringste Aufmerksamkeit widmet. Von der Blodsignalhütte ist gar kein Ausblick, so daß hierin eine steile Gefahr liegt; auch treffen in der Station täglich einheimische Lokomotiven von der Brünner Stütze ein, ohne daß dieselben abisiert wären. Kurz gesagt, es besteht hier geradezu gefährliche Verhältnisse, aber diese sieht der Herr Vorstand nicht. Hier ein Beispiel: Am 8. Juli kam er zur Blodsignalhütte in einem äußerst aufgeregten Zustand und fuhr den Blodsignalbrier einheimale naheinander an, warum der Platz bei dem Posten nicht abgefehrt sei. Der Bedienstete entgegnete, daß er doch erst den Dienst angetreten habe, sein Vorgänger jedoch keinen Besen bei der Hand hatte. Der Vorstand wurde darob wütend, schrie herum und distanzierte dem Bediensteten sofort eine Strafe. Dann schickte er demselben nachstehende Zuschrift: „Sie wurden am 8. Juli, circa 8 Uhr früh, bei Ihrem Dienstposten wegen Nichtausleihen des Platzes bemängelt. Ihre diesbezügliche Entschuldigung, daß Sie keinen Besen bei der Hand hatten, konnte ich in der gleich von Ihnen aufgeregten Antwort nicht annehmen. Ihr weiteres, von meiner Seite zu keinem Grunde veranlaßtes Benehmen — wie, daß Ihnen Ihr Vorhand aufsitzt und Sie zu unnötigen Auslagen verursacht haben soll — namentlich aber vor dem zugeteilten Personal, sieht mich veranlaßt, Sie derzeit nur mit Krone Eins im eigenen Wirkungskreise zu bestrafen. Das Recht der Beschwerde hierüber steht Ihnen gemäß der Dienstordnung zu. Sollen Sie Ausdrücke, wie: „Ich habe die Disziplin bis zum Kopfe fort“, ferner gebrauchen und Anlaß zur weiteren Unzufriedenheit geben, dann müßten Sie sich die eventuellen weiteren Folgen selbst zuschreiben. Jellinek, v. B. A. Vorstand.“

Der Inhalt dieser schlerhaften und topfverdrehenden „Strafbefüllung“ beweist genugend, daß es sich nicht persönlich handelt um kleinliche Nach- und Aufregung von Krönchen zum Zwecke von „Amtshandlungen“ handelt. Wir wollen annehmen, daß das Vorgehen des Herrn Jellinek der Ausfluß einer Krankheit ist, nicht etwa einer Müllür. Und aus dem Grunde erwarten wir, daß die f. f. Nordbahndirektion eine Rembedur schafft, bevor es zu spät ist. Kranke Menschen können doch unmöglich die Sicherheit des Verkehrs garantieren.

Lebring. (Ein roher Bahnhofsrat.) Aus Lebring kommen uns wiederholte Belehrungen über rohe Behandlung der Oberbauarbeiter seitens des dortigen Bahnhofsräters Franz Böhner zu. Der Mann bildet sich offenbar ein, weil er zum Vorgesetzten ernannt wurde, daß nun jeder Arbeiter sein Schuhflicken ist. Es ist kaum anzunehmen, daß Böhner wegen seiner herborragenden Fachkenntnisse oder Leistungsfähigkeit Bahnhofsräter geworden ist, vielmehr dürften ihm seine Niederheiten gegenüber seinen Untergebenen dazu verholfen haben. Zum Glück ist dieser Bahnhofsräter in der Section Graz der einzige, der noch nicht gelernt hat, wie Menschen zu behandeln sind. Alle seine Kollegen sind achtbare Männer und verstehen, wie Vorgesetzte ihre Untergebenen zu behandeln haben. Wenn Böhner eine andere Meinung hat als die Arbeiter, so hat gemäß niemand etwas dagegen, aber die Leute deshalb als seine Prügelstab zu betrachten, weil sie ihm nicht zu Willen sind, das geht zu weit, und wenn die Sectionsvorstellung nicht in der Lage ist, den Mann eines Besseren zu belehren, so wird dafür Sorge getragen werden, daß die Niederheiten des Herrn Böhner durch den Arbeiterausschuß zur Erledigung kommen werden.

Wenn die Arbeiten auf der Strecke unter allen anderen Bahnhofsrätern im friedlichen Wege und zur Zufriedenheit der Section geleistet werden können, so muß das auch in Lebring möglich sein. Die Leute sind dort ebenso arbeitswillig wie überall, und wenn schon ein Fehler gemacht wird, so gibt dies den Böhner noch immer nicht die Vererbung, vor dem Publikum die Arbeiter zu beschimpfen und mit ihnen zu schreien wie verrückt. Die Oberbauarbeiter sind Menschen wie alle anderen und erheben mit Recht den Anspruch als solche behandelt zu werden; auch von einem Böhner.

St. Veit a. d. Glan. Ein Uebelstand, welcher sich in der

Station St. Veit a. d. Glan bereits eingenistet hat, ist der bei Erteilung von Erholungsurlauben. Herr Inspektor Holub hat es eingeführt, daß, wenn ein Wächterkontrollor oder ein Blodsignalbrier Urlaub hat, der Dienst unter den Wächterkontrolloren zu fünf verteilen werden muß.

Wenn von den benannten Bediensteten noch einer frant wird, was ja auch vor kommt, wird der Urlaub überhaupt eingestellt, obwohl für diesen Dienst ein geschultes Erfahrungspersonal vorhanden ist. Da der Verkehr immer stärker wird und besonders in St. Veit a. d. Glan ein sehr reger ist, und da nicht die geringste Ruhepause während der Dienststunden eintritt, so ist es ein unmenschliches Verlangen, den Dienst unter den Wächterkontrolloren zu fünf verteilen zu lassen, da diese Bediensteten außer ihren Dienstesobligationen bei Nacht auch noch die Aufgabe haben, die Verkehrskanzlei zu überwachen, damit der Herr Verkehrscontrollor selber nicht überzählt. Immer wird vom Herrn Inspektor Holub eingewendet: „Ihr habt so nichts zu tun. Oder: Wir haben keine Leute. Gut, wenn wir nichts zu tun haben, so sind wir übrig, und man löse den Dienst auf. Die Ausrede: Wir haben keine Leute, ist wohl auch nicht am Platze, da zu privaten Gartenarbeiten immer Leute genug zur Verfügung sind, was auch der Herr Verkehrscontrollor Paul nicht sieht, obwohl er sonst überall seine Nähe hineinstellt. Zu solchen Arbeiten sind immer Leute genug, während dann, wenn ein Bediensteter um einen Urlaub kommt, zuerst Herr Dorn befragt wird, ob vom Magazin ein Ersatz beigegeben werden kann. Sieht dem Herrn Magazinmeister Dorn der Bittende nicht zu Gesicht, so hat er keine Leute, und der Urlaub ist so gut wie abgewiesen. Wir richten an Sie, Herr Inspektor, das Erfuchen, sich von einem Magazinmeister Dorn nicht so viel beeinflussen zu lassen, da Sie doch selbst immer informiert sein müssen, wie es mit den Leuten steht, wo doch jeder außergewöhnliche Fall Ihnen zuerst gemeldet werden muß. Wir richten an die f. f. Staatsbahndirection Villach auch das Erjuchen, die drei fehlenden Oberverkehrsbeamten in St. Veit a. d. Glan zu normieren und zu besetzen.

Gernowitz. (Den christlichsozialen Verleumder zur Antwort!) In den christlichsozialen Zeitungen, und zwar in der „Österreichisch-ungarischen Eisenbahnzeitung“ und im „Bufolinaer Volksblatt“ werden ständig von den christlichsozialen Verleumderbündlern verleumdet und verdächtigt, weil die Herren auf diese Weise der Organisation schaden zu können glauben. So wurde behauptet,

dab ich als Vertrauensmann der Vertragsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen die Eisenbahner, welche Renten beziehen, schädige, daß ich sie der Unfallsanstalt denunziere und die Renten reduziere lasse, falls diese verunglückten Eisenbahner nicht unserem Zentralverbund angehören wollen; daß ich mit Pressionen, Terror und Drohungen den Beitritt zu unserem Verbund von den Andersgefürmten erzwingen will. Selbstverständlich wird für alle diese niedrigeren Verleumdungen kein Fall angeführt und wird alles nur so angebaut, damit ich den Unruhen nicht bei Gericht paden kann. Es wird weiters behauptet, daß ich die meisten Urlaube im Jahre bekomme und von meinen Vorgesetzten protegiert werde. Es wurden gar die Tage ausgezählt und mit Datum genau verzeichnet. Der niedrigeren christlichsozialen Verleumder verschwiegt jedoch, daß der größte Teil der erwähnten Urlaube mir gewährt wurde, damit ich den kommunistischen Erhebungen in Unfallsangelegenheiten beimonne, wozu ich seitens der politischen Behörden in der Bufolina geladen werde und daß dies keineswegs Urlaube sind, sondern daß mir zu diesem Zweck nach dem Gesetz die Befreiung vom Dienst gebührt, damit ich im Interesse der Eisenbahner die Erhebungen pflege. Für mich ist es natürlich ebenso Dienst, wenn ich auf der Volomotive siehe, wie wenn ich der Erhebung beymonne. Der mir gebührende gesetzliche Erholungsurlaub wurde mir auch vorgehalten. Es wird mir in den angeführten Zeitungen weiter vorgeworfen, daß ich verschiedene Einnahmestellen mir schaffe und die Eisenbahner um ihre Sammlungen presse. Es wird von mir nämlich verlangt, daß ich Berichte erstatten solle über die Sammlungen der Gelder im Jahre 1904 für das Eisenbahnerheim. Die Herren sollen doch mit der Sprache herausreden, statt bloß schriftliche Andeutungen zu machen. Ich kann nachweisen, daß ich sogar von meinem Einkommen als Eisenbahnerbediensteter erhebliche Summen den Eisenbahner opfere, geschweige, daß ich sonstige Remunerationen für mich verwende. Weiter wird gelogen, daß ich in meinen dienstfreien Tagen im Heizhaus und in der Werkstatt während der Arbeit Agitation betreibe, daß mir diesbezüglich von den Vorgesetzten geholfen wird (ein solcher Blodssinn), daß ich Freitarten der zweiten Wagenklasse mir ausstellen lasse. Freitarten der zweiten Wagenklasse geführen mir laut Instruktionen der f. f. Staatsbahnen, das sollen doch auch christlichsoziale Eisenbahner wissen, wenn sie auch die Instruktionen nicht beachten. Und nun erläutere ich, ich werde mit diesen professionellen Leichenhändlern und Verleumdern nicht polemizieren. Wenn sie konkrete Tatsachen behaupten werden, dann werde ich sie bei Gericht zur Rechenschaft ziehen. Aber auf ihre schmugigen Andeutungen einzugehen, dazu habe ich zu viel Neidleid, geführt und zu wenig Zeit.

Grubbach. (An die f. f. Direction der St. G. G.) Der Wagenmechaniker Eger in der Station Grubbach ist Mitglied des Versicherungsvereines „Do Laglio“. Im Monat Juni d. J. kam der in Grubbach stationierte Offiziant Julius Breitschneider, welcher in der dortigen Station als Sekretär des Herrn Vorstandes in Verwendung steht, zu dem Wagenmechaniker Eger und verlangte von demselben die Versicherungspolizei, um angeblich über höheren Auftrag Einsicht zu nehmen. Wagenmechaniker Eger händigte die Polizei dem Offizianten Breitschneider ohne jede weiteren Bedenken ein. Groß war jedoch die Bestürzung, als Eger in Erfahrung brachte, daß der Sekretär Breitschneider die Polizei in betrügerischer Absicht mit 180 Kr. belebt hatte. Auf diese Nachricht hin ging der Wagenmechaniker Eger zu dem Stationsvorstand und meldete dort dienstlich das Vergessen des Sekretärs Breitschneider. Der Stationsvorstand, anstatt gegen den Betrüger Breitschneider die gerichtliche Anzeige einzuleiten, versuchte den geschädigten Wagenmechaniker einzuschüchtern und gab ihm, über diese Angelegenheit zu schwigen, da alles geschlichtet werden könnte. Da dieser Vorfall unter dem Personal nun allgemein bekannt ist und der Offiziant Julius Breitschneider sich schon einige ähnliche Fälle zuschulden kommen ließ, so ersuchen wir eine f. f. Direction, dieser Sache nachzugehen und den Geschädigten zu seinem Gelde zu verhelfen. Und wie kommt der Vorstand dazu, solche Beträgerreien noch verdecken zu helfen? Was sagt die Direction dazu?

Komotau. (Eisenbahndiebstähle in Komotau.) In einem Zeitraum von circa drei Jahren wurden hier an nahezu 200 Eisenbahndiebstähle durchgeführt. Die Bediensteten aller drei Bahnen wurden verdächtigt, speziell das Magazins- und Stationspersonal. In den Schulungsstunden wurden von Seiten der Beamten Verdächtigungen fallen gelassen und alles litt schwer unter diesem Verdacht. Von Seiten der Direktionen regnete es scharfe Schreiber an die einzelnen Amtier und nicht selten bekam man zu lesen: „In Ihrer Station haben sich die Sicherheitsverhältnisse verschlechtert etc. etc.“ Hochnotpeinlichen Verhören waren die im Dienst ergrauten Männer ausgesetzt und wehe dem, wenn einer von den Bediensteten Schuster gelernt hatte oder gar das Pech hatte, viele Kinder sein eigen zu nennen, so mußte er der schlechteste Kerl sein.

Bei solchen Anlässen waren es gewöhnlich zwei Beamte, welche die Bediensteten ausfragten, wovon der eine immer als Detektiv angesehen wurde, weil er es besonders verstand, den in Verhöre stehenden Bediensteten bis in das Innerste des Magazins zu schauen und man war nahe daran, eine Sammlung für die Direktionen einzuleiten, um mit dieser Angelegenheit geschickt Detektivs, zum Beispiel Sherlock Holmes, zu befragen. Sie und da hat man wohl eine Hausdurchsuchung bei Unschuldigen, natürlich ohne Erfolg, vorgenommen; die Erbitterung war darob groß und es wurde trob des gelinden Exempels „Priesen“ weiter geflöhschen. Ein besonders schneidiger Wachmann patrouillierte mit seinem Polizeihund Tag und Nacht am Bahnhof herum, ohne auch nur die geringste Spur von einem Dieb zu entdecken. Im Gegenteil! Wie einer der Diebe bei der Hausdurchsuchung in Begrenzung mehrerer Außenseiter ihm gesagt haben soll, daß er (der Dieb) wegen dem Wachmann hätte noch mindestens 20 Jahre weiterleben können, ohne erwischt zu werden, da er ja die Taschen bereits voll hatte, als der Wachmann mit seinem Polizeihund spazieren ging. Auch bei einem zweiten Diebstahl soll dieser Wachmann mit seinem Polizeihund in Begleitung des Herrn Stationsvorstandes, ohne die Diebe zu ertappen, vorübergegangen sein. Und trotzdem schreiben einige bürglerliche Blätter, daß es nur der Lüttigkeit des Herrn Wachmeisters A. zu verdanken ist, den Dieben auf die Spur gekommen zu sein. Tatsächlich war es ein Zufall, daß die Diebe in die Halle gerieten und wollten mir nachstehend den wahren Sachverhalt schildern: Am 21. v. M. hatte ein Konditeur im Dienstwagen seine Weste vergessen, die er infolge der großen Hitze ausgezogen hatte und in welcher sich eine Taschenuhr befand. Als er am Heimwege den Abgang derselben gewahrte, lehrte er sofort um, um seine Weste zu holen, welche jedoch bereits verschwunden war. Man fahndete nach dem Dieb, der auch bald in der Person des Wagenputzers B. erkannt wurde. B. bei dem die Uhr bei der vorgenommenen Leibesvisitation in einer Hosentasche vorgefunden wurde, gestand von mehreren Dieben zu wissen und nannte dabei den Namen B. seines Kollegen. Die sofort vorgenommene Hausdurchsuchung bei B. bestätigte die Angaben des B. im vollen Maße.

Bis heute sind 16 Personen dingfest gemacht, die mehr oder weniger an den Diebstählen beteiligt sind und noch mehrere Personen dürften dadurch kompromittiert werden, darunter auch höherstehende Persönlichkeit.

Ob das Vorgehen des Herrn Stationsvorstandes Inspektor Fischer bei den Hausdurchsuchungen und Verhaftungen faktisch gerechtfertigt war? Ob dieser Herr seine Kompetenz nicht überschritten hat? Das zu beurteilen überlassen wir der Direktion der B. G. B.; nur wird verschieden gesprochen, daß ein wegen Trunkenheit im Dienste entlassener Bedienter den Herrn Inspektor auf Diebstähle schon vor Jahren aufmerksam gemacht habe. Eine große Schuld aber hat sich die Direktion der B. G. B. selbst zugutgeschrieben, da sie Bedienten durch ihre Hartlosigkeit direkt zu Dieben ergötzt hat, indem gerade einer der Beteiligten wiederholst bei derselben um Aufbesserung seines Taglohnes von Kr. 1-20 bittlich wurde, der eine achtpföpfige Familie zu ernähren hat. Ob mit so einem Lohn ein Mensch bei der jetzigen Lebensmittelsteuerung sein Auskommen finden kann, darüber wollen die Leser dieser Zeilen urteilen.

Eines wollen wir noch erwähnen. Wir sind der Ansicht, daß, wenn Herr Fischer damals, als er von den entlassenen Bedienten aufmerksam wurde, so schneidig eingeschritten wäre als jetzt, mancher Familie und der Direktion viel Unheil und die, obzw. etwas verkrühte Gratulation vom Herrn Stationsvorstand Seemann, erspart geblieben wäre. Mit Gespanntheit ist den weiteren Entwicklungen entgegenzusehen und wir kommen allenfalls noch einmal darauf zurück.

Herrliche Kosina. (An unten wirtschaft.) In unserer jüngsten Staatsbahndirektion scheinen russische Zustände zu herrschen, denn nicht nur, daß das Personal bis zur Bewußtlosigkeit ausgenützt wird (Siehe offene Anfrage an die f. f. Generalinspektion, Folge 9 vom 20. März 1912, dem bis heute aus sinnloser Sparwut noch immer nicht entsprochen wurde, da noch immer Dienstleistungen bis zu 26 Stunden verlangt werden), sondern, wie es scheint, sollen noch ganz andere Mittel gebüdet werden, denn sonst wäre es uns unverständlich, daß sich Vorfälle ereignen können, deren einen wir hier schildern wollen, der sich am 10. Juli in der oben-nannten Station, daher in unmittelbarer Nähe der Direktion, sozusagen unter ihren Augen, zutrug.

Nach Divacca wurde seinerzeit der Herr Bahnmeister Johann Matjka von Pinguente versetzt, in welcher letzterer Station er wegen seiner allzu dicken Umgangsformen einen berechtigten Ruf erlangt hat. Statt nun seiner impulsiven Natur ein wenig die Zügel anzulegen, versucht er, dem niederen Personal seine Umgangsformen auf dem Wege des Exempels beizubringen. Am 10. Juli hat er sich hiezu den Signalschlosser Josef Sobeck ausgetragen, der ihm, nebstbei erwähnt, nicht einmal zugeteilt ist.

Der Herr Bahnmeister regalierte den Erwähnten mit Auszeichnungen, wie: Schuft, blöder Kerl usw., und nachdem letzterer sich einem derartigen Unterricht als nicht besonders ätzendlich erwies, ja, sich sogar erlaubte, gegen derartige Titulaturen zu remonstrieren, sauste die sehr gewichtige Hand des Herrn Bahnmeisters auf seine linke Wange mit solch einem Nachdruck, daß die blutunterlaufene Spur auf der Wange noch nach drei Tagen kenntlich war. Doch nicht genug dessen, einer folgenden Bütting mit dem Stock entging der Gedächtnis nur in der Weise, daß er mit seinen Händen den erhobenen Stock aufhielt und die weitere Prozedur der Knochen so lange verhinderte, bis andere Personen dazwischen kamen. Wir sind neugierig, ob die f. f. Staatsbahndirektion dem Gedächtnis volle Genügung gewähren und die Angelegenheit nicht bis zur Verjährung dienstlich hinauszögern wird!?

In der gleichen Station haben wir noch ein dem erwähnten Herrn Bahnmeister würdiges Seitenstück zu schildern; wir meinen nämlich den nicht gerade als Antialloholiter besonders verrufenen Signalmeister Josef Streitriedl. Wir ermahnen ihn nur für diesesmal, nächstens nicht wieder seine Kräfte in den hinauswerfen von Restaurationsgästen zu produzieren und in seiner über alles Erdische erhobenen Stimmung selbst den im Dienste stehenden Herrn Verlehrbeamten anzurempeln, denn sonst könnte es ihm noch anders ergehen als lebhaft, da er in der Restauration braun und blau geschlagen wurde und durch 14 Tage im Bett ungemeldet die Spuren seiner Heldenat mit Kleiwasser heilen mußte.

Wien II. Als sich die Oberkondukteure bei der Frühfahrtfassung die Gilets holen wollten, wurde ihnen von dem Magazinsafer Jelitschko erklärt: "Sie bekommen keine, die Oberkondukteure haben auf die halbe Tragzeit verzichtet."

Wir glauben, daß bei einer Verzichtleistung auch derjenige, der auf etwas verzichten soll, gefragt wird, ob er überhaupt auf etwas verzichten will.

Dies braucht Jelitschko nicht zu tun. Ihm ist, wie er selber sagte: die Arbeit zuviel, er müßte ja die ganze Liste abschreiben.

Er fragt einfach einen Oberkondukteur, "ob es nicht besser wäre, wenn die Montur beisammen ist, es ist doch ungemein, wenn man das Gilet im Frühjahr allein bekommt und noch dazu 14 Kr. Stempel zahlen muß". Der Gefragte sagt einfach zu und die Sache ist gemacht, die anderen braucht ja der Herr nicht zu fragen. Jelitschko spekuliert dabei auf die Gutmütigkeit des Personals. Wie gefaßt, weder die Oberkondukteure noch der Bahnamtsvorstand, Herr Cerny, wußten von einer Verzichtleistung. Die Geschädigten gingen zum Herrn Oberrevidenten Buchholz und teilten demselben den ganzen Sachverhalt mit. Herr Buchholz gab den mündlichen Auftrag, das Materialdepot von Wien II soll sofort für alle jene Oberkondukteure, welche bei der Frühfahrtfassung übergegangen wurden, eine Gratulationsliste anlegen und selbe sofort der f. f. Direktion einsenden. Was macht aber Jelitschko? Im Kommandierzimmer wurde am 2. Juni eine Kundmachung affichiert, wo angezeigt wurde, daß sich alle jene Oberkondukteure, welche auf Erfolg Anspruch erheben, bis 18. Juni im Materialdepot melden sollen. Wieder wurde auf die Gutmütigkeit der Betreffenden gerechnet.

Um die Geschädigten zu präparieren, sagte Jelitschko: "Schau'n Sie, was haben Sie davon, wir haben riesige Scherereien und Sie bekommen doch kein Gilet, und den Erfolg, wer weiß, wenn Sie den bekommen." Dieser Vorgang ist entschieden nicht am Platze. Bei der Platzierungswut des Herrn Hufnagl ist es leicht möglich, daß man so einen Zettel überliest, und was ist es, wenn einer unter dieser Zeit auf Urlaub ist?

Wir ersuchen daher die f. f. Staatsbahndirektion in Wien, allen Geschädigten die halbe Tragzeit zu erlassen und Vorzorge zu treffen, daß sich eine solche Ungehörigkeit nicht mehr wiederholen kann.

Jelitschko wollen wir aber aufmerksam machen, sein hochfahrendes und grobes Benehmen dem Personal gegenüber abzulegen.

Bodenbach. (Abermals die Richternennungen.) Am 22. Juni sprach beim Herrn Hofrat Burger, Direktor der f. f. St. G. G., eine Deputation des hiesigen Verschubpersonals vor, um von dieser Stelle aus zu erfahren, warum diejenigen Bedienten, welche schon jahrelang auf höheren Dienstposten Dienst leisten und die Prüfungen abgelegt haben, nicht ernannt werden. Die Deputation bestand aus dem Verschieber Max Güssler, dem seit 12 Jahren Oberverschieber, in letzterer Zeit Platymasterdienst versehenden Verschieber Josef Michel und dem im Jahre 1895 als Verschubaufseher unter der ehemaligen B. G. B. angestellten Anton Schmidt, welcher seit 13 Jahren den Dienst eines Platymasters verfügt. Die Deputation erklärte, daß unter dem Verschubpersonal der Station Bodenbach eine leicht begreifliche Unzufriedenheit Platymaster geprägt habe, welche sich von den nicht zu-

Platzmeistern ernannten bis zu den jüngsten Verschiebern erstreckt. Bei ersteren deshalb, weil dieselben trotz ihrer mehrjährigen Verwendung auf Platzmeisterposten und abgelegten Prüfungen sowie guter Qualifikation nicht ernannt werden. Unter dem übrigen Verschubpersonal wieber aus dem leicht begreiflichen Grunde, weil dadurch das Vorwärtskommen jedes einzelnen unterbunden ist. Die hierdurch geschaffene Unzufriedenheit wirkt auch nicht günstig auf die anstandslose Abwicklung des schweren Dienstes. Die Deputation gab ferner bekannt, daß von den 27 in Bodenbach normierten Platzmeisterposten nur 13 mit Platzmeistern besetzt sind, auf den übrigen versehenden Oberverschieber, beziehungsweise Verschubaufseher, ja sogar Verschieber den Dienst als Platzmeister. Von 22 normierten Oberverschieberposten sind nur 11 als solche ernannt. Der Herr Hofrat anerkannnte die Berechtigung der Wünsche des Verschubpersonals und erklärte, obwohl bei der St. G. G. noch 44 Platzmeister über den normalen Stand sind (?), beim f. f. Eisenbahministerium dahin zu wirken, daß wenigstens die frasten Lebendigkeit verschwinden und die verdienstesten Leute auf ihren Dienstposten ernannt werden. Die Deputation gewann den Eindruck, als ob es dem Herrn Hofrat Ernst sei mit dieser Zusage, und wir sind nun neugierig, wie sich das hohe f. f. Eisenbahministerium zu der Angelegenheit, die nachgerade, auch vom dienstlichen Gesichtspunkt aus betrachtet, eine dringende Behandlung erheischt, stellen wird.

Schließlich wurde von der Deputation noch erwähnt, daß zum Nachteil der Verschieber und Oberverschieber in Bodenbach mehrere Wagenübereiter und solche, die in der Wagenkontrolle arbeiten, ihre Anstellungsklausur auf den Titel Verschubaufseher ausgestellt erhalten haben. Hierdurch erscheint das Avancement der Verschieber, beziehungsweise Oberverschieber, abermals behindert, indem diese vielleicht bei der Normierung als Verschubaufseher gezählt werden, und weder den Dienst als solche versiehen, noch die betreffenden Prüfungen abgelegt haben. Begreiflicherweise trägt dieser Umstand wieder viel mit zur Unzufriedenheit bei, weil anscheinend diese Wagenübereiter denjenigen Verschiebern und Oberverschiebern, welche berechtigt wären, diesen Titel zu erhalten, das Vorwärtskommen verhindern. Der Herr Hofrat versprach auch nach dieser Michtung, soweit dies im Rahmen der Normierung und ohne Schädigung für die Betreffenden möglich wäre, Abhilfe. Nochmals sei es gefaßt: Die Deputation hat vom Herrn Hofrat Burger den Eindruck gewonnen, als ob seine Zusagen doch etwas mehr als nur Beschäftigungsmakregeleien bedeuten sollten. Wir wollen hoffen, daß wir uns darin nicht getäuscht haben. Wenn der Satz wirklich nachgegangen wird, so muß in Walde eine Anerkennung eintreten.

Nabressina. Ein Stückchen, welches verdient, veröffentlicht zu werden, lieferte dieser Tage der Lokomotivführer Marangon. Es war schon seit jeher eingeführt, daß sich das Maschinenpersonal infolge der kurzen Entfernung bis Görlitz, respektive Cormons, und der schlechten Restaurierung dortselbst, das Essen durch die Maschine des Bugs 1013 nachkommen ließ. Bis jetzt hatten das auch sämtliche Lokomotivführer des in Betracht kommenden Bugs bereitwillig getan, was wir hier dankenswert anerkennen wollen. Marangon schikanierte so lange unsere Frauen, welche sich mit dem Essen, das Essen mitzunehmen, bei der Lokomotive einfanden, bis sie es vorzogen, lieber umzukehren. Als aber vor kurzem sich ihm abermals die Frau eines Kollegen mit dem Essen näherte, da kam sie schön an; der Ausflugsheizer Tomischik, schon längere Zeit bei Marangon zugewiesen, auch so ein untaillierter, von seinen Kollegen gemiedener Mensch, von seinem liebenswürdigen Herrn Meister vielleicht noch dazu aufgehebelt, nannte den Mann dieser Frau einen närrischen, dummen Kerl. Dies kam zur Anzeige, und bei der Einvernahme begründeten diese beiden unfreigebigen Menschen ihr Gebaren damit, "daß es für sie zu unständlich ist, das Essen mitzunehmen". Jedes untaillige Vorgehen stritten sie überhaupt ab. Aber unseren Vorgesetzten waren dadurch die Mittel in die Hand gegeben, uns diese Begünstigung, auf die man schon lange schielte, zu entziehen, obwohl man an vorgesetzter Stelle wußte, wie schwer auf dieser Strecke etwas Annehmbares zu haben und wie es mit den Mittagspausen bestellt ist. Dem Marangon aber raten wir, sich daran zu erinnern, wie oft auch wir ihm Gefälligkeiten erweisen mußten, nicht nur im Essenmitnehmen. Zum Schlusse möchten wir noch hinzufügen, daß es das, was andere, sehr geachtete und intelligente Kollegen mit solidarischem Verständnis für uns getan hatten, am allerwenigsten Grund hätte, zu verweigern, da er in jeder Hinsicht eher einem entlegenen Gebirgsbauern als einem Lokomotivführer gleicht. Vielleicht wird für ihn noch das Sprichwort Anwendung finden: "Wie du mir, so ich dir!"

Dürnkrut. Wie in den meisten Stationen dem Vorstande zur Erledigung schriftlicher Arbeiten eine Hilfskraft augeteilt ist, welche — mit wenigen Ausnahmen — sich außerdem mit Zuträgerien und Denunziation vor lauter Langeweile beschäftigt, so wurde auch unsere Station mit solch einem Musterexemplar in der Person des Stationsmeisters Josef Krucha beglückt, der nicht nur in allen Angelegenheiten mitentscheidet, sondern der dem Dienstvorstand Langer direkte Befehle erteilt, die auch unverändert ausgeführt werden müssen. Daß sich Krucha der besonderen Gunst seines Vorstandes erfreut, ersicht man aus dem, daß er kaum fünf Stunden täglich Dienst versieht. Um 10 oder 10 Uhr kommt Krucha mit seinen zwei Hunden in Dienst, um 12 Uhr ist Schlüß; um 3 Uhr kommt er und um 5 Uhr sieht ihn niemand mehr. Wir würden uns gewiß nicht darum kümmern, wann der Herr kommt und wann er geht, wenn nicht den Bedienten dadurch Zeit und Geld geraubt würde. Krucha hat auch den Verlauf von Regelkohle in seinem Besitz, und so kommt es, daß Bedienten samt Fuhrwerk von 8 Uhr früh bis 11 oder über 12 Uhr mittags auf den Herrn warten müssen, bis er sich endlich bequemt, die Kohlenanweisung auszustellen. Sich dagegen beim Stationsvorstand beschweren, das zieht sich selbst den Strick um den Hals drehen. Vor einiger Zeit jubelte das ganze Personal, als endlich die Erlösung im Amtsblatt kam, daß Krucha verjezt ist. Leider hat man bei dem Jubel keinen Gonders vergessen, welcher tatsächlich die Annulierung der Verfolgung durchgesetzt, da nach seiner Ansicht Krucha noch zu wenig Eier und dergleichen von den Büttstellern bekommen hat. Da wir aber nicht gesonnen sind, so lange zu warten, bis dieser Herr genug hat, so stellen wir das Eruchen, diesen Herrn aus Dürnkrut zu versetzen. Es wird Krucha nicht schaden, Dienst machen zu lernen, bis jetzt hat er keinen Dienst davon und sitzt auf einem Posten, auf dem sich alte, ausgeraderte Leute glücklich schätzen möchten.

Versammlungsberichte.

Floridsdorf. Am 10. Juli fand im Arbeiterheim eine massenhaft besuchte öffentliche Versammlung der Werkstättenarbeiter statt, wo die Genossen Tantsin und Heider referierten. Zum Schlusse wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

"Die am 10. Juli 1912 tagende Versammlung des Werkstättenpersonals der Nordbahn in Floridsdorf beauftragt die Vertreternmänner, unverzüglich eine Gingabe an die f. f. Nordbahndirektion, respektive f. f. Eisenbahministerium hinsichtlich der Erhöhung der Urlaubsentschädigung der Aufforderarbeiter und einer Erhöhung der Bezeichnungsgrenze für die Betriebsfrankentasse und dem Provisionsfonds der f. f. Staatsbahnen mit uneingeschränkter Berücksichtigung der jeweils auf den

Stammlinien der f. f. Staatsbahnen in Geltung befindlichen Entlohnungs- und Vorrückungsnormen, zur Überreichung und nachdrücklichsten Vertretung vorzubereiten.

Die Versammlung gibt der Meinung Ausdruck, daß eine Regelung und Lösung der angeführten Fragen im vorgesetzten Sinne eine Widerung, wenn auch keine vollständige Beleidigung der bestehenden Härten und Ungerechtigkeiten verheiße würde. Eine einwandfreie, den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit vollkommen entsprechende Lösung könnte die Versammlung einzig und allein in der Beseitigung und Umwandlung des Auffords in ein geregeltes reines und gerechtes Lohnsystem erblicken.

Die Versammlung konstatiert ferner, daß sich die letzten Lohnzulagen in jeder Beziehung als unzureichend und in vielen Fällen als ungerecht erwiesen haben, die im Gefolge der vielfachen noch herrschenden Ungerechtigkeiten um so aufreizender auf das gesamte Personal wirken müssen. Aus vorgenannten Gründen wiederholte die Versammlung mit allem Nachdruck die Forderung auf baldigste Durchführung der längst fälligen Zugeständnisse des f. f. Eisenbahministeriums in Bezug auf Herausgabe der Arbeitsordnung, Festsetzung von Anfangslöhnen und Vorrückungsfristen sowie Stabilisierung nach den Anträgen des Arbeiterausschusses. Wenn die f. f. Bahnhverwaltung ernstlich bestrebt ist, geregelte Zustände im Betrieb und ein zufriedenes und arbeitsfreudiges Personal zu schaffen und zu erhalten sowie den wiederholten wohlwollenden Erklärungen endlich einmal die befriedende und erlösende Tat folgen zu lassen. Bis zur endgültigen Entscheidung über die Regelung der Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse begehrte die Versammlung die baldigste Ausmerzung der schlimmsten Härten und Ungerechtigkeiten. Ausgehend von dieser Erwägung, spricht die Versammlung die Überzeugung aus, daß es durch eine starke und schlagfertige Organisation, die alle Arbeiter und Bedienten umfaßt, möglich sein wird, den berechtigten Wünschen des Personals den gebührenden Nachdruck zu verleihen sowie eventuell geplante Anschläge auf bestehende Rechte mit Erfolg abzuwehren. Deshalb macht es die Versammlung jedem, dem an der Verbesserung seiner beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ernstlich gelegen ist, zur Pflicht, diese Bestrebungen mit allen zweckdienlichen Mitteln, insbesondere durch den Beitritt in die Organisation tatkräftig zu unterstützen, um auf diese Weise den unerschütterlichen Willen und die Tatkraft des Personals zu befunden und in positive Erfolge umzusetzen."

Ferner nahm die Versammlung die von Seiten der Konferenz in Lundenburg aufgestellten Kandidaten für den Arbeiterausschuß zu Kenntnis. Für die Werkstätten kommen die Genossen Tantsin, Heider als Mitglieder, Genossen Dicmann und Haron als Ersatzmitglieder in Betracht.

Nach einem kräftigen, zum feisten Zusammenschluß aller Arbeiter anstrengenden Aufruf von Seiten des Vorsitzenden, wurde die Versammlung geschlossen.

Brünn. Unter dem Vorsitz der Genossen Schmal und Weiner fand Montag den 2. Juli in der Schwedter Bierhalle in Brünn eine sehr zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher über das Thema: "Die Forderungen der Eisenbahnbiedienten und das Parlament" referiert wurde. Als erster Referent nahm Genosse Brodecký aus Prag das Wort, um in tschechischer Sprache die Vorgänge der letzten Zeit zu schildern. Er behandelte dieses Thema hauptsächlich vom organisatorischen und vom Klassestandpunkt. Er schilderte die Kämpfe des Eisenbahnpersonals und wies darauf hin, daß durch die Abstimmung im Parlament in gar keiner Weise diese Frage gelöst erscheint. Die Entwicklung selbst drängt die Eisenbahner dazu, ihre Forderungen aufrechtzuerhalten und deswegen werden sie weiter kämpfen. Redner wies darauf hin, daß die Regierung den Kampf selbst vorbereitet, indem sie Gesetzesvorschläge vorbereitet, welche geeignet wären, die Eisenbahnbiedienten um ihre schwer erworbenen Rechte zu bringen. Er forderte die Eisenbahner auf, die einheitliche, internationale Eisenbahnerorganisation auszubauen.

Der nächste Redner, Genosse Dusel, unterwarf in seinem deutschen Referat die verräterische Tätigkeit der nationalen Parteien und der Christlichsozialen und besonders ihre Haltung bei den Verhandlungen und Abstimmungen im Parlament im Dezember 1911 und jetzt. Auch er mahnte die Eisenbahner zur Einigkeit, da schwere Zeiten der Eisenbahner warten und sie vielleicht in die Lage kommen, um die Erhaltung der Organisationsmöglichkeit kämpfen zu müssen. Beide Redner erinnerten für ihre Aufführungen stürmischen Beifall.

Nachdem noch die Genossen Mařka und Weiner sowie Brodecký das Schlußwort gesprochen, wurde die Versammlung geschlossen.

Olomouc. Trotz des stromenden Regens wurde die am 4. Juli in Mařák's Gasthaus in Hodolein abgehaltene Eisenbahnerversammlung sehr gut besucht. Genosse Dusel aus Wien referierte in deutscher und tschechischer Sprache über die letzten Vorgänge im Parlament und über die Haltung der bürgerlichen Parteien den Wünschen und Forderungen der Eisenbahnbiedienten gegenüber. Die zahlreich anwesenden Eisenbahner und ihre Frauen waren über den an ihnen von Seiten der Christlichsozialen und Nationalen ausgeübten Verharmlosungen empört und gaben ihrer Empörung in nicht sehr schmeichelhaften Zwischenrufen lauten Ausdruck. Als Redner mit der Aufforderung endete, sich der Organisation, der einzigen Freunde der Eisenbahner, anzuschließen, erscholl frenetischer Beifall. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, "Die Lebensmittelmagazine und die Eisenbahner", referierten die Genossen Leis (deutsch) und Dusel (tschechisch). Während sich Genosse Leis mit den lokalen Angelegenheiten des Lebensmittelmagazins beschäftigte, erörterte Genosse Dusel diese Frage vom Standpunkt des Klassebewußtsein, organisierten Eisenbahners und Arbeiters und forderte die Anwesenden auf, ihre Aufmerksamkeit nicht nur an der gewerbsmäßigen und politischen, sondern auch der genossenschaftlichen Bewegung zu beteiligen, um auf diese Weise die Arbeiterschaft von der bürgerlichen Gesellschaft, von den Fleisch- und Brotwucherern zu emanzipieren. Diese Versammlung hatte ihre besondere Bedeutung dadurch erhalten, daß besonders viele Indifferente ihr beitragen und nicht nur den Ausführungen beider Referenten aufmerksam lauschten, sondern durch Zwischenrufe befundeten, wie nahe das Gesprochene ihnen zu Herzen geht.

Lundenburg. Wie einst vor 20 Jahren, so wurde auch am 7. Juli 1912 eine Eisenbahnerversammlung im Walde abgehalten, um das 20jährige Gründungsfest der Ortsgruppe zu feiern. Nur ein kleiner Unterschied bestand zwischen den Versammlungen vor 20 Jahren und heute. Damals mußte man sich verstecken, man mußte die Versammlung heimlich abhalten, sich mit einem Kordon von Posten umgeben, um nicht überrascht zu werden; dagegen heute, frei an hellen Tage, in einem von einer Kapelle begleiteten Festzug, der unter Vorantrittung der schönen roten Sängerfahne durch die ganze Stadt zog, das größte Aufsehen hinterließ. Wurde das schöne Gründungsfest gefeiert und man konnte es unseren braven Lundenburger Genossen ansehen, mit welchem Stolz und mit welcher Freude sie an diesem schönen Fest sich beteiligten. Um 8 Uhr bewegte sich ein mächtiger Zug, bestehend aus Eisenbahnbiedienten und ihren Frauen mit ihren Kindern, vom Hotel "zur Krone" durch die ganze Stadt am Bahnhof vorbei in die nahen Lundenburg umfassenden Wälder. In einer Waldlichtung war der Festplatz mit roten Fahnen umgeben. Ein reichhaltiger Turbazar, Kinderpielplätze, Schießplatz und last not least eine Feuerwehr, wo das Quartett der Musikkapelle der Ortsgruppe flotte Wienerlieder spielte und Meister Unger, der Eisenbahnerwirt, um einen herzerquickenden Trocken edlen Rebweingeses und Sorge trug. Kurz, schön war und helle Freude leuchtete Jung und

Alt aus den Augen über das gelungene Fest. Der Gesangverein, welcher aus den Mitgliedern der Ortsgruppe gebildet wird, brachte einige sehr brav vorgetragene Chöre und Genossen Dusel hielt eine warmempfundene Festrede. Den Schluss bildete ein Kränzchen im Siege der Ortsgruppe im Gathaus Wimmer in Lundenburg. Genosse Holasch, welcher nach Genossen Dusel sprach, traf das Richtige, wenn er zum Schlusse seiner Rede sagte: "Und nun Genossen, mit Volldampf in das dritte Jahrzehnt." Das wünschen auch wir!

Amtstetten. Am 6. Juli fand in Brunners Gasthof in Amtstetten eine freie Eisenbahnerversammlung statt, in welcher Reichsratsabgeordneter Genosse Tomischik ein sehr sachliches Referat über das Thema: "Die Eisenbahner und das Parlament" erhielt, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde. Vom Vorsitzenden Genosse Bemaneck wurde hierauf folgende Resolution zur Verlesung gebracht.

Resolution.

Die am 6. Juli 1912 in Brunners Gasthof in Amtstetten tagende freie Eisenbahnerversammlung beschließt: Die Organisation wird beauftragt, sowohl bei den obersten Stellen der Staatsbahnenverwaltung als auch durch die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament dahin zu wirken, daß die gemachten, aber bisher nicht erfüllten Zusagen endlich zur Durchführung gebracht werden. Gleichzeitig spricht die Versammlung den deutschnationalen und christlichsozialen Abgeordneten, welche gegen den Antrag des Reichsratsabgeordneten Genossen Tomischik betreffs Fünfzigmachung der auständigen 17 Millionen Kronen gestimmt haben, das schärfste Misstrauen aus. Mit dem Resolutionsantrag der gegnerischen Parteien, die auständigen 17 Millionen nur ratenweise zur Auswendung zu bringen, erklärt sich die Versammlung nicht einverstanden. Der Fraktion der sozialdemokratischen Abgeordneten spricht die Versammlung ihre volle Anerkennung und ihren wärmsten Dank aus und erklärt ihnen, daß die organisierten Eisenbahner Amtstetters stets stramm hinter ihnen stehen werden!

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen, worauf Genosse Eisl mit einigen kräftigen Worten der Versammlung darlegte, wie notwendig es ist, die Organisation stets weiter auszubauen. Hierauf beantwortete Genosse Tomischik noch einige von Genossen gestellte Anfragen in klarer und sachlicher Weise.

Genosse Bemaneck schloß hierauf, dem Reichsratsabgeordneten Genosse Tomischik den Dank für sein gebiegtes Referat aussprechend, die sehr gut besuchte Versammlung.

Bregenz. Am 8. Juli fand hier eine Eisenbahnerversammlung statt, in welcher die Genossen Preiß und Rottner referierten. In der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute, den 8. Juli 1912 im Gathaus Brändle in Bregenz tagende Eisenbahnerversammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die Haltung der bürgerlichen Parteien bei der Abstimmung des Antrages Tomischik betreffend die reichlichen 17 Millionen für die Eisenbahnenstiftungen. Die Eisenbahner, die täglich und ständig ihr Leben und ihre Gesundheit auf das Spiel setzen und dabei dennoch mit ihren Familien hungern müssen, sprechen jenen Abgeordneten, jenen sogenannten deutschnationalen und christlichen Volksvertretern, die ihnen die kleine Aufhebung, die die 17 Millionen involviert, vorenthalten, ihre tiefste Missbilligung aus. Die versammelten Eisenbahner geloben sich, für Einigkeit und Solidarität, für eine stramme Organisation zu wirken. Sie werden auch bei den nächsten Wahlen dafür arbeiten, daß die Eisenbahnerfeinde keine Stimmen von den verratenen Eisenbahnern mehr bekommen.

Bruck an der Mur. Am 14. Juli sprach hier Genosse Müller über die Lohnaufbesserung für Diener und Arbeiter.

Kufstein. Am 12. Juli sprach hier in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung Genosse Scheibein über "Den Antrag Tomischik und das Verhalten des Deutschen Nationalverbandes".

Aus den Organisationen.

St. Valentin. Die Revision der Bibliothek ergab, daß mehrere Bücher schon über die erlaubte Zeit hinaus entliehen erscheinen; die betreffenden Genossen werden hiermit erfuhr, die Bücher ehestens zurückzustellen, da sonst Strafgelder eingehoben werden müßten.

Deutsch-Wagram. Das von der Zahlstelle Deutsch-Wagram des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereins für Österreich am 29. Juni 1912 abgehaltene Sommertfest, welches in unserem neuen Vereinslokal stattfand, erfreute sich eines ungemein großen Besuches und eines glänzenden Ergebnisses. Wir finden uns daher bestimmt, allen Feiernehmern auf diesem Wege unseren besten Dank auszusprechen.

Wolfsberg. Es diene unseren Genossen zur Kenntnis, daß die Mitgliedsbücher befußt Revision und Einschaltung der Statuten für die Güterbahnunterstützung in kürzester Zeit abzugeben sind. Weiters sind sämtliche Anfragen und Korrespondenzen bis 20. August 1912 an den Obmannstellvertreter Herrn Michael Amacher, Konditeur in Wolfsberg, zu richten, da Genosse Karl Wirth seinen Erholungsaufenthalt antritt.

Bei der nächsten Monatsbesprechung werden wegen einer dringenden Angelegenheit sämtliche dienstfreien Genossen dringend gebeten, bestimmt zu erscheinen.

Prerau II. Bei der am 2. Juli stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung der Ortsgruppe II des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines wurden nachstehende Genossen gewählt: Eduard Kleibl, Obmann; Karl Kordula, Kassier; Adalbert Hartl, Kajetan Prosch, Josef Germal, Johann Bed, Josef Eder, Johann Bittner, Johann Kubitsch, Johann Krejcha, Anton Süß, Johann Liedermann, Rudolf Knauer, Franz Kosina, Rudolf Christen, Johann Biegler, Oskar Wild, Eduard Hoffmann und Martin Juraga, Ausschußmitglieder.

Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind zu richten an Genosse Eduard Kleibl, Prerau, Eggenbergergasse 17. Geldsendungen an Genosse Karl Kordula, kleine Novofeld, ausenden. Zugleich wurden als Subklassiere die Genossen Johann Bittner, Eduard Hoffmann und Kajetan Prosch gewählt, welche berechtigt sind, Mitgliedsbeiträge einzuhoben.

Oberberg. Bei der am 4. Juli abgehaltenen Generalversammlung, welche gut besucht war, wurden folgende Genossen in den Ausschuß gewählt, beziehungsweise wiedergewählt: Alois Bettelmann, Obmann, Johann Brojda und Karl König, Stellvertreter; Karl Stolz, Schriftführer, Karl Pribramsky und Anton Demel, Stellvertreter; Johann Halbgäbauer, Kassier, Theodor Chorzecka, Stellvertreter; Johann Pecka, Bibliothekar, Heinrich Kollner, Stellvertreter; Rudolf Lindowitsch und Anton Mrosek, Kontrolle; Leopold Schmidt und Andreas Mikunda, Albert Urbanek, Stanislaus Bonarzik, Johann Kleibl und Johann Grabisch, Ausschüsse; Rudolf Radussek, Magazinsaufführer in Petrowitz, Vertrauensmann für Petrowitz. Zum Schlusse hielt Genosse Kordula einen äußerst interessanten Vortrag, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Zuschriften sind zu richten in Vereinsangelegenheiten an Alois Bettelmann, Verschubaufseher, Ober-

berg I, Stefaniestraße 394, Tür 2, in Geldangelegenheiten an Johann Halbgäbauer, Oderberg I, Südlich-gasse 54.

Oberleutendorf. Die Mitglieder werden erfuhr, die Mitgliedsbücher befußt Revision und Abstempelung abzugeben.

Technisches.

Patentbericht. mitgeteilt von Dr. Fuchs und Ingenieur Koefold und Hamburger, Wien, VII, Siebensterngasse 1. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erzielt. Gegen die Erteilung unten angeführter Patentanmeldungen kann binnen zweier Monate Einpruch erhoben werden. Auszüge aus den Patentbeschreibungen werden von dem angeführten Patentamtswureau möglich berechnet.

Deutschreich. Ausgelegt am 1. Juli 1912, Einspruchfrist bis 1. September 1912, Kl. 20 c. Reinhold Neuther, Landwirt in Herwigsdorf, Preußisch-Schlesien. Selbstätig wirkende Eisenbahnwagenkuppelung mit von der Seite des Wagens aus betätigbarer Spannvorrichtung, bei welcher durch die Drehung von Handkurbeln die Zugstangenlänge verändert und durch deren Anheben oder Senken das vordere Ende der Zugstange mit der Kuppelungssäule auf und nieder bewegt wird, dadurch gekennzeichnet, daß die mit der Säule verbundene Zugstangeneinrichtung an einem auf einer Feder ruhenden, in der Längsrichtung des Wagens verschwenkbaren, unten als Lager ausgebildeten Hängearm angelehnt ist, der um seine Längssäule drehbar und unten durch einen Zapfen in der Längsrichtung des Wagens geführt ist.

Al. 20 f. Eugenio Piacani, Ingenieur in Livorno, Ottaviano Picini, Industrieller, und Antonio Capellano, Rentier in Pistoia, Italien. Elektrische Einrichtung zur Einstellung von Weichen von Eisenbahnen oder Straßenbahnen vom Wagen aus, dadurch gekennzeichnet, daß in einem Kasten zwei Spulen und ein von magnetischer Masse umschlossener Kern angeordnet sind, der von einer der beiden Spulen angezogen, beziehungsweise verschoben wird, sobald letztere von dem Strom, den einer der Drähte zuführt, durchflossen werden, wobei die Bewegung des Kernes mittels einer Bahnstange und eines Zahnrades auf die Antriebswelle der Weichenstelleneinrichtung übertragen wird.

Deutschland. Ausgelegt am 24. Juni 1912, Einspruchfrist bis 24. August 1912, Kl. 20 i. Ernest Rowland Hill, East Orange, N. J. — Vorrichtung zum Sicherungsfahren eines fahrenden Zuges.

Al. 20 i. Frank Wyatt Prentice, Toronto, Kanada. — Elektrische Zugbedienungs- und Signalvorrichtung mittels Hochfrequenzwellen für Eisenbahnbetrieb.

Al. 20 k. Bergmann, Elektrizitätswerke, Aktiengesellschaft, Berlin. — Überdrahtaufhängung für mehrere nebeneinander ausgespannte Leitungsüberleitungen.

D. R. Gebrauchsmuster. Firma J. A. Maffei, München-Hirschau. — Auf die erste Kuppelstange mit vorderem Antrieb für 8/8 gekuppelte Pafifitstromotoren mit vorderem Drehgestell und hinterer Laufachse.

Verschiedenes.

Die Stärke der österreichischen Nationen. Nunmehr liegen die summarischen Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 vor, die wichtige Aufschlüsse über das Wachstum der österreichischen Nationen im letzten Jahrzehnt geben. Von den 27,903,872 österreichischen Staatsbürgern gehörten 9,950,266 der deutschen, 6,435,983 der Tschechoslowaken, 4,967,984 der polnischen, 3,518,854 der ruthenischen, 1,252,940 der serbokroatischen, 783,334 der italienischen, 275,115 der rumänischen und 10,974 der magyarischen Umgangssprache an — denn nach diesem Kriterium wurden die Nationen bei der Volkszählung erfaßt. In Prozenten ausgedrückt, beträgt die Bevölkerungszunahme der Deutschen 8,5, die der Tschechen 8,07 vom Hundert; die Deutschen zeigen mithin im letzten Jahrzehnt etwas besser ab. Interessant sind die Ergebnisse in Galizien, wo die Bewohner polnischer Zunge um 17,14, die Ruthenen um 4,35 Prozent zugewonnen haben. Ob eine Verschiebung der Machtverhältnisse oder bloß eine stärkere ruthenische Auswanderung sich in diesen Zahlen ausspricht, muß dahingestellt bleiben; bemerkenswert ist, daß in der Bukowina die Polen um 34,83, die Ruthenen um 2,45 Prozent zugewonnen haben. Die Slowenen haben nur eine Zunahme von 5,04 Prozent aufzuweisen, die Italiener nur 5,68 Prozent, gegenüber 7,87 Prozent im vorausgegangenen Jahrzehnt. Viel Interesse wird wohl der Tatsache entgegengebracht werden, daß die nationalen Minoritäten im allgemeinen der Zahl nach zurückgegangen sind. So zählte Wien im Jahre 1900 6,69 Prozent Tschechen, im Jahre 1910 nur 5,37 Prozent. Die Tschechen haben übereinstimmend Verluste in Oberösterreich, Salzburg und Galizien aufzuweisen, die Deutschen in Galizien und in Kroatien. Die slowenische Sprache hat in Kärnten am Gebiet verloren, in Triest hingegen gewonnen. Die Stadt zählt gegenwärtig 118,353 Italiener, 55,071 Slowenen und 11,436 Deutsche.

Der luxuriöse Zug der Welt. Der Hofzug des Barons ist, wie eine englische Wochenschrift zu berichten weiß, der luxuriöse Zug und zugleich schwerste Zug, den es gibt. Bei seiner Erbauung wurde darauf gesehen, daß er gegen Dynamit standhält und dadurch sind die Wagen so gewichtig geworden, daß sie auf manchen Eisenbahnlinien Europas nicht fahren können, weil die Schienen zu leicht sind. Der Zug enthält außer den aufs kostbarste eingerichteten Wohn- und Schlafräumen eine prächtige Kapelle mit einem Altar von besonderer Heiligkeit, eine prächtige Bibliothek, sehr komfortable Baderäume und einen herrlichen Speisesaal.

Ein Urteil Friedrich des Großen. Bei seinem leichten Besuch in Breslau 1753 unterhielt sich Friedrich der Große, dessen Menschenverachtung mit den Jahren gewachsen war, mit dem Professor Garve über lebensphilosophische Fragen, wobei er die Menge „Kanaille“ nannte. Garve protestierte: „Als Eure Majestät gestern in die Stadt kamen und alles Volk zusammenließ, um meinen großen König zu sehen, das war nicht Kanaille!“ Der König erwiderte gelassen:

„Sehe er einen alten Affen aufs Pferd und lasse er ihn durch die Straßen reiten, so wird das Volk ebenso zusammenlaufen.“

Versammlungsanzeigen.

In nachstehenden Orten finden Versammlungen statt: St. Valentin am 4. August, um 3 Uhr nachmittags, in Hubers Gathaus.

Kremst a. d. Donau am 23. Juli, um 8 Uhr abends, in Hubers Gartensalon.

Neubau bei Karlsbad am 4. August, um 3 Uhr nachmittags, Generalversammlung im Vereinslokal.

Parcours am 21. Juli, um 2 Uhr nachmittags, in Herrn Hampf's Gathaus in Gabersdorf.

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“, Wien.

An Spenden für das „Eisenbahnerheim“ sind bei uns aus folgenden Orten in der Zeit vom 11. bis 20. Juli 1912 eingehen: Brauau am Inn Kr. 10,—, Böhl am See 10,—, Mistel 20,—, Böhl am See 10,—, Franz Hartenthaler, Wien, Kr. 20,—.

20. Juli 1912

Seite 11

Sprechsaal.

Wächterkonferenz im Direktionsbezirk Linz.

Am 28. Juli (Sonntag) um 8 Uhr vormittags findet in Wipplingers Gathaus, Wiener Reichsstraße in Linz, eine Wächterkonferenz statt mit der Tagesordnung:

Die Anträge der Blocksignaliere, Wächterkontrollore und Wächter der I. k. österreichischen Staatsbahnen im Centralausschuß der Personalscommission und deren Durchführung.

Referent: Genosse Sommerfeld aus Wien.

Die Genossen und Kollegen, welche dienstfrei sind, sollen alle bestimmt erscheinen.

Als Einberufer: Kaj. Weiser.

Offene Anfragen.

An das I. k. Eisenbahnamministerium.

Die Kanzleidienner des Bahnbetriebes Linz an der Donau (Trachtenexpedition) haben zu wiederholtemmaale bei der I. k. Staatsbahndirektion in Linz um Verbesserung ihres Dienstes angefordert. Von Seiten der I. k. Staatsbahndirektion wurde auch bei jeder Vorprache Abhilfe zugesagt. Da jedoch bis heute keine Verbesserung weder durchgeführt noch angeordnet wurde und die Dienstverhältnisse sich noch bedeutend verschlechtert haben, so bitten die Kanzleidienner des Bahnbetriebes Linz das hohe I. k. Eisenbahnamministerium um gütige Intervention in dieser Angelegenheit.

An die Verkehrsleitung der I. k. priv. Südbahn-Gesellschaft in Wien.

Die Stationsarbeiter in Pötzschach am See bitten eine lösliche Verkehrsleitung um Aufklärung, wieso es kommt, daß die von der Generaldirektion der Südbahn angeordnete Lohnnachzahlung für Stationsarbeiter in der Station Pötzschach am See bis heute noch nicht durchgeführt wird.

An die I. k. Bahnerhaltungssektion Tarvis.

Die Oberbauer der I. k. Bahnerhaltungssektion Tarvis ersuchen den Herrn Vorstand, die Bahnmeister zu veranlassen, daß die Erlässe und dienstliche Befehle, welche Befreiungen für die Bediensteten und Arbeiter, wie Lebensmittelkosten und vergleichbare beinhalten, daß diese in geeigneter Weise den gesamten unterstellten Arbeitern zur Kenntnis gebracht werden. Ebenso notwendig wäre auch eine Belehrung der Bahnmeister über die Erteilung von Urlauben an Oberbauer.

An die I. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck.

Die Oberheizer des Heizhauses Salzburg petitionieren schon seit dem Jahre 1908 um Einführung des 12/24stündigen Dienstes. Sie werden diesbezüglich von einem halben Jahr zum anderen verzögert und können bei den teuren Zeiten nicht immer ihr Geld auf Fahrten zu Audienzen und Gefechtsstempeln ausgeben. Daher müssen sie auf diesem Wege an die lösliche Staatsbahndirektion die Anfrage richten, ob diese geneigt ist, sich von dem betreffs der Arbeitszeit der Oberheizer in Salzburg herrschenden Zuständen zu überzeugen, und ob sie gewillt ist, wie in den anderen Heizhäusern auch in Salzburg für die Oberheizer den 12/24stündigen Dienst einzuführen.

An die I. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck.

Die Bahnrichter und Signalschlosser der Arlbergstrecke erlauben sich die hölliche Anfrage, warum sie vom Bezug der Arlbergzulage ausgeschlossen werden? Nachdem die Bahn- und Signalschlosser und noch andere Kategorien die monatliche Zulage von 8 Kr. erhalten, so bitten die Bahnrichter und Signalschlosser der Arlbergstrecke, man möge in Abbruch ihrer ebenso notwendigen Dienstleistungen die Arlbergzulage gewähren.

An die I. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck.

Die Streckenwächter der I. k. Bahnerhaltungssektion Innsbruck bitten, die I. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck möge anordnen, daß den Streckenwächtern die seit dem Monat März fällige Höhlenbeteiligung endlich durchgeführt wird.

Briefkasten der Redaktion.

Wächter Nr. 27. Wenn Sie am 1. Juli 1900 nach dem neuen Gehaltschema angestellt worden wären, hätten Sie die 1000 Kr. am 1. Juli 1902 erreicht. Sie erreichten sie am 1. Juli 1911. Somit haben Sie neun Differenzjahre und demnach Anspruch auf nur eine Kürzung der Röhrdrückung um ein Jahr. Demnach rüden Sie am 1. Juli 1913 in die 1100 Kr. vor. — **Streckenwächter 11, Römersdorf.**

Ihre Gesundheit, erhalten Sie, Ihre Schwäche und Schmerzen verschwinden, Ihre Augen, Nerven, Muskeln, Sehnen werden kräftig. Ihr Schlaf gesund — Ihr allgemeines Wohlbefinden stellt sich wieder ein, wenn sie den echten Feller's Fluid m. d. M. „Eisfluid“ benützen. Probbeduzend 5 Kronen franko. Erzenger nur Apotheker C. B. Feller in Stibica, Chlapatz Nr. 191 (Kroatien).

Im Dienste

geht nichts über eine wärmende und anregende Rindsuppe. Eine solche ergibt — nur durch Übergleichen mit $\frac{1}{4}$ Liter kochendem Wasser —

MAGGI's Würfel
(fertige Rindsuppe)

à 5 h.

Allein echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke Kreuzstern.

Hammerbrotwerke und Dampfmühle

Eine wirksame Waffe gegen den Brotwucher

Parteigenossen!

Bestellset euch jeder für eure Familie ein Paket fehlerfreier Kleider, enthaltend: Bruma Kannevas für Bettüberzüge, starfen Hemdenstoff, Befir für Hemden und Kleider, Blaudruck, Blüten- und Kleiderstoffe, Leinwand zc. Alles in Bruma Qualität. 40 Meter um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr. per Nachnahme. Die Länge der Kleider beträgt von 4 bis zu 14 Metern und kann jeder Kleid bestens verarbeitet werden.

Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst.

Mit Parteigruss
Leopold Wlcek, Handweber
in Nachod Nr. 17, Böhmen.
Mitglied der politischen Kreis- und Fachorganisation.

Erlaubt mir hiermit, den P. T. Eisenbahner bedienen zu geben, daß ich ab 1. Juli die

Bahnhofrestauration in Ologonit

Übernommen habe. Gestützt auf meine langjährige Geschäftspraxis und Tüchtigkeit in meinem Fach, werde ich mich bestreben sein, mir das gesuchte Wohlwollen des P. T. Eisenbahner zu sichern, indem ich jederzeit für gute Speisen und Getränke sowie für exakte Bedienung sorgen werde.

Um aufrichtigen Zuspruch bitten.

Achtungsvoll
Karl Vrba, Bahnhofrestaurateur.

Nebenerwerb oder Existenz
sichern sich Herren und Damen selbst in den kleinsten Orten durch Verkauf grossartiger Haushaltungsgebräuchsalter. Riesenverdienst zu gesichert. Nähern gratis. Anfragen mittelst Postkarte unter „Nr. 28“ an die Annoncenexpedition Eduard Braun, Wien I, Rotenturmstrasse 9. — 25

DRUCK- U. VERLAGS-ANSTALT
VORWÄRTS
Wien V, Rechte Wienzeile 97

Liefert Vereinen und Organisationen Druckarbeiten rasch in fabelloser Ausführung und zu sehr coulanten Bedingungen. Telefon 2364 Telephone 3545

Heuriger Sommer im Zeichen des Bata-Schuh



Schutzmittel „OLLA“

Beste existierende Marke für Herren und Damen. Per Dutz. K 4—, 6—, 8— und 10—. Von mehr als 2000 Ärzten begutachtet und empfohlen. **Frauenschutz**, ein Ideal für jede Frau, jahrelang brauchbar, per Stück K 3—, 5— und 10—. Neuheit für Herren, dauernd verwendbar, per Stück K 2—. Versand diskret. — Preisliste mit vielen Neuheiten gratis. (Verschlossen nur gegen 20 Heller-Marke.)

J. Gruner, hygen, Fabrikslager, Wien V/2, Schönbrunnerstr. 141/E

Klage sich jedermann nur selbst an, wenn er unzufrieden ist. Wer meine Schutzmittel nur einmal versucht, glaubt gleich Kolumbus Amerika entdeckt zu haben. (Adresse beachten.)

Um meine Waschmaschinen zu 24 Kronen

mit einem Schlag überall einzuführen, habe ich mich entschlossen, dieselbe zu obigem billigen Ein gros-Preis ohne Nachnahme zur Probe zu senden! Kein Kaufzwang! Durch Seifenersparnis verdient sich die Maschine in kurzer Zeit! Leichte Handhabung! Leistet mehr wie eine Maschine zu 70 Kronen! Die Maschine ist aus Holz, nicht aus Blech und ist unverwüstlich! Größte Arbeits erleichterung! Schont die Wäsche wie bei der Handarbeit! Zahlbar innerhalb 3 Monaten.

Schreiben Sie sofort an

Paul Alfred Goebel, Wien VIII/2, Albertgasse 3.

Vertreter auch zu gelegentlichem Verkauf überall gesucht.

Bitte nicht zu vergessen, die Bahnstation anzugeben, nach welcher die Maschine geschickt werden soll.

69

Patentkappen aus Strohgeflecht

40 Prozent leichter als die bis jetzt existierenden!

Alleinige Fabrikanten:

Press & Laufer, Russig a. d. E.

KROPF

dicken Hals, Drüsen befreitigt man rasch und gründlich durch

Hollerdauer = Kropfbalsam

Flasche 4 Kronen.

Stadtapotheke Pfaffenhausen a. d. Iml 152

(Bayern).

!500 Kronen!

Zahle ich Ihnen, wenn meine Wurzelverstopfungen „Kratalfus“ Ihre Ohrenärzte, Arzneien, Bäder, Hornbaut in drei Tagen nicht schmerzlos entfernt. Preis eines Ziegels mit Garantiebrief 1 Krone.

Kemény, Kaschau

I. Postfach 12/115, Ungarn

Ohrensausen

Ohrnfluss, Schwerhörigkeit, nicht angeborene Taubheit befreitigt in kurzer Zeit

St. Bonifazius - Gehöröl

Preis 4 Kronen. Verland:

Stadtapotheke Pfaffenhausen a. d. Iml 154 (Bayern).

1000fachen Dank

für Ihre vorzügliche Wohlseife (Stück Kr. 120), durch welches nach kurzem Gebrauch vollkommen gereinigt wurde, obwohl ich bereits 24 Jahre an Gicht und Rheumatismus litt. Ich spreche Ihnen auf diesem Wege meinen herzlichen Dank aus. Leopold Wobbelin, Gleisbauhauer, Wien III, Kleingasse 12.

Pohl-Seife

Die sich auch bei Seelen, Seelen, Sulfen, Rheuma und Hautausschlägen vorzüglich bewährt, ist zu haben in Kartons à 4 Kr. bis zu beim Fabrikanten A. G. Pohl, Braumau am Inn, Nr. 6. Depot in Wien: Apotheker: 1, Plantengasse 6, 1, Graben 7, 1, Fleischmarkt 1, 1, Ober Markt 2, 11, Meidlinger Hauptstraße 45.



Warum kaufen Sie ohne Anzahlung

eine Sprechmaschine direkt in einziger Fabrik Österreichs am besten?

Weil teile Frecht, Zoll, Packung wie bei ausländischen im Preise mitzuzahlen, jede Maschine bis zur kleinsten Schraube vaterländische Fabrikat ist, den Händlern zu sparen.

Weil zu jeder Maschine drei Jahre Garantie ist, jedes Blattensatzbar auf spielen können, jede Maschine eine Klasse für sich bildet und meine Fabrik nicht erst genau gegründet wurde, sondern seit 1888 besteht, daher es gedächtnis Entgegenkommen bringt.

Weil ich an solvante Kunden ohne Anzahlung in Raten von 5 Kronen an lieferre Kunden ohne Kastenzwang in der Fabrik.

Besichtigung ohne Kastenzwang in der Fabrik.

Einige Sprechmaschinenfabrik Österreichs

Georg. H. Simplici, Wien VII, Kaiserstraße Nr. 65.

Begünstigung.

Achtung! Allen Kollegen und deren Angehörigen empfehlen wir auf ihre Reise nach

Triest das „Hotel Balkan“

in nächster Nähe der Südbahn auf das wärme. Bei Vorweisung der Legitimation von den Zimmerpreisen ein 20 prozentiger Nachlass. Vorzügliche Wiener Küche, ausgezeichnete Getränke. Kaffeehaus im Hotel. Telefon 1253.